

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 47. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 9. Juni 2020 / 10. Juni 2020
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.40 Uhr (9.6.2020) / 18.00 – 21.40 Uhr (10.6.2020)

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Florian Spiegel, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Dienstag, 9. Juni 2020

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Andres Bärtsch, Mehmet Can, Barbara Grange, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Lea Van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Philippe Adam, Rolf Adam, Patrick Kneubühler, Alfred Rellstab, Damian Schaller

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.10 Uhr 34 Anwesende = 23
20.35 Uhr 33 Anwesende = 22

Mittwoch, 10. Juni 2020

Anwesend:	Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andres Bärtsch, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Damian Schaller, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Lea Van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter
Entschuldigt:	Philippe Adam, Mehmet Can, Barbara Grange
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 35 Anwesende = 24 18.20 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 1.4.2020, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.5.2020 betreffend **Geschäftsberichte 2019 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4487 / A
 2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.5.2020 betreffend **Tätigkeitsbericht 2019**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel Geschäft 4515
 3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.1.2020 betreffend **Kanalsanierung**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel Geschäft 4516
 4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 12.5.2020 betreffend **Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder**
Geschäftsvertretung: GPSK-SRP Christian Stocker Arnet Geschäft 4449
 5. Bericht des Gemeinderates vom 10.4.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 22.4.2020 betreffend **Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS), 2. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4447 / A
 6. Bericht des Gemeinderates vom 18.3.2020, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 7.5.2020 betreffend der **Jahresrechnung 2019**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4486 / A
 7. Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 4.12.2019, betreffend **Kunstrasen Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4502
 8. Bericht des Gemeinderates vom 6.5.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 22.1.2019, betreffend **Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4358 / A
-

9. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.5.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396 / A
10. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.2.2019, betreffend **Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4443 / A
11. Interpellation von Etienne Winter und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 2.12.2019 betreffend **PV-Anlagen auf Gemeindeligenschaften**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4498 / A
12. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 3.2.2020, betreffend **Funkantennen – insbesondere 5G**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4508 / A
13. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **Reinigungspersonal in den Allschwiler Gebäuden**
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4509 / A

Dazwischen:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 46 vom 9. Juni 2020 und 10. Juni 2020

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Florian Spiegel

Dienstag, 9. Juni 2020

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Florian Spiegel, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte. Ich begrüsse Sie recht herzlich zur Plenarsitzung vom 9. Juni und der anschliessenden dann Morgen am 10. Juni 2020. Ich bitte Rudolf Spinnler um die Präsenz.

[Entschuldigungen / Präsenz beider Sitzungen siehe Protokolleingang]

Florian Spiegel, Präsident: Wir kommen zu den Mitteilungen des Einwohnerratspräsidiums. Zur Information betreffend Ablauf der Sitzung von heute Abend: Die Sitzung geht heute, so haben wir es beschlossen, nur bis 20.30 Uhr. Da wir auch dieses Mal keine Pause machen und es auch keine Verpflegung gibt, bitte ich weiterhin alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wie auch Gemeinderäte, sich immer noch an die Massnahmen zu halten und darauf zu achten. Wir haben die Info erhalten, dass man, nachdem man gesprochen hat, bitte darauf achten soll, das Mikrofon abzuschalten. Wenn die Mikrofone an bleiben, beeinflussen sie manchmal die Redemöglichkeit der anderen. Sie haben auch herausgefunden, dass man bitteschön wenn immer möglich im Saal mit dem WLAN der Gemeinde arbeiten soll, weil aufgrund der weiten Distanz, die wir heute haben und auch nächstes Mal noch haben werden, Hotspots zwischen Telefon und PC zu Störungen führen können, wie wir es letztes Mal hatten. Man soll also auf das WLAN der Gemeinde wechseln.

Wie Sie schon mitbekommen haben, ist der diesjährige oder besser gesagt der Schlussabend dieser Legislatur, der im Juni stattgefunden hätte, in den September verschoben, aufgrund der aktuell geltenden Massnahmen. Die weiteren Infos werden folgen. Was hingegen trotzdem stattfinden wird, sofern gewählt, ist Christian Kellermanns Apéro in der nächsten Woche. Er hat sich entschlossen, er mache diesen nach der Sitzung. Personen, die aber heute schon spontan wissen, dass sie nicht werden teilnehmen können, sollen das doch bitte melden, um die Teilnehmerzahl ein wenig einschätzen zu können.

Wir haben ein Schreiben der christkatholischen Kirchgemeinde erhalten, in dem sie sich beim Einwohnerrat noch einmal herzlich für die Spende der zusätzlichen 100'000 Franken bedankt, verbunden mit einer Einladung zur Besichtigung, an der wir teilnehmen dürfen. Wir sind der Meinung, dass es am sinnvollsten oder schönsten ist, wenn wir diese dann wahrnehmen könnten, wenn die Renovation auch läuft, so kann man auch ein bisschen was sehen. Ich darf es aber noch mitgeben, dass ein Dankeschreiben eingegangen ist.

Zum Ablauf von heute Abend betreffend Traktandenliste. Ich werde die Sitzung heute Abend bis und mit Bereinigung der Traktandenliste führen. Nach der Genehmigung der Traktandenliste wird von Traktandum 1 bis 4 die Ratsleitung Christian Kellermann übernehmen, damit ich als GPK-Präsident den Aufgaben nachkommen kann. Sowohl auch bei Traktandum 4, was durch Christian Stocker Arnet, der GPK-Subkommissionspräsident, vertreten wird, weil ich trotzdem als GPK-Präsident die Sitzungsleitung nicht übernehmen werde. Erst wieder ab Traktandum 5 werde ich für die Durchführung des Ablaufs sorgen. Das wären alle Infos aus dem Büro. Dringliche Interpellationen sind keine eingegangen. Dringliche Postulate oder Motionen sind ebenfalls keine eingegangen. Hingegen sind vier Geschäfte eingegangen:

Geschäft 4520, Postulat Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals, eingereicht EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Hauptunterschreibender ist Jérôme Mollat. Ich frage ihn, ob er dazu etwas sagen möchte. Er schüttelt heftig mit dem Kopf.

Geschäft 4521, 4522 und 4523, Postulate von Kathrin Gürtler betreffend Denkmalschutz Schulhaus Gartenstrasse und Denkmalschutz Portierhaus im Gewerbequartier Ziegelei und Lärmsanierung Baslerstrasse. Ich frage Kathrin Gürtler an, ob sie zu diesen drei Postulaten etwas sagen möchte. Sie nickt.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich möchte kurz zu meinen drei Postulaten noch etwas sagen. Weil, wenn es dann darum geht, diese zu überweisen, werde ich diesem Rat nicht mehr angehören. Ich habe zwei Postulate wegen Unterschutzstellung und Denkmalschutz. Das eine ist das Schulhaus Gartenstrasse, welches von damaligen bekannten Architekten gebaut wurde und selbst ein markanter Bau ist und auch die Umgebung geprägt hat. Beim anderen Postulat geht es um die Unterschutzstellung der Pförtnerhäuschen im Gewerbegebiet Ziegeleiareal. Diese haben auch einen Schriftzug, dass es von den Ziegeleiwerken kommt. In 20, 30 Jahren werden wohl in Allschwil die wenigsten noch wissen, dass wir in Allschwil mal eine Ziegelei hatten, und damit wir die Geschichte ein bisschen lebendig halten können. Bei den Objekten gemeinsam ist, dass sie im Bundesinventar und auch im kantonalen Inventar für schützenswerte Bauten aufgeführt sind. Das bedeutet, dass sie unter Schutz gestellt werden sollten. Alle weiteren Informationen können Sie dann entnehmen, wenn sie die Postulate zugestellt erhalten. Beim dritten Postulat geht es um die Lärmsanierung der Baslerstrasse. Und zwar ist es so, dass die Pläne des Abschnitts vom Dorf bis zum Grabenringkreisel nicht weiterlaufen, wie er saniert werden soll. Der Kanton hat bereits 2012 Entlastungsverfügung für den Strassenlärm erteilt. Diese Verfügung basiert auf der Grundlage, dass

diese Strasse saniert ist und stellte einen Horizont für Prognosen bis 2030 in Aussicht. Es ist nicht davon auszugehen, dass es bis dann so eingehalten werden kann.

Florian Spiegel, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Wir geben bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich stelle somit fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist. Ich übergebe an Christian Kellermann.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 1.4.2020, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.5.2020 betreffend Geschäftsberichte 2019 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4487 / A

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob das Eintreten bestritten ist. Wenn nicht, gebe ich das Wort an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank, geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie haben den Bericht des Gemeinderates der Schulräte und der übrigen Behörden für 2019 rechtzeitig erhalten und haben, das hoffe ich schwer, gesehen, dass vom Gemeinderat über die Verwaltung, bis zu den entsprechenden Behörden, die in diesem Bericht ebenfalls vorkommen, wieder einiges geleistet wurde. Die GPK hat diesen Geschäftsbericht 2019 in gewohnter Art und Weise geprüft und auch noch einmal an den Gemeinderat entsprechende Fragen gerichtet. Diese Fragen wurden dann gemeinsam, resp. an einer gemeinsamen Sitzung mit der GPK zusammen mit dem Leiter Gemeindeverwaltung Patrick Dill, noch einmal erörtert und in diesem Sinne geklärt. Ich erlaube mir jetzt kurz, noch einmal auf diese von der GPK speziell hervorgehobenen Geschäfte in ihrem Bericht einzugehen. Zum Integrationskonzept, ja, es ist richtig, der Gemeinderat muss zu diesem Geschäft dem Einwohnerrat noch einen Bericht erstellen und zukommen lassen. Damit beantworten wir auch die Motion. Dieses Geschäft kann nicht bloss mit einem Zwischenbericht - auch wenn er mehrmals in den entsprechenden Geschäftsberichten gemacht wurde - beantwortet und abgearbeitet werden. Der Gemeinderat ist gefordert. Ich kann Ihnen versichern, wir werden das Geschäft angehen, weiterbearbeiten, so dass dieser Bericht effektiv dem Einwohnerrat im vierten Quartal vorgelegt werden kann.

Zum Thema Standortmarketing nur noch einmal so viel: Der Gemeinderat hat im Geschäftsbericht dargelegt, dass wir nicht alle Treffen, so wie wir es mit den wichtigsten Unternehmen angehen wollten, auch effektiv durchführen konnten. Diese Treffen, auch wenn sie nur in einer kleinen Anzahl möglich waren, fanden bei den Unternehmen, die wir angeschrieben haben und mit ihnen diese Treffen vereinbart haben, sehr guten Anklang. Das kann ich nochmals sagen. Ein Austausch von der Gemeinde mit diesen Unternehmen hat stattgefunden. Die Unternehmen kennen die entsprechenden Personen der Gemeinde persönlich, die sich um Anliegen kümmern, die sie betreffen könnten. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt des Wirtschaftsförderungskonzepts, dass wir effektiv unsere Unternehmen, die in Allschwil ansässig sind, ernst nehmen, dass wir auf sie zugehen und wir auch einen solchen Austausch machen können. Wie gesagt, es war nicht so viel möglich, wie wir uns erhofft hatten, aber ich denke, trotzdem war es ein Erfolg. Zum weiteren Punkt: Auch der Gemeinderat war erstaunt über die niedrige Rücklaufquote bei den KMU. Es ist so, die KMU haben sich wirklich nicht wahnsinnig gross auf unsere Anschrift gemeldet. Das kann man jetzt aber auch positiv sehen. Man kann sagen, okay, die KMU in Allschwil sind glücklich, sind zufrieden, die brauchen die Gemeinde auch gar nicht und arbeiten gerne hier. Ich würde es nun eher mal so anschauen. Wenn es nicht so wäre, ich denke, Kritik kommt immer ziemlich schnell. Deshalb, wie gesagt, ich schaue es eher positiv an.

Zum Stellenetat: Es ist richtig, der Stellenetat hat sich in den letzten Jahren vergrössert. Da gibt es gar nichts zu widersprechen. Das ist eine Tatsache, davon müssen wir ausgehen, resp. mit dieser Tatsache müssen wir leben. Es ist ebenso richtig, eine Stellenplanung wäre wirklich ideal. Eine Stellenplanung setzt aber voraus, dass wir ziemlich gut in die Zukunft schauen können. D.h. wir müssten heute schon wissen, was alles in den nächsten Jahren an konkreten Plänen auf uns zukommen, so dass wir letztendlich auch diese Ressourcenplanung so vornehmen können, damit man von einer mittleren bis

längerfristigen Personalplanung in diesem Sinne reden könnte. Ich glaube, das wissen Sie selbst, das ist ganz, ganz schwierig. Wir müssen nicht, was vom Kanton auf die Gemeinde kommt, wir wissen nicht, welche Vorstösse aus dem Einwohnerrat kommen, so dass das ein schwieriger Aspekt ist. Es gibt eben auch Abhängigkeiten, nicht nur die politischen Vorstösse auch aus dem Einwohnerrat. Es gibt auch reale Abhängigkeiten, beispielsweise wissen wir nicht, wer früher in Pension geht, wer rechtzeitig oder normal in Pension geht, wir wissen nicht, wo gibt es Abgänge, die ganz persönlich motiviert sind, bei denen wir wieder eine Personalplanung an die Hand nehmen müssen. Ich denke, es gibt einfach gewisse Schwierigkeiten. Aber ich kann Ihnen sagen, auch wir sind daran, Stellenplanung ist ein Thema. Aber wie gesagt, es ist vielschichtig und nicht ganz so einfach zu lösen.

Zum Geschäftsbericht, ganz kurz: Die GPK monierte oder sprach den Wunsch schon letztes Mal aus, dass der Gemeinderat nicht mehr einzeln über seine strategischen Geschäfte berichten soll, sondern dass es noch einen Bericht des Gemeinderats geben soll. Wir haben das geprüft und fanden, nein, das wäre besser, wenn jeder Gemeinderat es einzeln macht. Ich kann Ihnen sagen, wir können es auch noch einmal aufnehmen, jetzt dann vielleicht in der neuen Legislatur, vielleicht kommen wir da zu einem anderen Schluss. Aber Tatsache ist, hier haben wir es in diesem Fall wieder einzeln gemacht. Im Fazit oder zum Fazit, in dem die GPK zum Schluss kommt, dass der Geschäftsbericht gelungen und zielführend für die Arbeit des Einwohnerrats ist, nehme ich natürlich sehr gerne entgegen. Ich denke, das war ja auch das Ziel des Gemeinderates, euch wirklich aufzeigen zu können, woran arbeiten wir, was konnten wir abschliessen und wo geht es im nächsten Jahr weiter. Ich möchte Ihnen danken, vor allem der GPK für die umfassende Prüfung und bitte Sie diese so zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Vielen Dank Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Das Wort hat nun der GPK-Präsident Florian Spiegel.

Florian Spiegel, GPK-Präsident: Besten Dank Herr Präsident. Frau Gemeindepräsidentin hat es zuvor schon ausgeführt, wir gehen aber trotzdem noch etwas vertiefter auf diese Punkte ein. Wir haben wie jedes Jahr gemäss § 22 des Geschäftsreglements dem Einwohnerrat einen Bericht zum Geschäft 2019 erstellt durch das Studium des Geschäftsberichts, die Formulierung unserer Fragen, Besprechung der Antworten und Vertiefung des Berichts im Gespräch mit Gemeindevizepräsident Franz Vogt und dem Leiter Gemeindeverwaltung Patrick Dill, mit denen wir uns am 18. Mai 2020 doch tatsächlich zu einer physischen Sitzung getroffen haben. Die angesprochenen Punkte, die bereits genannt wurden und wir spezifisch darauf eingehen wollten, ist einmal das Integrationskonzept, das Geschäft 4295, das Sie auf Seite 6 des Geschäftsberichts finden. Damit Sie besser nachvollziehen können, was die GPK als störend empfand und als, ich sage es mal so, einer Motion zur Erledigung und Beantwortung nicht würdig, ist der Ablauf und der Zwischenbericht, Nennung im Geschäftsbericht. Wie Sie sehen, wurde dieses Geschäft im Jahr 2016, besser gesagt am 18.5.2016 eingereicht und am 14. September 2016 behandelt. Also vor bald einmal vier Jahren. Dann hat das Departement Soziale Dienste und Gesundheit das Ganze mit den Verantwortlichen der Fachbereiche Integration der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft geprüft und eine mögliche Teilnahme am kantonalen Integrationsprojekt, dem sog. Communis, zu eruieren. Es kam zum Schluss, dem Gemeinderat zu empfehlen, dass man an diesem Projekt teilnehmen sollte. Anlässlich der Sitzung vom 11. Januar 2017 hat sich der Gemeinderat für diese Teilnahme entschieden und zwölf Mitarbeiter resp. Institutionen eingeladen, die in Allschwil direkt oder indirekt betroffen, mit dem Integrationsthema beschäftigt sind, in einer Arbeitsgruppe in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Fachbereich Integration BL in vier Workshops das so genannte Strategiepapier zur Integrationsfrage in Allschwil zu erarbeiten. Die Schlussitzung war für den 16. Januar 2018 terminiert. Danach wollte man es dem Einwohnerrat präsentieren, damals ohne Zeitangabe. Im Jahr 2017 lesen wir dann wieder im Geschäftsbericht, die einleitenden Worte stimmen immer noch: 14. September 2016 Überweisung. Dann im Januar 2017 die Entscheidung des Gemeinderats. Dann Kick-Off-Veranstaltung und das Ausarbeiten des Strategiepapiers sind soweit immer noch gleich. Damals auch noch mit einem Zeithorizont, bei dem man sagen muss, der war vertretbar, wenn man auch den ersten Zwischenbericht mit dem zweiten Quartal 2018 anschaut. Bis dahin konnte die GPK dem ganzen Ablauf folgen und war der Meinung, dass das in einem Zeithorizont liegt, den man durchaus gewähren kann. Im Jahr 2018 hat man wieder unter dieselben einleitenden Worte am 14. September 2016 geschrieben, dass überwiesen wurde. Am 11. Januar 2017 hat der Gemeinderat die Teilnahme am Communis entschieden und auch wieder den Hinweis, dass man im Oktober 2017 mit dem Projekt gestartet ist. Ohne jedoch in irgendeiner Form weiter auf die Entscheidungen einzugehen, hat der Gemeinderat aus irgendeinem Grund den Bericht, besser gesagt die Beantwortung dieser Motion an den Einwohnerrat ins vierte Quartal 2019 verschoben. Sprich: vom 2. Quartal 2018 ins 4. Quartal 2019 - da reden wir von ungefähr eineinhalb Jahren unbegründet verschoben. 2019 im jetzigen Geschäftsbericht musste die GPK dann lesen müssen, wieder unter denselben einleitenden Worten, dass am Schluss einfach ein neuer Satz hineinkam: „Die Umsetzung der Massnahmen wurde vom Gemeinderat im Rahmend er Entwicklung und Priorisierung der Leitbildmassnahmen geprüft und entschieden, sie zurückzustellen.“ Ohne Hinweis auf den Grund. Auch

im Gespräch mit dem Vizepräsidenten, dem Gemeinderat Franz Vogt, und dem Leiter Gemeindeverwaltung, in dem wir es angesprochen haben, musste man merken, dass sie selbst ehrlich gesagt auch nicht genau wissen, aus welchem Grund das nun schlussendlich soweit zurückgestellt wurde. Wir haben auch gebeten, uns aufzuzeigen, welche die Beurteilungsgrundlagen waren. Da hat man einen Prozessablauf präsentiert. Gestützt auf diese Aussagen und auf diesen Ablauf kam die GPK eben zum Schluss, dass wir ganz klar der Meinung sind, dass diese Motion nicht ordentlich behandelt wurde, so wie sie es verdient hätte. Nach zwei Jahren wiederholter, oberflächlicher Begründung des Verschiebens hat man es nun am Schluss aufgrund der Leitbildmassnahmen auf unbestimmte Zeit vertagt. Was die GPK am Ganzen auch störte, abgesehen davon, dass es gar keine Begründung gibt, sondern lediglich ein Hinauszögern einer überwiesenen Motion, ist, dass wenn man nämlich die Mittel des Einwohnerrats anschaut, oder besser gesagt, welche Möglichkeiten hat der Einwohnerrat, um Geschäfte, besser gesagt, seine Anliegen geltend zu machen, dem Rat zu überweisen, dann ist unser stärkstes Mittel die Motion. Wenn der Einwohnerrat eine Motion überweist, dann macht er das, weil er davon überzeugt ist. Er möchte zu diesem Vorstoss einen Bericht oder eine Anpassung, eine Änderung des Reglements, die er als wichtig erachtet. Wenn die Zeit von sechs Monaten nicht eingehalten werden kann, dann darf der Gemeinderat das mit einem Zwischenbericht begründen, besser gesagt aufzeigen, dass es ihm nicht gereicht hat. Im Geschäftsbericht kommt er dem auch nach. Ein Zwischenbericht soll aber nicht dazu dienen, eine Motion auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Wenn eine überwiesene Motion eines Parlaments nicht ernst nimmt, ist das für die GPK auf so lange Zeit eine Negierung des Parlamentswillens. Aus diesem Grund haben wir auch klar dieses Mal gefordert und nicht empfohlen, dass dieser Bericht dem Einwohnerrat zum Geschäft 4295 im 4. Quartal 2020 zur Behandlung vorliegt. Wie wir heute Abend mit Freude vernehmen durften, hat die Gemeindepräsidentin versichert, dass der Gemeinderat dieser Aufforderung nachkommen wird.

Zum Ressort Standortmarketing wurde bereits gesagt, dass man in dieser Zeit nicht umsetzen konnte, was man sich vorgenommen hat. Da sieht man auch, dass von diesen geplanten, jährlichen 15 Gesprächen und Treffen mit den wichtigsten Unternehmen gerade mal lediglich 4 stattfinden konnten. Die schwache Rückmeldung von gerade mal drei KMU von 800 Angeschriebenen, besser gesagt über 800 Angeschriebenen, sehen wir als bedenklich und auch als verpasste Chance. Als verpasste Chance allerdings seitens der KMU und nicht seitens des Gemeinderats, weil er in diesem Punkt nichts dafür kann. An dieser Stelle ist klar und deutlich zu sagen, wir sind darüber erstaunt, dass man von so vielen Unternehmen, so wenige Rückmeldungen erhält und bedauern diese Haltung auch seitens der Unternehmer, wenn denn die Gemeinde schon diesen Schritt auf sie zumacht und Hand bietet. Bei den 4 von 15 beabsichtigten Treffen sieht es etwas anders aus - das hat sich auch im Gespräch mit dem Gemeindevizepräsident ergeben - dass das aufgestellte Konzept, ich möchte nicht sagen zu ambitioniert ist, aber vielleicht an den realistischen Tatsachen oder an den Begebenheiten nicht Stand hält. Sachen wie Ressourcenmangel oder Zeitmanagement, die aufgrund anderer Geschäfte nicht wahrgenommen werden konnten, wurden genannt. Der Gemeinderat hat dies jedoch erkannt und ist der Meinung, dass man Anpassungen vornehmen muss. Das ist es auch, was die GPK dem Gemeinderat empfiehlt, dass er das Wirtschaftsförderungskonzept den aktuellen Begebenheiten und Machbarkeiten anpasst. Ein Konzept soll sich nicht nur gut anhören, sondern soll in erster Linie auch umsetzbar sein. Es nützt weder der Gemeinde noch den Unternehmern etwas, wenn wir ein Konzept haben, das nicht gelebt werden kann, weil wir es nicht hinkriegen. Wir sehen aus unserer Sicht auch keine Bedenken bei einer Anpassung, wenn man sagt, man muss es runterschrauben, weil momentan Zeit- oder Personalmangel herrscht, um es so wie ursprünglich angedacht umzusetzen, solange das Ziel des Gemeinderats nach wie vor erfüllt werden kann. Immer unter dieser Voraussetzung. Der Gemeinderat ist der Meinung, er könne dieses Ziel erfüllen, das hat er auch so kundgetan, auch wenn er das Konzept anpassen würde. Deshalb empfehlen wir, dass er dieses Konzept auf das Machbare anpasst. Eine Anpassung eines Konzepts sehen wir nicht als Schwäche, sondern als Schritt ins real Machbare.

Zum Stellenetat wurde es auch schon gesagt, oder ich möchte noch einmal verdeutlichen, was uns sehr stark aufgefallen ist. Das sind ebenfalls diese Schwankungen. Wir haben nur 2016, 2018, 2019 angeschaut. Es war früher schon so, dass es zu erheblichen Schwankungen führte. 2016 zu 2017 hatten wir im Stellenetat eine Zunahme von 980 %. 2017 zu 2018 waren es noch 103 Stellenprozent, 2018 zu 2019 nahm es um 775 Stellenprozent zu. Die GPK sagte deshalb, dass wir in Zukunft bei einer Abweichung von mehr als +/- 50 Stellenprozent pro Verwaltungsbereich erwarten, dass man, wie man das in der Rechnung so schön bei ausserordentlichen Verschiebungen sieht, ebenfalls im Stellenetat bei ausserordentlichen Veränderungen in Zukunft im Geschäftsbericht erläutert wird, weshalb diese Veränderungen eingetreten sind. Damit der Einwohnerrat eine plausible Erklärung dafür erhält und einfach auf Grundlagen nachschauen kann, was dazu geführt hat. Wie schon gesagt erachten wir oder besser gesagt wurden wir in Kenntnis gesetzt, dass bisweilen keine globalen Mittel oder langfristige Personalplanung auf der Verwaltung vorliegen. Natürlich teilen wir die Meinung des Gemeinderats, dass das nicht einfach ist, in Zukunft abzuschätzen, wo, wie viel Personal genau benötigt wird. Es ist klar die

Meinung der GPK, dass man nicht von Jahr zu Jahr einfach gleich nach Interessen oder sagen wir mal nach Verschiebungen im Aufwand innerhalb der Verwaltung, Stellen bewilligt oder eben ad hoc geschlossen werden können. Aus diesem Grund erachten wir das, besser gesagt ein zukünftiges Planungsprojekt zur Entwicklung des Stellenetats eben als wichtig und notwendig. Auch das Vorliegen des Stellenetats der Personal- und Besoldungskommission haben wir hier schon ein, zwei Mal in den Fragestunden oder auch ausserhalb des Plenarsaals gehört. Wir möchten einfach auch noch einmal darauf hinweisen, dass die GPK auch in den nächsten Jahren darauf achten wird, dass sich in Zukunft beim erlassenen Stellenetat immer die Personal- und Besoldungskommission zu den neu geschaffenen Stellen äussern können. Das ist auch, was im Personal- und Besoldungsreglement § 7 Abs. 4 steht: „Der Gemeinderat kann bei Bedarf UND mit Zustimmung der Personal- und Besoldungskommission neue Stellen schaffen.“ Das ist etwas, worauf die GPK auch in Zukunft vermehrt schauen wird, damit wir in diesem Bereich es einhalten, wo es wichtig ist.

Zum Geschäftsbericht als Ganzes, betreffend Teil Gemeinderat, wurde zuvor schon gesagt, dass die im letztjährigen Geschäftsbericht festgestellten Doppelspurigkeiten, die wir angekreidet haben, zum grossen Teil oder gänzlich beseitigt wurden. Was uns sehr erfreute und auch der Leserlichkeit des Geschäftsberichts als Ganzes dienlich ist. Wie aber auch schon zuvor angetönt, sind wir trotzdem als Kommission nach wie vor der Meinung, dass wir dem Gemeinderat empfehlen würden, dass er seinen Bericht als Gesamtgemeinderat auf einen zusammenfasst, damit er aus unserer Sicht seine strategische Ausrichtung als Gesamtgremium auch im Geschäftsbericht besser vorleben oder nachleben kann. Wenn dies halt nur teilweise angenommen wird, empfehlen wir, dass wirklich nur das geschrieben wird, was geschrieben werden muss und nicht jeder seine obligatorischen drei Seiten loswerden muss. Es sind überall genau drei Seiten, es darf auch weniger oder mehr sein, wenn es dem entspricht. Wenn es nicht sein soll, dass man sich verpflichtet fühlt, es genauso wie der Zander zu machen, und seinen Teil mit Füllwörtern oder Worthülsen aufzufüllen. Aus diesem Grund empfehlen wir wieder einen Bericht für den Gemeinderat in Zukunft oder sonst auch Flexibilität in der Gestaltung des Berichts der einzelnen Gemeinderäte.

Uns ist auch aufgefallen, dass im Bericht des Schulrats Primarstufe Seite 43 und 44 dieses Mal geschrieben und besser gesagt auch ausgeführt wurde, dass die im Jahr 2017 und 2018 geplanten, aber nicht stattgefundenen Treffen Sekundar- und Primarstufe Schönenbuch im letzten Jahr stattgefunden haben. Das haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen, besser gesagt mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass dieses Austauschtreffen wieder stattgefunden hat, und wir der Meinung sind, dem muss der nötige Stellenwert eingeräumt werden, man soll sie auch durchführen.

Zum Fazit des ganzen Berichts: Den meisten Empfehlungen der GPK wurde im letztjährigen Bericht nachgekommen. Der Gesamtbericht sowohl des Gemeinderats wie auch der Bereiche, wie auch der Schulräte, Sozialhilfebehörde und Wahlbüro erachten wir im Gesamten als sehr gelungen und - ich sage es mal so - mindestens Note gut, in gewissen Teilen sogar dieses Mal Note sehr gut. In diesem Zusammenhang danke ich sowohl meinen Kommissionsmitgliedern wie auch vor allem dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung sowie den Schulräten, der Sozialhilfebehörde und dem Wahlbüro für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr und für das Erstellen dieses guten Berichts. Ich empfehle dem Einwohnerrat, sämtliche Berichte des Geschäfts 4487 zur Kenntnis zu nehmen.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Besten Dank, Florian Spiegel. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte zuerst eine generelle Bemerkung zur Arbeit der GPK machen. Unsere Fraktion ist sehr, sehr beeindruckt von dieser Arbeit, die jetzt präsentiert wird und in den Berichten der GPK vorliegt. Ich sage das jetzt nur einmal, aber man könnte es aber auch drei Mal sagen: Diese Berichte zeugen nicht nur von grossem Fleiss und grosser Sorgfältigkeit, sondern sie sind auch fair und ausserordentlich sachgerecht. Vielen, vielen Dank, ich schätze, unsere Fraktion EVP/GLP/Grüne schätzt das sehr. Zum Geschäftsbericht des Gemeinderats möchte ich eine Bemerkung machen, halt eine mehr, zur Integrationsthematik. Als ich das im Bericht gelesen habe, bin ich erschrocken. Ich bin erschrocken. Ist das möglich, dass eine Gemeinde wie Allschwil, in welcher Integration ein so zentrales Thema sein muss, so etwas einfach laufen lässt. Ist das möglich? Es interessiert mich nicht vor allem aus formalen Gründen, ob es nun eine Motion war oder nicht, sondern einfach aus inhaltlichen Gründen. Im zweiten Moment habe ich dann gedacht, ja, es überrascht mich eigentlich nicht wirklich, habe ich doch ähnliches mit meinen Vorstössen erlebt, die auch in Richtung Integration fördern gingen. Ich erinnere an den letzten mit der Bildungsgerechtigkeit. Bildungsgerechtigkeit ist ein wichtiger Teil, ein Beitrag zur Integration von allen. Schon ein wenig länger zurück ist der Vorstoss, den ich machte, für Erwachsenenbildung, der den Zweck hat, allen Menschen in Allschwil, auch wenn sie schon älter sind, eine Integration und eine erfolgreiche Perspektive zu eröffnen.

In diesem Sinne möchte ich den Gemeinderat eindringlich bitten, dieses Thema Integration ernst zu nehmen und etwas Substanzielles jetzt dann abzuliefern. Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Bevor die nächste Person ihr Wort ergreift, bitte ich, dass wenn das Mikrophon spinnt, man gleich mit dem Handmikrophon aushilft.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gemeinderat. Ich habe doch noch 2, 3 Sachen, auf die ich auch zu den Antworten und Fragen eingehen möchte. Ich weiss nicht, ob das mehr Sinn macht, wenn man das anhand der Beilage macht oder anhand der Detailberatung des Geschäfts. Ich beginne mal. Und zwar geht es mir auch ein wenig um diesen Punkt von lang nicht beantworteten Geschäften. Der Gemeinderat hat es zuvor gesagt, dass er eigentlich auch nicht begründen kann, weshalb dieses Integrationskonzept nicht beantwortet wurde in den letzten Jahren, zu Beginn war es ja begründet. Aber es ist ja nicht immer das einzige Geschäft, das wir jetzt haben, es geht ja auch ums Thema. Es geht um die Art und Weise, dass immer mal wieder Geschäfte hängig bleiben. Begründet wird es jetzt neuerdings eben durch diese Leitbildmassnahmen, die der Gemeinderat selbst erstellte und selbst priorisierte. Im Leitbild Allschwil, da haben wir mitgemacht, wir alle wissen das, Hochschule Luzern, Krummenacher und Willimann, da konnten wir alle mit dabei sein, konnten wir etwas einfließen lassen. Uns fällt auch auf, auch innerhalb der GPK, aber ich glaube auch im Ratsbetrieb selbst, die GPK kommt da glaube ich noch im Tätigkeitsbericht darauf zurück, dass es immer wieder begründet wird, ja, wir sind schon an der Arbeit oder man hat priorisiert. Wir haben dann auch noch als Antwort diese Bewertungskriterien erhalten, die wir alle in den Antworten haben. Im Fragen-/Antwortkatalog Seite 2 haben wir diverse Kriterien und ich frage mich, wo ist denn da der Einwohnerrat. Das habe ich schon an dieser Sitzung gesagt, wo es um Bewertungskriterien, um Risikopotenzial geht. Wenn es der Einwohnerrat will, dann ist das Risiko beim Einwohnerrat, der wollte es. Wettbewerb Standortmarketing. Der politische Wettbewerb sagte ja, die Mehrheit des Rats will das. Der Nutzen für die Bevölkerung, der Einwohnerrat ist die Vertretung der Bevölkerung. Gesetzliche, sonstige Verpflichtungen sind vorhanden. Politische Akzeptanz wäre vielleicht nicht so schlecht, ökologischer und betriebswirtschaftlicher Nutzen. Ich finde es immer schade, oder, zuvor hat es der GPK-Präsident gesagt, wir haben ja nicht viele Mittel und eine Motion nehmen wir nicht einfach nur so in die Hand, wie vielleicht andere Parlamente einfach die ganze Zeit mit Motionen hineinschiessen. Sondern ich würde gerne vom Gemeinderat wissen, wo können wir denn noch auf diese Priorisierung des Gemeinderates einwirken. Wo kann der Einwohnerrat noch mitgestalten bei gewissen Anliegen, die wir haben? Thema Spielplatzstrategie. Wenn wir es doch im Rat wollen, dass es vorgezogen wird, welche Bewertungskriterien ziehen dabei? Ich glaube schon, das ist eine Frage, der wir uns ein wenig stellen müssen. Ich würde gerne mal vom Gemeinderat eine Antwort erhalten, wo im Einwohnerrat ist hier sein Teil, den er beitragen kann, wenn er vielleicht etwas auch anders sieht oder gerne etwas einfließen lassen möchte. Besten Dank. Soviel dazu.

Ich gehe doch noch einmal schnell in den Bericht. Seite 22 haben wir von der GPK eine Frage zur GIDRB gestellt. Das hatten wir in diesem Rat auch schon öfters. Die Gemeinde hat eine recht zackige Medienmitteilung rausgelassen, dass wieder Grundwasser verunreinigt ist, resp. Wasser von dieser Deponie Neuweiler. Bis jetzt haben wir dazu eigentlich nie eine Antwort erhalten. Nun steht hier eine Antwort, da hat die GPK nachgefragt, dass wir bedauerlicherweise aufgrund der Trockenheit konnte man keine neuen Proben ziehen. Was ist das jetzt genau für eine Sache? Man hat doch Proben gezogen, wir wissen ja, dass es nicht dicht ist. Muss der Gemeinderat das nun noch einmal überprüfen, müssen diese Proben irgendwie aktuell sein oder nicht und man möchte noch einmal auf eine Sitzung einladen? Wir wissen ja, es kommt keine Antwort. Wieso soll man noch einmal eine Probe ziehen? Ich würde noch einmal Druck machen, ich wünsche gerne noch eine bisschen genauere Antwort dazu. Besten Dank.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Oder möchte der Gemeinderat zuerst die Fragen beantworten, bevor ich - oder macht er das am Schluss?

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich würde vorschlagen am Schluss, vielleicht gibt es noch weitere Fragen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Okay. Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Wir haben diesen Geschäftsbericht auch als gut bewertet, als gut bis sehr gut. Trotzdem will ich aus dem Geschäftsbericht sowie auch aus den verschiedenen Berichten der GPK doch 2, 3 Punkte herausgreifen, welche weniger mit Integration oder sonst solchen Dingen zu tun haben. Der erste Punkt hat sicher mit der Personal- und Besoldungskommission sowie mit Stellenetat, mit Personalplanung und vielen weiteren Punkten mehr zu tun. Das ist das Thema Führung. Scheinbar hat sich Allschwil in den letzten Jahren mit Führung quer durch alle Ebenen doch ziemlich schwergetan. Die Führungsfähigkeit entscheidet schlussendlich über Erfolg und Versagen eines Unternehmens, einer Gemeinde wie auch des Personals. Das grosse

Stichwort ist Fluktuation. Darüber werden wir sicher später auch noch einmal hören. In den letzten Jahren scheint es, ähnelte die Führung auf der Gemeinde doch eher einer Achterbahn. Aber mit der neuen Ausrichtung konnten wir wahrnehmen, dass die Führungsherausforderungen angenommen wurden. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass wichtige Führungspositionen jetzt mit starken Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt wurden. Das stimmt uns eigentlich für die Zukunft zuversichtlich.

Ein weiterer Punkt, den ich herausheben möchte, ist das Thema Leitbild. Da haben wir im Bericht auch gewisse Diskrepanzen gesehen. Während unser Leiter der Gemeindeverwaltung, Patrick Dill, von einer konsequenten Umsetzung des Leitbildes spricht, sieht das der Gemeinderat etwas legerer und bezeichnet das Leitbild als Wegweiser. Oder, wie es unser Gemeinderat Christoph Morat im Oktober 2019 zu meiner Interpellation zum Bevölkerungswachstum Allschwil sagte, es ist eine Zielgrösse aber nicht heilig. Da wäre doch eine Annäherung des Gemeinderats an diese Ernsthaftigkeit dieses Papiers vielleicht in Zukunft wünschenswert. Der dritte Punkt, den ich aus dem Geschäftsbericht herausheben will, ist die Schulraumplanung. Auch dies ist ein Geist, der unterdessen seit Jahren um uns herumschwirrt. Es wissen alle, wir wussten es schon, bevor das Schulhaus Gartenstrasse fertig gebaut wurde, dass es zu klein ist. Für das Schulhaus Bettenacker haben wir 11 Mio. ausgegeben. Besser gesagt, nein, die 11 Mio. für die Sanierung sei ja zu teuer gewesen. Deshalb haben wir sie für 1 Mio. abgerissen. Obwohl wir wussten, wir brauchen Schulraum. Und jetzt wird spekuliert, dass genau dort ein Schulhaus entstehen wird, und dies für mehr als 17 Mio. Franken. Ja, wäre vielleicht die Sanierung etwas günstiger gewesen. Aber noch besser trifft es das ehemalige Schulhaus Gartenstrasse hier. Und das ist jetzt ganz suspekt. Beim Bau des Gartenhofs wurde im Steuerungsausschuss, unter anderem in der Besetzung durch Gemeinderäte Christoph Morat, Nicole Nüssli und Robert Vogt, gesagt, dass die Sanierung der Gartenstrasse für Schulzwecke eigentlich gar nicht möglich sei und eigentlich die Schüler dort rausgehen müssten. Und nun soll genau dieses Gebäude, dieses Haus wieder als Schulraum genutzt werden, für ein Provisorium für 7 bis 10 Jahre. Das finde ich ein wenig suspekt. Wir spekulieren hier in Allschwil seit Jahren über eine neue Schule. Ich glaube, jetzt wird es doch langsam Zeit, dass man die Katze aus dem Sack lässt, und nicht, dass es wieder eine Kurz-Vor-Schluss-Übung gibt, bei der es heisst, wenn der Einwohnerrat nicht jetzt sofort zustimmt, dann müssen die Schüler leider auf dem Trottoir unterrichtet werden. Die Fraktion der SVP wird diese Berichte alle zur Kenntnis nehmen. Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Es scheint keine weiteren Wortmeldungen mehr zu geben. So gebe ich das Wort gerne noch an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli für die zuvor gestellten Fragen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja vielen Dank. Geschätzte Anwesende. Vielleicht einleitend zu meinen Ausführungen, wir müssen jetzt einfach ein wenig aufpassen, dass wir nicht über Gott und die Welt diskutieren. Wir haben einen Geschäftsbericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2019 vor uns und über unsere Tätigkeit, sprich Gemeinderat, Schulrat und übrige Behörde. Wir haben nun keine open end Diskussion über alle Themen, die irgendwo am Rande oder vielleicht auch ganz ernsthaft die Gemeinde Allschwil bewegen. Es ist so, Henry Vogt, eine Schulraumplanung ist ein Thema. Ja, das ist so. Aber die, welche heute hier sind und alles schon wissen, was im Jahr 2016 gewesen ist, als wir dieses Schulhaus eröffnet oder eingeweiht haben, und damals schon wussten, dass es zu klein ist, die möchte hier mal sehen und möchte wissen, welche das waren. Wenn das so wäre, wäre ich froh gewesen, sie wären zum Gemeinderat gekommen und hätten das gesagt. So hätte man allenfalls damals schon reagieren können. Aber ich sage folgendes: wir haben dieses Schulhaus gebaut. Wir haben die Kinder hineingelassen und die Schulraumplanung ist einfach ein Thema, weil unsere Gemeinde derart interessant für Familien ist. Familien haben nun mal Kinder, seien es 1, 2, 3 oder noch mehr, die müssen in die Schule gehen. Deshalb sage ich noch einmal, Schulraumplanung ist eigentlich ein laufendes Thema. Der Gemeinderat kommt sicher mit dem Thema, sobald klar ist, wie es weitergehen soll. Soviel vielleicht zu diesem Geschäft.

Zu deinem Thema, Etienne. Zur Frage, wo denn der Einwohnerrat oder wie er sich einbringen kann, bezüglich der Thematik Leitbildmassnahmen und Priorisierung. Ist auch noch schwierig. Auch hier könnte man wieder eine ganze Türe öffnen und eine riesige Abhandlung in diesem Sinne vom Zaun brechen. Es ist, glaube ich, einfach auf den Nenner zu bringen. Der Einwohnerrat hat seine politischen Mittel. Die beginnen bei einer kleinen Anfrage oder bei einer Frage in der Fragestunde, und gehen über Interpellation, Postulat, Motion. All diese Möglichkeiten hat der Einwohnerrat und kann auf die Tätigkeiten des Gemeinderates Einfluss nehmen und natürlich auf alle Tätigkeiten, welche die Gemeinde Allschwil betreffen. Die ganze Geschichte Leitbild, Leitbildmassnahmen und Priorisierung ist ein Thema. Ja, das macht der Gemeinderat. Er ist das in ernsthafter Art und Weise angegangen, hat es kommuniziert, hat das Leitbild kommuniziert, hat die Leitbildmassnahmen kommuniziert. Alle haben gesehen, wo der Gemeinderat hingehen möchte. Wie gesagt, der Gemeinderat hat diese Priorisierung gemacht, hat es sich nicht einfach gemacht. Er hat auch Personalressourcen in die Überlegung miteinbezogen. Trotzdem

ist es heute eine Tatsache, wir sind halt nicht so weit gekommen, wie wir wollten. Das ist eine Tatsache. Das ist vielleicht ähnlich wie bei den Wirtschaftsförderungskonzepten. Wir müssen uns letzten Endes auch ein wenig nach der Decke strecken. Wenn wir nicht überall Stellen schaffen wollen, müssen wir irgendwann auch sagen, also dieses oder jenes Projekt können wir denn halt nicht forcieren. Die Idee war schon, in dieser Sache wirklich einiges mehr zu tun. Nun noch einmal - deine Frage war, wie ihr euch einbringen könnt. Ich denke, es liegt auf der Hand mit diesen Vorstössen, die ich zuvor erwähnt habe.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Dankeschön für die gestellte Frage von Etienne Winter bezüglich der GIDRB. Das ist ein guter Punkt und ist nicht so, dass es einfach nur lapidar abgehandelt wurde mit einer kurzen Antwort. Es ist folgendermassen: Diese Proben konnte man nicht entnehmen, weil man weitere Proben sammeln wollte, um das Ganze zu erhärten. Selbst diese Proben, die vorliegen beweisen, was wir schon immer gesagt haben, dass die Deponie vollständig saniert werden muss. Die Gegenseite sieht das selbstverständlich anders. Das ist das Problem. Deshalb wollten wir dem mit Nachdruck weiterkommen und neue Proben entnehmen. Es sollte mal ein bisschen mehr regnen. Also macht irgendetwas dafür, esst nicht aus oder so. Nein, ernsthaft. Es ist so, dass wir weiterhin neue Termine der GIDRB vorgeschlagen haben. Wir versuchten mehrfach Kontakt aufzunehmen, aber die Kommunikation ist immer einseitig. Wir fordern, es kommt keine Antwort, keine Rückmeldung, rein gar Nichts, kein Telefonabnehmen. Es ist mühsam. Wir versuchen es weiter. Wir werden irgendwann die GIDRB an den Tisch bekommen, wenn es natürlich noch Proben gäbe, die wir entnehmen könnten und auch öffentlich wirksam zeigen könnten, hätten wir ein grösseres Druckmittel. Dies ist der Weg, den wir aktuell verfolgen. Gibt es Neuigkeiten hier mit dieser Sache, werde ich selbstverständlich informieren.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich möchte nochmals rasch auf das Thema mit den Vorstössen zurückkommen, welche unser einziges Mittel sind, mitzumachen. Wer so ein Mittel zum Zweck hat, dass man in einem Geschäftsbericht fünf bis sechs Seiten füllt mit Sachen, die eingegeben, akzeptiert wurden, und irgendwann einmal vielleicht umgesetzt werden, gibt das einem das Gefühl, dass diese Möglichkeiten einfach fast nicht vorhanden sind. Vielleicht sollte sich das der Gemeinderat überlegen, wenn er seine Gründe darlegt, weshalb Dinge hinausgeschoben werden. Das ist nicht eine böse Unterstellung, sondern wirklich ein Wunsch, dass man das ein bisschen umfassender angeht. Wir haben später noch andere Gelegenheit, bei welcher wir dieses Problem diskutieren können.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ganz kurz, besten Dank für die Antwort, werter Gemeinderat für beide Sachen. Ich möchte nur noch einmal schnell präzisieren. Mir geht es nicht darum, dass ich eigentlich die Massnahmen des Gemeinderates priorisieren möchte, die er ja selbst priorisiert hat. Weil dann greife ich in die Exekutive ein. Um das geht es mir nicht. Sondern einfach, damit wir noch die Möglichkeit haben, falls noch Anliegen des Einwohnerrats kämen. Damit diese nicht quasi sagen müssen, wenn wir nun halt schon so voll sind, muss es hintenanstehen. Es muss irgendwie auch Raum geben für unsere Anliegen. Damit diese auch Platz haben. Aber es geht natürlich nicht darum, Priorisierung resp. von den Gemeinderatsmassnahmen in den Raum zu stellen oder zu fragen, weil ihr das ja getan habt. Oder, das sind Insights, wir würden auch gerne die Gedanken kennen, die gemacht wurden. Oder macht es Sinn, es einzugeben oder nicht. Das versucht man immer, dies uns zu vermitteln. Natürlich, ich bin mir bestens bewusst, was für Mittel der Einwohnerrat hat. Das stärkste Mittel ist nicht eine Motion. Das stärkste Mittel ist einfach, wir bewilligen keine Rechnung, weil es dann ja auch nicht funktioniert. Das Ziel ist einfach, dass wir mitgetragen werden, dass wir laufend ajour gehalten werden, was abgeht, und wie es sich entwickelt. Ich muss noch schnell das Wort ergreifen, damit ich auf eine Detailberatung verzichten kann. Und zwar geht es mir noch um einen Punkt bezüglich Begegnungszone Pappelstrasse. Das steht im Bericht auf Seite 46. Da lese ich „...“, dass im Bereich Pappelstrasse eine 15 m lange Begegnungszone einzurichten ist ... oder eingerichtet wird ...“. Da wurde ich etwas stutzig, weil ich das etwas anders im Ohr habe, wie wir da vorwärts gehen wollen, und ich bin im Protokoll dieser Einwohnerratssitzung fündig geworden. Und zwar ging es darum, innerhalb dieses QP Heuwinkel kam von der SP-Fraktion an der 1. Lesung die Idee auf, Antrag von Jean-Jacques Winter, dass man auf diesem Spielperimeter, wo die Strasse war, eine Begegnungszone einführen könnte. Dann hat der Gemeinderat das wohlwollend mal mitgenommen für die 2. Lesung, weil es nicht gerade viele Gegenvoten gab. Das war im Juni, 2018 glaube ich sogar. Dann hat der Gemeinderat im Eintrittsvotum dem Einwohnerrat eigentlich einen Gegenvorschlag gemacht, aufgrund unseres Antrags, und sagte, ja bitte, lassen wir doch dieses Geschäft mit diesen Anträgen so wie es ist. Aber eigentlich „... im einwohnerrätlichen Beschlussverfahren soll eine Einrichtung einer Begegnungszone Pappelstrasse beantragt werden.“ Dies als Kommentarspalte. Und es heisst, es soll ein separates, verkehrspolizeiliches Verfahren stattfinden. Das nebenan. „Wir schlagen dem Einwohnerrat vor, dass wir den Quartierplanverfahren jetzt so durchziehen, wie es die ursprünglichen Anträge vorsahen und dass wir dann in einem separaten, nachträglichen Verfahren prüfen, ob auf der Pappelstrasse im Bereich zwischen Heuwinkelstrasse und Marsstrasse eine Begegnungszone eingerichtet werden kann.“ Der Gemeinderat hat uns also im Eintrittsvotum gesagt, halt stopp, wir schauen jetzt nicht nur diesen QP-Perimeter an, sondern wir schauen uns die ganze

Pappelstrasse an, zwischen diesen zwei Quartierstrassen. Nach meinem mathematischen Verständnis ist dieser Perimeter etwas grösser als 15 m. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat versprochen halt stopp, wir ändern da nichts, winken wir es durch, wir machen das nachträglich. Ich habe leider bis dann, oder der Einwohnerrat hat leider bis dann nie irgendetwas von diesem Versprechen gehört. Liest nun, in Ihrem Gemeinderatsbericht, dass man einen 15 m Korridor gemacht hat. 15 m, wenn das stimmt, vielleicht sind es auch 150 m, dann pack ich, Schreibfehler. Aber 15 m Begegnungszone? Das ist etwas grösser als drei Parkfelder, ein bisschen grösser als ein Fussgängerstreifen. D.h. da bremst deswegen ein Auto bös gesagt von 50 auf 20 runter und rast nachher weiter. Das macht doch eigentlich sehr wenig Sinn. Weil in diesem Ding hat er es gesagt, dass es eigentlich ein Schulweg ist, auf dem Leute, Kinder gehen, und es auch sehr Sinn macht, sogar in diesem Eintrittsvotum, in der Postulatsbeantwortung von Christian Stocker Arnet, dass es Sinn macht, auf diesem Perimeter eine Begegnungszone zu machen. Und die Frage ist jetzt einfach an den Gemeinderat: a) Wieso hat der Einwohnerrat nie davon erfahren? Wie kommt jetzt das, muss er sich das selbst beschaffen? b) Wurde dieses polizeiliche Verfahren eingeleitet und welche Schlüsse wurden daraus gezogen? Weil, jetzt müssen wir eigentlich davon ausgehen, Ablehnung, und wieso? Das ist meine Frage.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Wer vom Gemeinderat möchte diese Frage beantworten?

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja lieber Etienne, ich glaube ich muss diese Frage mitnehmen. Ich kann sie nicht gleich aus dem Stegreif beantworten. Ich denke, wir geben dir auf diese Frage ganz bestimmt in nächster Zeit eine Antwort. Ich versuche das noch in dieser Legislatur.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Dann ist es also kein Schreibfehler, sind es diese 15 m Begegnungszone, erste Begegnungszone neu 15 m? Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Wie gesagt, diese Frage wird beantwortet. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich vermute nicht, dass es ein Schreibfehler ist, aber wir gehen der Sache nach und du erhältst eine Antwort bis Ende Juni.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Ich übergebe das Wort dem 2. Vizepräsident.

Einwohnerratsgeschäfte, Seite 5

keine Wortmeldung

Volksbegehren, Seite 14

keine Wortmeldung

Gemeinderat, Seite 15

keine Wortmeldung

Leitbild „Zukunft Allschwil“, Seite 31

keine Wortmeldung

Vernehmlassungen, Seite 33

keine Wortmeldung

Geschäftsleitung Gemeindeverwaltung, Seite 35

keine Wortmeldung

Bereiche, Seite 39

keine Wortmeldung

Stellenetat, Seite 70

keine Wortmeldung

Allschwil in Zahlen, Seite 71

keine Wortmeldung

Schulrat Primarstufe, Seite 73

keine Wortmeldung

Schulrat Musikschule, Seite 75

keine Wortmeldung

Sozialhilfebehörde, Seite 77

keine Wortmeldung

Wahlbüro, Seite 79

keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnisse, Seite 80

keine Wortmeldung

Anträge, Seite 82

keine Wortmeldung

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4487A abgeschlossen sind.

Robert Vogt, Gemeinderat: Präsident, werte Damen und Herren. Ich habe eben den Gemeinderatsbeschluss geöffnet und damit ich Sie nicht länger auf die Folter spannen muss betreffend Begegnungszone Pappelstrasse: Der Gemeinderat hat ein Verkehrsgutachten erstellen lassen. Dass man das nicht nur auf die ersten 15 m machen soll, das würde überhaupt keinen Sinn ergeben, das ist also ein Schreibfehler. Sondern dass man das auf die ganze Pappelstrasse von Anfang bis Ende ausweiten würde. Weil wir das aber noch nicht beschlossen haben, sondern nur das Verkehrsgutachten zur Kenntnis genommen haben, werden wir das auch noch nicht umsetzen können. Sobald wir es beschlossen haben, werden wir es Ihnen auch offiziell kommunizieren. Aber heute, gemäss Verkehrsgutachten wäre es für die ganze Pappelstrasse vorgesehen.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Besten Dank für diese Informationen.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte vielleicht noch eine Anmerkung zum Stellenetat machen. Man könnte hier den Bericht von Basel-Stadt auch als Vorbild nehmen, weil er hier sehr detailliert Veränderungen zum Vorjahr aufzeigt. Er macht das bis auf die einzelne Stelle. Ich kann jedem empfehlen, den einmal durchzulesen, es steht in den Rechnungen drin. Das wäre für uns eigentlich sehr wünschenswert, dass man das detailliert aufzeigen könnte, Veränderungen auch in Worten. Wie gesagt, das ist eine Anregung fürs nächste Jahr.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, anschliessend über jene der GPK.

Anträge des Gemeinderates, Seite 82. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht des Gemeinderates 2019 zur Kenntnis zu nehmen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Geschäftsberichte 2019 der Behörden und des Wahlbüros zur Kenntnis zu nehmen.

://:

Dem wird genauso einstimmig zugestimmt.

Anträge der GPK, Seite 5 des GPK-Berichts. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Die Geschäftsberichte des Gemeinderates, der Schulräte, der Sozialhilfebehörde und des Wahlbüros werden zur Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Vom Bericht der GPK betreffend die Prüfung der Geschäftsberichte 2019 mit ihren Feststellungen und Empfehlungen wird Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung über das Geschäft 4487/A.

://:

Der Bericht wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen. Besten Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.5.2020
betreffend Tätigkeitsbericht 2019

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4515

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich frage zuerst den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Ich gebe das Wort sehr gerne an Florian Spiegel.

Florian Spiegel, GPK-Präsident: Herzlichen Dank. Ich wünsche der Gemeindepräsidentin einen guten Appetit, und ich beginne mit dem Tätigkeitsbericht. Im Unterschied zum Tätigkeitsbericht 2018 haben Sie bemerkt, dass wir dieses Mal nicht nur über das vergangene Jahr berichtet haben, sondern auch gleich bis Ende 2. Quartal 2020 erweitert haben. Wir haben das gemacht, damit wir diese Geschäfte abschliessen können und nicht die neue GPK, sprich das neue Präsidium, über unsere Geschäfte rückblickend informieren muss und viel mehr Zeit benötigt, um ihn zu erstellen. Deshalb haben wir das

diesmal bereits einfließen lassen. Ich gehe an dieser Stelle auf den Tätigkeitsbericht 2018 und Geschäftsbericht 2019 nicht mehr ein. Schulratsuntersuchung Primarstufe gehe ich an dieser Stelle auch nicht darauf ein, das kommt bei Traktandum 4. Auf Kanalsanierung will ich jetzt auch nicht eingehen, das kommt anschliessend bei Traktandum 3.

Wo wir anknüpfen ist bei Ziffer 2.5 Untersuchung zu den schützenswerten Bauten in Allschwil. Hier ging es darum, dass wir rund um den Abriss der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse (TUK), wo es sowohl im Rat wie auch in den Medien Unklarheiten betreffend Denkmalschutz und Verfahrensabläufen gab. Weil das immer wieder aufkam, hat sich die GPK mal darüber informieren lassen, wie das effektiv abläuft. Es ist also definitiv komplizierter als wir uns das vorgestellt hatten. Es hat zum Lesen auch viel Zeit benötigt, weil Denkmalschutz ist nicht gleich Denkmalschutz wie man sich das so vorstellt, sondern es geht um zwei konkrete Verordnungen, besser gesagt Schreiben, mit welchen man arbeitet. Das ist einmal ein rechtsverbindliches Bundesinventar der schützenswerten Bauten (ISOS). Dann gibt es noch das Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft (BIB), welches aber nicht rechtsverbindlich ist, sondern eben nur Empfehlungscharakter hat. Das gilt es zu unterscheiden. Also BIB ist nicht rechtsverbindlich, ISOS ist Bundesinventar und rechtsverbindlich. Gemäss Bundesinventar müssen die schützenswerten Bauten in den kantonalen Richtplänen und lokalen Nutzungsplänen mit Schutzzonen ausgewiesen werden. Laut Auskunft der Gemeinde ist gemäss kantonaler Denkmalpflege nicht das ISOS zur Beurteilung von Einzelbauten massgebend, sondern einzig das BIB. Also für Einzelbauten ist einzig das BIB zuständig und das ISOS hat eher den Schutz eines ganzen Ortsbilds oder einer Ansammlung von Bauten zur Aufgabe, wie wir sie z.B. in Allschwil haben. Da können wir den Dorfplatz nennen, das Bohrerhofquartier oder gewisse Teilgebiete Lindenplatz, die dann zu so einem Ensemble gehören.

Bei der Unterschutzstellung wird vor allem auf die Einhaltung, wie gesagt, dieses ISOS-Baugesuchs geachtet. Das ist das vom Bundesinventar, also das Rechtsverbindliche. Dort ist es eben auch noch so, dass wenn man diese Einzelobjekte, die nicht im ISOS festgeschrieben sind, sondern eben im BIB, wo z.B. die Allschwiler römisch-katholische Kirche dazu gehört oder die Theresia-Kirche, also die römisch-katholische Theresia-Kirche, Schulhaus Lettenweg sowie die Villa Guggenheim oder auch das Schulhaus Gartenstrasse. Dies sind eben sog. Einzelobjekte, die unter das BIB fallen und aktuell nicht unter Schutz gestellt sind. Bei einer solchen Unterschutzstellung in der aktuellen Situation ist es so, dass man diese Eigentümer, zu denen teilweise auch die Gemeinde dazu gehört, anschreiben muss, ob sie das Gebäude unter Schutz stellen lassen wollen. Wenn sie das möchten, hat die Gemeinde in diesem Zeitpunkt keine Handhabung, um das trotzdem zu verfügen. Das ist Sache des Eigentümers. Die Gemeinde kann erst, das ist auch angedacht, bei der Revision des Zonenplans Siedlung solche Unterschutzstellungen aufnehmen und berücksichtigen, festschreiben und darauf einwirken. Vorgängig kann sie aber niemanden dazu verpflichten. Wir haben tatsächlich auch gemeindeeigene Gebäude, die aktuell noch immer nicht unter Schutz gestellt sind. Auch die Gemeinde Allschwil hat sich nach ihrem quasi eigenen Schreiben nach der Bitte um Unterschutzstellung dann nicht unter Schutz gestellt. Hier ist die GPK der Meinung, dass man doch die, oder besser gesagt, dass die Gemeinde doch mit Vorbildcharakter voraus gehen und eine aktive Überprüfung ihrer schützenswerten Bauten und Ensembles ins Auge fassen sollte, so dass sie dann eigentlich bereit ist, wenn die Revision des Zonenplans Siedlung ansteht. Wir bitten auch, den Einwohnerrat dahingehend zu unterrichten, was er unternommen hat oder unternimmt.

Das Zweite, was wir noch angeschaut haben, ist die Überprüfung Vollzug Zonenreglement Landschaft. Dabei geht es darum, dass betreffend das Geschäft 4351/A, das war eine Interpellation betreffend Stand Biodiversität in der Gemeinde Allschwil vom Januar 2015, bei der es um die Überwachung der gesetzlichen Vorschriften und den ordnungsgemässen Vollzug der Beschlüsse der Gemeindebehörden ging, die GPK der Meinung war, dass man es gerne vertieft mit dem Gemeinderat anschauen würde und sie uns auch Fragen gestellt haben. Wir machten eine Einarbeitung in die Sachlage mit einem Fragenkatalog. Haben diese dann mit Adrian Landmesser, Bereichsleiter BRU, angeschaut. Dann haben wir die Präzisierung unserer Fragen noch einmal schriftlich erhalten, haben uns die Erarbeitung der Feststellungen mit den Vertiefungsfragen mit Gemeinderat Philippe Hofmann, wieder im Beisein des Bereichsleiters BRU Adrian Landmesser, und dem Umweltbeauftragten Andreas Dill, angeschaut. Der Inhalt, worum es ganz genau oder einfach gesagt eigentlich geht: Der Gemeinderat hat damals im Jahr 2013 die gemeinderätliche Naturschutzkommission aufgelöst. Aufgrund der angespannten Finanzlage hatte man die generelle Leistungsüberprüfung. Diejenigen, die schon länger im Rat sind, mögen sich noch erinnern. Dieser generellen Leistungsüberprüfung fiel unter anderem die gemeinderätliche Naturschutzkommission zum Opfer. Das wäre insofern nicht so schlimm gewesen, wenn man sich dann nachher auch darum gekümmert hätte, was das anschliessend für die Gemeinde bedeutet, oder was bedeutet das anschliessend für die Reglemente. Denn darin ist klar beschrieben, immer noch, dass, also § 22, die Überwachung und Vollzugsaufgabe nach wie vor stattfinden muss. Und zwar muss sie durch eine Kommission stattfinden. Das ist so festgeschrieben. Entweder müssen wir beginnen, dieses Reglement anzupassen und sagen, wir müssen das anders machen, das macht nicht mehr eine

Kommission, wir geben das intern. Oder wir hätten sagen müssen, halt, eigentlich dürfen wir auch aus Spargründen diese Kommission nicht auflösen, weil es so reglementiert ist, dass sie diese Überwachung machen muss. Man hat es dann aufgelöst aber das Reglement nicht angepasst. Dann ist man einfach diesen Überwachungs- und Vollzugsaufgaben in diesem Sinne nicht mehr nachgekommen. Man hat zwar nach Aussagen des Gemeinderats in die Hauptabteilungsleitung Tiefbau Umwelt übertragen, jedoch ohne, dass eine konkrete Person mit dieser Aufgabe bedacht wurde. Wenn Sie Aufgaben mal in eine Abteilung geben, ohne einen Verantwortlichen zu benennen, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass diese Arbeit dann nicht mehr ausgeführt wird. So war es auch in diesem vorliegenden Fall. Unter anderem wurde zum Beispiel die Umsetzung der periodischen Erfolgskontrolle, die in regelmässigen Abständen stattfinden sollte, nicht mehr durchgeführt. Die Überwachungs- und Vollzugsaufgaben wurden nicht mehr durchgeführt. Jetzt, Stand heute, hat man gesagt, man braucht eigentlich auch immer eine Analyse des Ressourcenbedarfs. Für die Einhaltung des Ganzen, ist man Stand heute nicht in der Lage, diesen Ressourcenbedarf zu beurteilen. Aufgrund unserer schon damaligen Anmerkungen, wurde aber Philippe Hofmann und Patrick Dill aktiv und haben angeschaut, was das für die Zukunft bedeutet. Sie haben nun das Büro Hintermann & Weber aktiv für eine Offerte kontaktiert, in welcher genau diese Punkte aufgearbeitet werden sollen, sprich ein Inventar erstellt wird. Dies wird eine Überprüfung der Bestandsentwicklung und Wirkungskontrolle genauso wie die Umsetzung des Inventars der Naturschutzobjekte. Dafür hat man diese Firma angefragt. Besser gesagt für eine Offertstellung, was das kosten wird, wenn sie es übernehmen, um es wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Weil wir z.B. gerade bei der Umsetzung Inventar Naturschutzobjekte eigentlich von der Bestandesanalyse her nicht schlecht aufgestellt sind. Wie wir das damals auch im Naturschutzkonzept von 1985 bereits hatte, jedoch, wie soll man das sagen, wurde das bisweilen nicht systematisch im Inventar zusammengetragen, sondern liegt, würde ich mal so salopp sagen, auf einem grossen Haufen als grosses Wissen verstaut in einem grossen Schrank. Die GPK ist der Meinung, dass man mit dem eingeschlagenen Weg, den der Gemeinderat nun anstrebt, auch wieder eben mit dieser systematischen Durchführung dieser periodischen Erfolgskontrolle und auch wieder mit der Einsetzung einer Kommission oder der Beauftragung einer Kommission mit dieser Arbeit, ihrer Verpflichtung nachkommt, die sie damals aufgegeben hat und verschwand. Mit dem Büro Hintermann & Weber ausgestattet, in welcher Form und in welcher Art man das zukünftig bewerkstelligen will, um diesen Vorschriften und Verordnungen gerecht zu werden. Die GPK erwartet vom Gemeinderat, dass er, sobald diese offenen Punkte auf der Verwaltung abgeschlossen sind, resp. wenn sich konkretisiert, in welche Richtung es geht, die GPK über die nächsten Schritte informiert wird und ihr präsentiert wird, was die Lösung des Gemeinderats zu dieser Thematik ist.

Dann war da noch Ziffer 2.7 Besuch Zivilschutzanlagen. Darauf stiessen wir, weil wir im Geschäftsbericht 2018 einmal im Gespräch den Gemeinderat angefragt hatten, wie es denn um die Schutzplätze auf Gemeindegebiet, die für die Bevölkerung sind, steht. Wie viele Schutzplätze haben wir, wie viel Bevölkerung haben wir, die wir unterbringen müssen? Es ist so, dass der Gemeinderat damals sogar eine Überversorgung ausgewiesen hat. Und zwar wenn man die Zivilschutzplätze der gemeindeeigenen Anlagen zusätzlich zu den Zivilschutzplätzen rechnet, die aktuell in Privathaushalten sind, ergibt dies eine Überversorgung der benötigten Plätze. Daraufhin hat sich die GPK entschlossen, wir würden jedoch sehr gerne diese Zivilschutzanlagen auf Gemeindegebiet einmal anschauen und haben uns vier von den, insgesamt sind es glaube ich acht, auf Gemeindegebiet vorhandenen ausgewählt. Wir haben uns ausgesucht: die ZSA Hagmatt, die ist beim Werkhof, hat 173 Schutzplätze; ZSA Baslerstrasse 339, beim Kantonalbank-Bancomat vor dem Morgartenring, ist mit sage und schreibe 600 Schutzplätzen ausgewiesen; die Sanitätshilfsstelle AZ Bachgraben mit 170 sowie die ZSA Tulpenweg neben dem Komplex der reformierten Kirchgemeinde, wo der ehemalige Spielplatz und heutige Bauplatz ist, ausgewiesen mit 960 Schutzplätzen. Die GPK ging in Begleitung von Gemeinderat Philippe Hofmann diese ZSA anschauen und musste feststellen, dass in der ZSA Hagmatt - also ich muss noch erwähnen, Entschuldigung, jetzt muss ich aufpassen, dass ich es richtig lese, ja, Claude Hartmann, Fachmann Sicherheit auf der Gemeindeverwaltung war auch dabei und hat diese Besichtigung geführt. Also in der ZSA Hagmatt haben wir festgestellt, dass Dokumente und Abläufe der Arbeiten in der ZSA, wie eigentlich faktisch in allen ZSA, gut erstellt und gut geführt sind. Diese Ordner wurden von ihm erstellt und aufgearbeitet. Die sind, was den Ablauf anbelangt, alle schlüssig und sind, das kann man sagen, auf dem Stand wie man ihn sich vorstellt. Auch die Technik jetzt gerade in der ZSA Hagmatt, die Wasserversorgung, Sumpfpumpe und Explosionsventile werden pro Jahr überprüft und gewartet. Die Anlage ist permanent am Netz angeschlossen und füllt über einen angemeldeten Dieseltank, der jedoch leer ist und im Ernstfall mit 10'000 Liter des Alterszentrums, sprich der Sanitätshilfsstelle AZ Bachgraben, versorgt werden sollte. Auch sind im ASB Tiefkühlwaren in der Grössenordnung von 2'000 bis 5'000 Produkte für die Essensversorgung eingelagert, die jedoch stets im laufenden Austausch verbraucht werden, damit kein Essen verdirbt. Die Anlage sollte eigentlich aufgrund der Basiswerte innerhalb von 30 Minuten für die Aufnahme von 173 Schutzbedürftigen bereitstehen. Dafür ist sie ausgelegt und müsste dies einhalten können. Jedoch mussten wir feststellen, dass die Anlage für Instandhaltungsarbeiten

zurückgebaut wurde. Konkret bedeutet das, es stehen in dieser Anlage keine WC-Anlagen oder Nasszellen zur Verfügung. Also, Sie können sich das wirklich so vorstellen, dass alles was Sie für Ihr grosses oder kleines Geschäft oder für die Körperhygiene benötigen, ist dort schlichtweg nicht vorhanden. Und das seit sage und schreibe drei Jahren unverändert. Somit ist die GPK ganz klar der Meinung, dass man bei einer Anlage, die innert 30 Minuten einsatzbereit sein muss und seit drei Jahren über keine sanitären Anlagen verfügt, nicht einsatzbereit ist und diese Schutzplätze nicht in der Statistik auftauchen dürften.

Bei der ZSA Baslerstrasse sieht es auch sehr interessant aus. Sie müssen sich vorstellen, das ist eine Tiefgarage über mehrere Etagen. Im Falle der Benützung der Anlage müssten, da reden wir von 600 Plätzen, müssten sämtliche Fahrzeuge, die dort parkiert sind, zuerst aus der ZSA entfernt werden. Dann muss man auch anmerken, dass diese Anlage auf keine Weise über Notstromversorgung verfügt, weder über Diesel noch anderweitig Angeschlossenes. Sie haben also die normale Beleuchtung, die eine Tiefgarage hat, über ein Mehrfamilienhaus, wenn dieses keinen Strom mehr hat, dann brennt dort unten gar kein Licht. Es ist auch nicht möglich, dass sie z.B. mit Generatoren, ausser diese sind aussen angebracht, insofern eingreifen und Strom hinunterbringen könnten. In der Anlage aber können Sie das nicht, weil diese Anlage nicht so ausgebaut ist, dass sie Abgase von mobilen Geräten nach aussen transportierte. Sprich, wollen Sie Strom dort unten, können Sie dafür einfach die Schutztüre nicht mehr schliessen. Auch muss gesagt werden, dass Küche und WC-Anlage, die momentan eingebaut sind, nicht in Betrieb sind. In der Küche müssten Sie noch mit Holzkohle feuern und ist generell vom Betrieb genommen und nicht einsetzbar. Auch sind von den 600 Betten nur ganz wenige dort vorhanden. Also sprich eine Anlage, die keine Notstromversorgung hat und 600 Leute hinunter gehen sollten, einen kleinen Bruchteil an Betten hat und sämtliche Dinge wie Sanitäranlage und Küche nicht angeschlossen sind, ist für die GPK ebenfalls nicht als einsatzbereit und die 600 Schutzplätze müssten ebenfalls von dieser Liste gestrichen werden.

Bei der Anlage bei der Sanitätshilfe AZ Bachgraben handelt es sich, ich sage ursprünglich, um eine Sanitätshilfe für die Versorgung von Verwundeten und Verletzten. Die Anlage befindet sich technisch zwar in einem guten Zustand, da sie 365 Tage im Jahr in Betrieb ist und alle drei Monate überprüft wird. Das muss sie aufgrund des Status, die sie als Sanitätshilfe eigentlich hat. Die technischen Einrichtungen, deshalb habe ich es extra geschrieben, werden von Claude Hartmann mit extrem grossem Einsatz und Fachwissen gewartet. Sie müssen sich das vorstellen, also auch Pumpen, die aussetzen, werden nicht wie normal üblich in jedem anderen Objekt einer Gemeinde ersetzt, sondern er baut sie aus und revidiert sie in stundenlanger Arbeit und setzt sie wieder ein. Während dieser Zeit ist diese Anlage nicht betriebsbereit. Das macht er eigentlich in Eigenregie in einem verhältnismässig kleinen Budget. Was jedoch in dieser Anlage ist, abgesehen davon, die Küche funktioniert und ist angeschlossen. Die Sanitärinstallationen sind alle betriebsbereit. Betten sind bis auf eine Abteilung komplett aufgebaut und benutzbar. Was hingegen nicht benutzbar ist, ist der Operationsaal, ist nicht mehr einsetzbar, da die heutigen Anforderungen an medizinische Standards in keiner Weise erfüllt sind. Die Sterilisationsanlage wäre eigentlich nutzbar, verfügt jedoch über kein Zertifikat und ist nicht gewartet. Das vorhandene Sanitätsmaterial, das wenige, das sich in den Lagern befindet, ist abgelaufen. Die GPK muss somit feststellen, dass sie diese Anlage nicht als Sanitätshilfe führen können, sondern allerhöchstens als Schutzraum für 170 Schutzbedürftige, weil dieser effektiv innerhalb von 30 Minuten beziehbar ist.

ZSA Tulpenweg, das habe ich schon gesagt, befindet sich neben dem Komplex der reformierten Kirchgemeinde bei der Tramhaltestelle Kirche und hat eine Auflistung von 960 Schutzplätzen. Die Anlage ist aktuell noch technisch einsetzbar, aber auch durch mehrere Anpassungen, die Claude Hartmann in eigener Regie vorgenommen hat. Die Anlage wird aktuell für, ich sage es mal so, die Einlagerung von zwei Pionierzügen sowie des Sammelplatzbehälters und des Führungsunterstützungsmaterials des Zivildienstes genutzt. Sprich, die brauchen diesen Platz, der eigentlich für Schutzbetten ist, für diese Pionierzüge. Der grösste Teil der Anlage dient jedoch als sog. Magazin für Restmaterial des Zivilschutzes sowie als Lagerungsort feuerwehrhistorischer Utensilien. Man könnte auch von einem versteckten Allschwiler Feuerwehrmuseum sprechen, und die Gemeinde könnte dafür Eintritt verlangen. Um den Schutzraum für 960 Personen Platz bieten zu können, müsste die ganze Anlage komplett einmal leergeräumt und das Material andernorts gelagert werden. Selbst wenn Sie diese Anlage leergeräumt und einigermaßen für den Betrieb bereit gemacht hätten, wäre nach wie vor von diesen 900 vorgesehenen Betten kein einziges aktuell im Bestand der Gemeinde. Sprich, Sie haben dort unten kein Bett für 900 Schutzplatzbedürftige. Aufgrund des Fehlens von Betten und des absolut bis oben an den Rand vollgefüllten Magazins mit Material, muss die GPK feststellen, dass auch die ZSA Tulpenweg nicht einsatzfähig ist und ebenfalls von dieser Liste zu streichen ist.

Fazit: Die GPK hat in Begleitung von Gemeinderat Philippe Hofmann mit grosser Sorge feststellen müssen, dass diese, wie gesagt, besuchten ZSA der Gemeinde nicht wie im Bericht bezugs- und einsatzfähig sind, sondern, bis auf die Sanitätshilfsstelle eigentlich aus dieser Statistik herausgenommen werden müssten, bis sie auf einem Stand ist, dass sie wirklich in der nötigen Zeit mit dem zulässigen Material bezogen werden könnten. Auf Rückfrage betreffend das jährliche Budget für den Unterhalt dieser Anlagen haben wir den jährlichen Betrag von 10'000 Franken als Antwort erhalten. 10'000 Franken für alle Zivilschutzanlagen auf Gemeindegebiet von Allschwil für Unterhaltsarbeiten sind bei weitem nicht ausreichend, um diese Anlagen auf einem Stand zu halten, wie sie sein müssten. Die GPK empfiehlt - mit Nachdruck - dem Gemeinderat dem Unterhalt der Anlagen mehr Gewicht zu verleihen und seiner Pflicht im Bereich des Zivilschutzes gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, die er hat, nachzukommen. Anlagen in diesem Zustand als einsatzfähig zu bezeichnen erachtet die Kommission als Trugbild gegenüber der Bevölkerung. Gestützt auf unsere Erkenntnisse empfiehlt die GPK dem Gemeinderat eine umfangreiche Zivilschutzübung inklusive einer Evakuierung mit den aktuellen Anlagen durchzuführen. Wir sind sicher, dass er dann zur Erkenntnis kommen wird, dass sie so im aktuellen Zustand nicht einsetzbar sind. Ich werde dann noch kurz nachher ein, zwei Bilder davon zeigen, damit Sie sich einen Überblick verschaffen können.

Ich möchte jedoch noch schnell den Rückblick der Legislatur 2016-2020 machen. In den letzten vier Jahren hatte die GPK doch einige grössere Geschäfte, die sie bearbeiten durfte oder musste. Ich darf erinnern, ganz am Anfang die Untersuchung der Stiftung Tagesheime, die Überwachung und Erstellung Einführung des neuen Ordners Wahlbüro, nach diesem besagten Wahlbüro-Wochenende, an dem es einen separaten Bericht in der alten Legislatur gab, dann der Wechsel des eigenen Rechenschaftsbericht zum eben eigentlich gesetzlich geforderten Tätigkeitsbericht, die Untersuchung des Schulrats Primarstufe Allschwil sowie die jährlichen Prüfungen des Geschäftsberichts des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung. Gegenüber der GPK wurde in den letzten vier Jahren auffallend oft auf personeller Ressourcenmangel in der Verwaltung hingewiesen. Sowohl von offizieller Stelle in Schreiben wie auch in Gesprächen mit involvierten Personen auf der Gemeinde. Wir wissen, dass der Gemeinderat eine andere Meinung hat als die GPK zu diesem Punkt. Wir sind jedoch nach wie vor der Meinung und bleiben auch bei dieser, dass eine Ursache dieses Ressourcenmangels schlichtweg auf die erhöhte Mehrbelastung durch das Grossprojekt EVA und dessen Folgen zurückzuführen ist. Über den gesamten Zeitraum betrachtet musste die GPK oft erkennen, dass die Ursache von zahlreichen Fehlstellungen und Beanstandungen auf fehlender oder nicht konsequenter Umsetzung von Verwaltungsprozessen gründen. Die GPK ist deutlich der Ansicht, dass überwiegend die Mehrheit der vorliegenden Prüfungen und Untersuchungen bei einem konsequent geführten Prozessmanagement zu vermieden gewesen wären. Entsprechend liegt unsere Hoffnung in der eingeschlagenen Verwaltungsreorganisation, um diese Defizite im Prozessmanagement auszugleichen. Eine Chance birgt jedoch auch immer eine Gefahr. Zum einen wird aufgrund dieser zahlreichen Umstrukturierungen die Arbeit für die GPK künftig erschwert und wird massiv mehr Zeitaufwand erfordern, folglich intransparenter. Zum anderen muss die GPK feststellen, dass öfters die Anliegen der Legislative, das haben wir zuvor schon gehört, aufgrund von Arbeitsmehrbelastung vertagt oder negiert wurden. Die GPK wird in Zukunft diese oder vor allem diese Entwicklung verfolgen und erwartet sowohl vom Gemeinderat wie auch von der Verwaltung auch in Zukunft Transparenz in der Aufgabenteilung und -erfüllung. Was wir auch noch herausgefunden haben oder was man auch noch erwähnen muss ist, dass wir oft die Erfahrung machten, dass wenn wir als Kommission Fragen an den Gemeinderat gestellt haben, und er sie dann an die Verwaltung weiterdelegiert hat, was ja durchaus Sinn macht in gewissen Fällen, dann wurde das sehr oft nachher nicht mehr im Gemeinderat rückbesprochen, sondern es kam dann direkt von der Verwaltung zu uns, ohne dass der Gemeinderat entsprechend in einer ersten Rückmeldung seine Meinung hätte einfließen lassen, oder gewisse Dinge hätte anpassen oder korrigieren können. Es hat meistens erst in persönlichen Gesprächen dazu geführt, dass auch Ihre Sicht noch eingeflossen ist. Wir empfehlen, dass es Sinn macht, dass bei Untersuchungsanfragen oder Anfragen der GPK an den Gemeinderat, auch wenn sie von der Verwaltung zurückkommen, den ordentlichen Weg wieder über den Gemeinderat in die GPK machen, damit der Gesamtgemeinderat dieses Geschäft bereden konnte.

Was wir auch immer wieder bei der GPK-Arbeit feststellen mussten, ist, dass Vertreter des Gemeinderats und der Verwaltung uns dann fragten, aufgrund unserer Erkenntnisse, was sie denn tun sollen. In den meisten Fällen unserer Erkenntnisse ist es halt so, dass es der Gemeinderat oder die Verwaltung ist, die die Lösung präsentieren muss, und nicht die Aufgabe der Kommission ist. Die Kommission stellt Fragen oder stellt Defizite fest, berichtet diese dem Gemeinderat oder macht ihn darauf aufmerksam. Wie z.B. bei diesem Zonenreglement. Es liegt dann aber an ihm zu sagen, okay wir haben etwas gelöscht, das wir hätten beibehalten müssen, das bedeutet, dass wir Anpassungen machen müssen und diese Anpassungen müssen wir ausarbeiten und präsentieren. Das ist etwas, das wir ebenfalls festgestellt haben. Wie ich schon gesagt habe, der Prozess und das Leitbild bietet grosses Potenzial für die Entwicklung und auch für die Gestaltung und die Arbeit in der Verwaltung. Wie ebenso gesagt, bietet jede

Chance auch eine Gefahr. Wir haben, nicht die Befürchtung, das wäre zu viel gesagt, aber wir werden ein Auge darauf haben, dass in Zukunft nicht hinter solchen Prozessen oder Leitbild versteckt wird, denn diese Gefahr besteht eben auch durch die Umstrukturierung. Im Ganzen kann man aber auch sagen, dass in den letzten vier Jahren der Gemeinderat wie auch die Verwaltung, wenn immer möglich bestmöglich versuchte, unsere Fragen zu beantworten und auf unsere Beanstandungen einzutreten. Wir gehen davon aus, dass die offene Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen an die GPK auch in den nächsten vier Jahren wirken wird.

Und jetzt wie versprochen, möchte ich noch kurz aufzeigen, was wir in der ZSA angetroffen haben. Wir beginnen nur ein paar Bilder in der ZSA Hagmatt, ich mache es im Schnelldurchgang. Das ist so ein erstellter Ordner mit den ganzen Abläufen mit Bildern, damit die vom Zivilschutz auch wirklich wissen, was sie machen müssen. Das ist ebenfalls in der Hagmatt ein paar der aufgebauten Betten, die für die Pflege von Kranken dient. Es ist nicht eine SanHist, auch die anderen haben gewisse Betten für Verletzte. Und das sind die anderen Betten in der ZSA Hagmatt. Also die sind alle aktuell nicht bestückt und verpackt. Aber auch dort ist das Material der Kissen und der Bettdecken eher unter dem Bestand der Betten. Das ist eines der Magazine in der ZSA Hagmatt. Sie sehen, auch wenn Sie mal dort sind, dass das Material zum grossen Teil sehr veraltet ist, auch gerade so Erste Hilfe-Materialien wie Baren, die sind alle noch weit aus den 80er-Jahren und früher. Dann das hier ist so ein Duschbereich, damit Sie sich vorstellen können, was ein Duschbereich bedeutet. Ein Duschbereich, der einigermaßen funktionieren sollte. Das sind zwei Anschlüsse und ein danebenstehender Elektroboiler - und der wäre für all die Schutzbedürftigen vorgesehen. Dort an der Baslerstrasse, das ist diejenige, die ich erwähnt habe, mit den 600 Schutzplätzen, das sieht so aus. Das geht über drei Etagen und ist eine in der Statistik mit 600 Schutzplätzen aufgeführte ZSA. Das ist das Material, welches dort unten steht, da sind ein paar alte Kisten mit, wenn es mir recht ist, glaube ich, waren es Tücher und Putzmaterial. Und das hier wären zwei Schleusen, wodurch Sie eigentlich in die Sanitäranlagen und in die Küche gelangen würden, die aber eigentlich in diesem Sinne nicht mehr einsatzbereit sind. Sie sehen, Sie müssten das Ganze zuerst ausräumen, Sie haben dort unten keine Betten, die müssten alle aufgebaut werden, Sie müssten die Autos rausbekommen und haben effektiv nur Oberlicht, Sie haben auch keine wirklich aktive oder regulierte Lüftung. ZSA Tulpenweg sehen Sie, das ist ein Teil des Pionierzugs. Das ist eine Kiste u.a. mit Sammelmateriale der Feuerwehr. Es geht weiter, das ist aktuelles Material, das man einsetzen muss, wenn es der Zivilschutz benötigt. Auch das ist zum Teil definitiv in die Jahre gekommen. Da sehen Sie gerade Frau Gürtler und Herr Stocker Arnet am Begutachten von alten Feuerwehrwagen, Schläuchen und sonstigem Material. Also sehen Sie, Sie sollten das alles zuerst ausräumen, bevor Sie überhaupt die Betten aufbauen könnten, die es gar nicht gibt. Das hier wäre zum Wäsche waschen. Und die SanHist und San-Hilfsbetten, die sind alle komplett aufgebaut, dafür sind auch Decken und Material vorhanden. Das ist aber auch eine solche Einlagerung von Erste Hilfe-Material, welches Sie definitiv nicht mehr gebrauchen können, was effektiv alles abgelaufen ist. Sie sehen auch ein wenig ab der Etiketle, wie alt diese Dinge sind, die dort unten liegen, noch vom ABM, den Nuggi haben wir leider auf dem Bild nicht gefunden, der ist sich am Zersetzen. Dies wäre der beschriebene Operationssaal, der in dieser SanHist zur Verfügung steht. Also Sie können sicher sein, dass dieser so nicht einsatzbereit ist. Im Fall, dass er doch eingesetzt werden würde, würden Sie mit solchen Utensilien gepflegt werden. Das nur, damit Sie sich ein Bild von der wirklich prekären Lage machen können. Wenn Sie selbst hinaus auf die Strasse gehen und Einwohner dieser Gemeinde fragen, was sie sich unter Schutzplätze vorstellen, tun Sie das einmal, dann sind Sie mal gespannt auf deren Antwort. Sie können sicher sein, das hat überhaupt nichts damit zu tun, was Sie bei unserer Gemeinde vorfinden. Herzlichen Dank.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Vielen Dank Herr Spiegel für diese Ausführungen. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. An erster Stelle will ich eigentlich der GPK danken für diesen Tätigkeitsbericht. Wir glauben von der FDP-Fraktion, der ist sehr gelungen. Der ist ausführlich und es wurden auch wirklich gute Themenbereiche angeschnitten und überprüft. Es ist vielleicht effektiv so, wie wir es nun auf diesen Bildern gesehen hat. Wenn man das über die Zivilschutzanlagen sieht und liest, muss man erst einmal leer schlucken. Aber wir hätten hier gleichwohl vielleicht noch ein paar Fragen und Anmerkungen. Wir haben heute gehört, eben 30 Minuten müsste sie bezugsbereit sein. Aber gibt es nicht irgendwie noch eine Vorlaufphase, innert welcher überhaupt alles betriebsbereit sein muss, oder ist es die Idee, dass eine stetige Betriebsbereitschaft dieser Zivilschutzanlagen vorherrschen sollte? Vielleicht kann uns das der Gemeinderat nachher beantworten, denn ich kann mir durchaus vorstellen, dass man einen Phasenplan hat, worin steht, ihr müsst jetzt mal die ZSA ready machen. Wir denken aber, die Idee und auch das, was die GPK vorschlägt, ist richtig. Das ist auch gut, dass man wirklich mal eine grosse Übung ansetzt, bei der man das ganze Material überprüft und schaut, ob es noch funktioniert. Man kann auch von Glück sagen, dass

wir nun wissen, was wir machen müssen. Nicht, dass wir z.B. einen Ernstfall jetzt hätten, bei dem wir all das Zeugs benötigen und merken - hmmm - da haben wir aber Pech, und es sieht gar nicht so gut aus.

René Imhof, AVP-Fraktion: Guten Abend meinerseits. Ich war in der Vergangenheit Präsident der Zivilschutzanlagen während 15 Jahren. Was mich eigentlich verwundert ist, dass man sie so verlottern lässt. Ich kann es nicht anders sagen. Weil damals hat man sie auf den Höchststand gebracht, so dass man arbeiten konnte, so dass man in der Operationshilfsstelle unter dem Altersheim sogar Operationen durchführen konnte. BSA am Tulpenweg hat einen grossen Generator. Das sollte alles funktionieren. Allerdings, innert 30 Minuten sind diese Anlagen nicht einsetzbar. Das ist unmöglich. Allein schon nur die Wassertanks, die mit Trinkwasser gefüllt werden müssen, damit die Leute dort unten auch was zu trinken haben muss, die aber erst einmal abgespritzt werden müssen, denn man muss ja davon ausgehen, dass alles geschlossen ist, dass niemand rein oder raus kann, das geht schon eineinhalb Stunden, bis die aufgefüllt sind. Ich habe eigentlich eine Frage an den Gemeinderat: Weshalb hat man diese Anlagen, die sehr viel Geld gekostet haben, nie auf diese Weise gewartet, dass sie heute noch auf demselben Stand wie damals sind? Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Wir sammeln noch ein wenig Fragen und würden am Schluss das Wort dem Gemeinderat geben. Es scheint nicht der Fall zu sein. Dann geben wir jetzt das Wort an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Also, ich versuche mal ein bisschen eine Antwort auf die sehr langen und sehr emotionalen und auch eindrücklichen Ausführungen zu diesen Zivilschutzanlagen, die wir gesehen haben, zu geben. Das vermittelt ein sehr spezielles Bild, weil man sich das schlichtweg nicht gewohnt ist. Das ist klar. Die baulichen Massnahmen, eben gerade, wenn man so eine Zivilschutzanlage denkt, dann eigentlich eine Autotiefgarage sieht, widerspiegelt das genau das Gesagte. Wenn man die Bevölkerung draussen fragen würde, was sie erwarten und was man tatsächlich bietet, nimmt man eine Diskrepanz wahr. Eine Diskrepanz ist es genau deshalb, weil man nicht genau weiss, was einen erwartet. Das weiss spätestens derjenige, der ins Militär einrückt und mal eine Kaserne von innen sieht und eine Kaserne von innen erlebt. Dann merkt er auch, dass die Realität und die Ansprüche weit auseinander liegen. So ist es auch bei den Zivilschutzanlagen.

Nur kurz, was ich einfach sagen möchte. Vor allem wegen der Inbetriebnahme. Da war zuvor die Rede von 30 Minuten. Wir haben beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz nachgefragt, ob es eine gesetzliche Grundlage gibt, wie schnell die eigenen Anlagen bereit sein müssen. Die Antwort des AMB, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz ist, nein. Die Bundesvorschriften sagen nur, dass das bei Aufwuchs, das ist eben diese Vorbereitungsphase, in geeigneter Frist sein muss. In geeigneter Frist ist so zu verstehen, dass jede Schutzanlage, je nach Kategorie, die sie hat, dann auch eine unterschiedliche Aufwuchsphase hat. Das ist hierzu die Aussage. Dass gewisse Anlagen und gewisse Dinge, die dort drin sind, wahrscheinlich auf den ersten Blick in einem maroden Zustand sind, will ich nicht mal bestritten. Wir haben ein paar Dinge gesehen. Ich selbst möchte auf diesem Operationssessel nicht einmal nur angefasst, geschweige denn operiert werden. Das ist sonnenklar. Die Frage ist jetzt einfach, erfüllen oder missachten wir hier irgendeine Reglementierung oder ein vorhandenes Gesetz. Ich vermute, so wie der Kanton uns das mit diesen Kontrollen beschieden hat, ist einfach so gewollt. Da ist drin, was wir eigentlich einfüllen dürfen, sonst wären wir schon längst gerügt worden und müssten Sachen dringendst renovieren oder beheben. Denn eine gewisse Mängelrüge und eine Mängelliste zum Beheben gibt es ja auch, nämlich für die Hagmatt. Das wurde klar gesagt. Diese ist ungenügend, da müsst ihr etwas reparieren. Das wurde im Jahr 2018 festgestellt und im Jahr 2021 wird auch tatsächlich auch Geld eingestellt, um es zu tun. Und zwar sind es 50'000 Franken, die wir dann haben müssen, um sie auf Vordermann zu bringen. Und genau auch für die SanHist. Das ist jene Anlage mit dem Gruselfaktor Operationsstuhl. Genau dafür wird ebenfalls 105'000 Franken eingesetzt werden, damit wir diese wieder in einen vernünftigen Zustand bringen können. Das ist bekannt, das ist vom Kanton so abgenommen und eigentlich auch aufgegleist, damit es so behoben wird. Andere vorhandene Aussagen zu den anderen Sachen heisst, dass gewisse Bezugszeiten sofort gewährleistet werden können, was auch immer der Kanton darunter versteht, bzw. innerhalb von Wochenfrist. Das sind die realen Zeiten, die eigentlich sein müssten, damit man so eine Anlage betreiben könnte. Wir dürfen nicht vergessen, das Szenario, welches dann herrscht, muss man nicht von heute auf jetzt zäck-bumm-dätsch bei allen machen können, sondern es gibt unterschiedliche Aufwuchsphasen, die halt in den verschiedenen Szenarien des Bundes und auch vom Kanton vorgegeben sind. Mal so viel zu den Aussagen, die zuvor gemacht wurden. Danke.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. So wie ich das verstanden habe, ist es in diesem Fall nicht unbedingt notwendig, dass wir diese Anlagen bereitstellen. Falls wir es doch tun würden, oder der Gemeinderat sich bereit erklärt, das doch zu tun, hätte ich noch einen Vorschlag

dazu: Weshalb informiert man dann nicht auch im gleichen Wisch die Bevölkerung darüber, wer wo hinkommt? Ich z.B. wüsste es jetzt nicht. Danke schön.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage an Gemeinderat Herr Hofmann. Habe ich das richtig verstanden, dass im Jahr 2018 gewisse Mängel festgelegt wurden und die Renovation findet erst drei Jahre später statt? Ist das korrekt? Danke.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das wurde so festgestellt, das ist korrekt. Man muss solche Mängel nicht sofort an die Hand nehmen und von heute auf morgen beheben. Es gibt eine gewisse Frist dafür. Der Kanton macht Schutzraumuntersuchungen alle, glaube ich, wenn es mir recht ist, alle sieben Jahre. Alle fünf bis sieben Jahre, so ist das Ganze. Aktuell ist sogar vorgesehen, dass man das gemäss Reglement alle zehn Jahre macht. Ja, wir sind daran, dass es so gemacht wird und es ist tatsächlich richtig, die Mängel wurden behoben, gesehen, Geld wird eingestellt und dann wird es renoviert. Zum anderen, was von Henry Vogt gesagt wurde: Es ist teilweise richtig. Wir haben ja bemerkt, dass wir gewisse Mängel haben, und diese werden wir sicher auch beheben. Wie ich es zuvor ausgeführt habe mit diesen beiden Budgetbeiträgen, die nötig werden von 50'000 bzw. 105'000 Franken.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die Frage ist fast dieselbe wie von Herrn Can. Ich bin erstaunt, dass die Antwort ist: „Ja, wir werden es reparieren.“ Die Frage war, weshalb benötigt das drei Jahre, damit eine Gemeinde, die 100 Mio. Umsatz macht, Erfolgs- und Ausgaberechnung, 50'000 Franken auf die Seite stellen kann, damit ein Raum instand gestellt werden kann, der nur alle sieben Jahre kontrolliert wird. Heisst das, man zögert es einfach so lange heraus, bis die nächste Kontrolle kommt oder hat das vielleicht ein anderer, ein besserer Grund?

Florian Spiegel, GPK-Präsident: Ja, herzlichen Dank. Das mit der Vorlaufzeit, was Philippe Hofmann ausführte, ist sicher richtig. 30 Minuten ist bei der SanHist, diese ist meiner Meinung nach eine Anlage, die innert 30 Minuten einsetzbar sein muss. Ist sie auch, da sie 365 Tage im Jahr in Betrieb gehalten wird. Natürlich gibt es immer wieder diese Regelung mit diesen Vorlaufzeiten, bei denen wir dann eben genau von nützlicher Frist reden. Was ist denn innert nützlicher Frist? Das ist genau so eine Gummiformulierung, die man irgendwann einmal eingeführt hat. Da kann man als Gemeinde sagen, nützliche Frist heisst für uns ein halbes Jahr. Oder nützliche Frist heisst für uns in einem Monat. Dass Anlagen, die zum Teil soweit rückgebaut wurden, nicht in nützlicher Frist instand gestellt werden können, dürfte jedem klar sein. Geschweige denn, wenn, wie gesagt, so viele Betten fehlen. Die muss man irgendwo beziehen. Die gibt es heute auch nicht mehr auf Halde. Ich meine, die Vorstellung mit den Notreservelagern, die haben viele Leute, die sind heute inexistent. Es ist nicht so, dass man das irgendwo einfach mal beziehen kann. Und man muss auch sagen, wir waren die anschauen vor Corona. Also weit bevor man überhaupt an das dachte, gingen wir sie mal anschauen. Jetzt hat man gesehen, wie schnell es gehen kann. In solchen Notfällen, in solchen Dingen, diese Vorlaufzeiten, das weiss man aus der Geschichte, die hatten nie gereicht. Betreffend Information - ich glaube Mehmet Can hat das gefragt oder Henry Vogt hat es gesagt - wie will man denn die Leute informieren, da kann ich auch vielleicht noch eine Antwort geben, wie das funktionieren würde. Man muss sich vorstellen, im Falle eines Notfalls würden Zivilschützer nach Allschwil aufgeboten. Die hier eingeteilten müssen heute gar nicht mehr in Allschwil wohnen, es kann auch sein, dass einer von Oberdorf oder Reigoldswil zuerst nach Allschwil muss. Dann geht er auf die Gemeindeverwaltung. Dort steht dann jemand, ich nehme an vielleicht Herr Thoma, Sicherheit Einwohnerdienste, mit Excel-Tabelle und Namensliste und übergibt das ihnen. Und diese müssen dann in einer Gemeinde rumlaufen, in der sie nicht ortskundig sind, und Strassenzüge ablaufen und Leute aus dieser Liste suchen, um ihnen mitzuteilen, in welchen Schutzraum sie gehen müssen. Soviel zum Alarmsystem im 21. Jahrhundert. Das ist der offizielle Ablauf und ist so festgeschrieben für die Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Notfalls.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wenn ich die Zivilschutzanlage-Situation anschau und sie aus der Optik des letzten Jahrhunderts betrachte, sind sie katastrophal. Nicht einsatzfähig ist katastrophal. Meine Frage ist aber eine andere. Braucht es heute noch solche Zivilschutzanlagen mit diesen Bedrohungslagen, die wir heute haben? Ich kann diese Frage nicht beantworten, aber ich stelle sie mir immer wieder, wenn ich solche Geschichten höre, wie man heute die Situation sichern will. Ich habe aber noch eine grundsätzliche Frage aufgrund dieses GPK-Berichts, der wiederum aus meiner Sicht grundsätzlich seriös und differenziert und qualitativ gut ist. Nun frage ich doch den Gemeinderat, weil ich etwas Orientierungshilfe brauche. Hat die GPK da zufällig Dinge erwischt, die so von Mangel befallen sind? Hat die GPK zu genau hingeschaut oder entspricht das einem allgemeinen Zustand von Mängeln, die man in dieser Gemeinde antreffen kann, wenn man hinschaut?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich habe wieder ein wenig den Eindruck, wir fabulieren jetzt alle über etwas, das keiner wirklich weiss, was Sache ist. Wir sehen Bilder, wir sehen zuerst Ausführungen, wie die Zivilschutzanlagen aussehen sollten. Wir haben keine Ahnung, ob die rechtlichen Voraussetzungen wirklich eingehalten sind oder nicht. Ich denke mir, das hätte man doch auch prüfen müssen. Ich gehe schwer davon aus, dass unsere Zivilschutzanlagen in einem Zustand sind, dass sie von Seiten des Bundes und Kantons als korrekt betrachtet werden. Sonst hätten wir schon lange irgendwelche Verfügungen im Haus. Und wir haben, soweit ich weiss, keine solchen Verfügungen im Haus. Deshalb würde ich jetzt beliebt machen. Wir nehmen den Bericht der GPK zur Kenntnis. Wir sehen, dass die GPK den Eindruck hat, diese Zivilschutzanlagen seien nicht in dem Zustand, wie sie sein müssten. Der Gemeinderat geht dem nach, wir klären ab, welches die Voraussetzungen sind, wie diese Zivilschutzanlagen aussehen müssten, was - wie gesagt - von der Prüfung her in der Vergangenheit alles getan wurde, wie diese Prüfungsbeschlüsse oder Ergebnisse aussahen. Dann kommen wir noch einmal in den Einwohnerrat und präsentieren es euch und zeigen, ob diese Kritik an diesen Anlagen, wie sie jetzt vorgebracht wurde, zu Recht erbracht wurde. Das kann sein, ich will es ja nicht einmal völlig verneinen, aber ich weiss es schlicht nicht. Und deshalb denke ich, es bringt nichts, wenn wir jetzt darüber fabulieren, jeder sich vorstellt, wie so eine Anlage bei ihm zu Hause aussehen müsste. Im Übrigen, das möchte ich auch nicht wissen, wie Ihre Privaten aussehen, was dort alles drinsteht und wo das WC wirklich ist und wo es nicht ist, und welche Liegestellen noch vorhanden sind und welche nicht. Das möchte ich denn auch noch irgendwo als Fragezeichen in den Raum gestellt haben. Aber das nur in Klammern. Dann auch noch die Bemerkung von Ueli Keller, berechtigt. Braucht es diese Anlagen überhaupt noch? Auch eine Frage. Aber wie gesagt, ich möchte hier nicht noch alles in die Waagschale werfen. Lassen Sie den Gemeinderat das Ganze anschauen. Wir machen ein Paket, wir stellen es zusammen, wir zeigen Ihnen, welche Kontrollen es gab, welche Auflagen wir hatten, was wir erfüllt haben, was wir nicht erfüllt haben. Dann kommen wir noch einmal hier hin und zeigen es. Das wäre jetzt mein Vorschlag.

René Imhof, AVP-Fraktion: Ja, noch einmal kurz. Weshalb sind die überhaupt wichtig. Da wurde die Frage gestellt. Ursprünglich wurde sie hergestellt, wenn eine Kriegsaktion ist. Tatsächlich haben wir sie aber fast gebraucht, als in der Schweizerhalle der Sandoz-Brand war. Ich habe damals am Morgen um 1 Uhr ein Telefon erhalten, und wir haben diese Anlagen innerhalb von eineinhalb Tagen in Betrieb nehmen müssen. Weil man nicht wusste, wie giftig diese Rauchschwaden waren usw. Die Leute von Pratteln hätten zu uns in die Halle kommen müssen. Das könnte auch heute wieder passieren. Wir leben in einer Gegend, wo es sehr viel Chemie gibt. Es kann auch hier mal explodieren oder brennen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Also noch kurz zum Votum von Mark Aellen. Ich habe versucht, sie noch mit dieser Zeit zu verifizieren. Tatsächlich ist es mir nun nicht gelungen. Es ist eine gute Frage, ich nehme sie in diesem Fall mit. Ich werde sicher mal überprüfen, wann diese Feststellung gesagt wurde und welche Fristen es gibt, und weshalb es nun erst im Jahr 2021 gemacht wird. Das ist klar. Was bei dieser ganzen Diskussion noch vergessen ging, es gibt auch private Schutzräume. Dafür haben wir ebenfalls eine Schutzraumbilanz, die von den Gemeinden Schönenbuch und Allschwil ausgewiesen wird. Auch diese Schutzraumbilanz wurde vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz abgenommen, zum letzten Mal wurde das im November 2018 gemacht. Verlangt wurde ein Schutzplan von 20'746 Schutzplätzen. Hier steht's, total Schutzplätze Kategorie A, einsatzbereit: 24'700. Will heissen, wir haben einen Schutzplatzdeckungsgrad bei den Privaten von 116,56. Das ist das, was uns das AMB bescheinigt. In Schönenbuch sieht es noch besser aus, die haben 136 Grad, die haben noch mehr vorhandene Räume auf privater Basis. Also bitte, dieses Bild ist nicht so düster, wie es eigentlich sein sollte. Wenn dieses Bild etwas düster vermittelt wurde, man muss das, wie es zuvor gesagt wurde, in einem gesamtheitlichen Päckli machen. So wie es Nicole Nüssli-Kaiser in Aussicht stellt, finde auch ich selbst das eine gute Idee. So kann man etwas mehr Informationen ins Ganze hineinbringen. Aktuell möchte ich aber sagen, es sieht nicht so schwarz aus, wie Sie alle meinen. Die vorhandene, private Schutzraumbilanz ist hervorragend. Der Kanton attestiert uns also keine zwingenden Mängel ausser jene, die ich genannt habe, nämlich jene bei der Station Hagmattstrasse.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Also ich beginne noch einmal. Ich bin ein bisschen überrascht, dass es der Gemeinderat fertigbringt, sich innerhalb von zwei Voten quasi zu widersprechen. Weshalb habe ich dieses Gefühl? Die Gemeindepräsidentin weist uns darauf hin, sie möchte ja nicht wissen, wie es bei den zivilen Schutzanlagen aussieht. Der nächste Gemeinderat, Herr Hofmann, weist uns darauf hin, die Situation ist ja gar nicht so schlimm, wie es tönt, denn die Zivilschutzanlagen sind ja auch noch da, da haben wir auch noch eine Überdeckung. Ich bin Hausbesitzer. Ich weiss, dass ich seit zehn Jahren nicht mehr geprüft wurde. Wer weiss überhaupt, was der Zustand ist. Eine verbuchte Schutzzahl von Schutzräumen, weil sie einfach einmal irgendwo gebaut sind, ist keine Garantie, dass die auch wirklich wieder in Betrieb genommen werden können. Von daher, ich bitte euch wirklich, wenn ihr solche

Aussagen macht, dann macht nachher wirklich ein Backup mit gutem Material, weil das hier hat nun nicht geholfen. Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich stelle jetzt noch etwas in den Raum, das ich weiss, weil ich es abgeklärt habe. Im Bericht der GPK steht, dass das AZB scheinbar für 2'000 bis 5'000 Lebensmittelrationen Vorrat haben soll. Mich dünkte diese Zahl in der Bandbreite etwas sonderbar. 2'000 bis 5'000. Ich habe mich dann bemüht, im AZB nachzufragen und habe die Antwort erhalten, jawohl, wir haben so eine Vereinbarung mit der Gemeinde Allschwil, aber es seien nie in diesem Umfang so viele Lebensmittelrationen bei uns eingelagert, und wir würden schon länger einmal mit der Gemeinde gerne neue Absprachen treffen, und sind jetzt - muss man auch ganz ehrlich sagen, ist auch gesagt worden - Corona bedingt noch nicht dazu gekommen. Ich bitte euch, wenn ihr doch eben gerade daran seid, dann klärt das doch auch gleich ab, damit man nachher auch weiss, wie viele Mahlzeitrationen wir in Allschwil haben. Denn ob wir 2'000, 5'000 oder denn nur 1'000 oder 500 hat bei über 21'000 Bewohner, ja man kann sagen, ob 5'000 oder 1'000 spielt irgendwann keine Rolle mehr. Es wäre doch interessant zu wissen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einfach nur schnell zum Kontext. Die GPK-Arbeit geht so, dass wir uns eigentlich vornehmen, einen Bereich, eine Abteilung der Gemeinde pro Jahr mal anzuschauen. Dafür muss es keinen Grundverdacht oder so geben. Wir würden gerne ein bisschen Einblick in diese ganze Sache. Wir haben uns dort in unseren diversen, vorhandenen Themen darauf geeinigt, weil die GPK, wie ihr das gesehen habt, dabei mal nachgefragt hat und aufgrund der Antwort des Gemeinderates selbst hin ist, es anzuschauen. Wir allein sind ein Gremium. Wir sind Politikerinnen und Politiker. Es ist schwierig, gewisse haben einen militärischen Hintergrund. Ich zum Beispiel habe diesen Gürtel, oder diesen Dolch nicht. Dementsprechend ist es für uns schwierig zu evaluieren, ob das richtig ist oder nicht. Hätten wir konsequent sein wollen, hätten wir natürlich eine externe Person dazu nehmen müssen, vom Militär, vom Bund für Sicherheit, der das Ganze durchginge. Haben wir aber nicht getan, weil wir, wie ihr bei den ganz langen Ausführungen gesehen habt, uns bemüht haben, in diesem halben Jahr, in diesem Jahr es wirklich noch fertig zu machen. Wir hatten diverse, offene Geschäfte. Aber wir wollten doch nicht missen, etwas anzuschauen. Wir, die GPK als Laiengremium, stellen fest, dass eben, natürlich jetzt auch sensibilisiert auf die Zeit, die wir haben, so ein Risiko, so eine Krise schneller kommt, als uns lieb ist. Es stellt uns die Frage, ist es wirklich das, was wir benötigen oder nicht. Deshalb nehme ich sehr wohlwollend mit, ich glaube auch die GPK, dass der Gemeinderat bereit ist, das anzuschauen, noch einmal zu evaluieren, ob wirklich alles stimmt. Das ist das eine.

Was wir auch kritisiert, d.h. nicht kritisiert, sondern in Frage gestellt haben, ist der betriebliche Unterhalt. Davon haben wir jetzt leider nichts gehört. Was wir in der Führung herausgespürt haben, dass man wirklich am unteren Tropf des Fasses noch irgendwelches Geld zusammensaugt. Das liegt, glaube ich, in der Kompetenz des Gemeinderats. Ich finde, dort sollte der Gemeinderat sicher auch mal evaluieren, auf die nächste Budgetsitzung, macht es Sinn, mehr hineinzubringen, um auch die vorherrschenden Mängel bewältigen zu können. Ich glaube, es sind zwei Aspekte, die wir uns anschauen müssen. Betrieblicher Unterhalt und auch der materielle, substanziale, bauliche Unterhalt. Besten Dank. Einfach, wir haben uns das vorgenommen, es geht nicht immer gleich darum, dass wir gleich mit dem Pickel reinhauen oder gleich alle Reglemente hervorziehen, sondern damit wir den Gemeinderat auch auf etwas sensibilisieren können.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Auch diese Frage wird mitgenommen und zur gegebenen Zeit in der neuen Legislatur dann beantwortet. Ich würde gerne weiterfahren. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung dieses Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung zum Antrag der GPK, Seite 8.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Vom Tätigkeitsbericht 2019 der GPK mit ihren Feststellungen und Empfehlungen wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Dieses Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

Traktandum 3

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 27.1.2020
betreffend Kanalsanierung

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4516

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Ich gebe das Wort gerne an GPK-Präsident Florian Spiegel.

Florian Spiegel, GPK-Präsident: Herzlichen Dank. Keine Angst, dazu habe ich keine Bilder mehr. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Kanalsanierung. Die Ausgangslage war, dass wir im 4. Quartal 2016 von mehreren betroffenen Anwohnern und Grundeigentümern orientiert wurden, dass sie gewisse Feststellungen oder gewisse Begehrlichkeiten im Zusammenhang mit den durchgeführten Kanalsanierungen haben, sowohl betreffend ihre Liegenschaften als auch Kanalsanierungen der Gemeinde auf öffentlichem Grund. Es hat sich dann herauskristallisiert, dass es vor allem vier Teilprobleme sind, die immer wieder geschildert wurden. Das sind die Durchführung des Informationsanlass betreffend das Vorgehen seitens der Einwohnergemeinde, es ist die Ausstellung betreffend Sanierungsverfügungen, es ist die Umsetzung Kontrollschacht, also zusammenhängend Umsetzung Kontrollschacht und Bearbeitung von Schäden an privaten Liegenschaften infolge der Kanalsanierungen. Wir haben im 1. Quartal 2017 im Zusammenhang mit dem Rechenschaftsbericht 2016 schon Fragen zum Ablauf der Kanalsanierung gestellt. Im Oktober 2017 haben wir beschlossen, dass wir aufgrund der Antworten das Thema weiterverfolgen wollen. Im Dezember 2017 sind unsere eingereichten Fragen für die Vertiefung seitens der Gemeinde abhandengekommen, die haben wir dann nachgereicht. Im Februar 2018 haben wir die Antworten von Adrian Landmesser zurückerhalten, die uns veranlasst haben, nach einer Besprechung im April 2018 weitere Fragen zu stellen. Im Juni 2018 wurden die gestellten Fragen dann schriftlich beantwortet und anschliessend hatten wir weiterführende Gespräche. Wir haben dann bis in den Dezember 2018 alles zusammengetragen - das war ein ganzer Berg - damit wir dann eigentlich die finalen Abschlussfragen stellen konnten. Das haben wir dann im Dezember auch getan, und Adrian Landmesser hatte dann diese Abschlussfragen zur GPK zur Thematik Kanalsanierung, weil sie eigentlich im Januar 2019 hätten beantwortet werden sollen. Das stark ehrgeizige Ziel musste aber aufgrund der umfassenden Prüfung der Liegenschaften wiederholt werden. Sprich, man musste über 900 Liegenschaften kontrollieren, dies zusätzlich zum täglichen Pensum dieses Bereichs. Deshalb ging es dann effektiv bis in den September, bis sie diese über 900 Liegenschaften kontrollieren konnten. Im September fand ein Treffen mit Adrian Landmesser statt, an dem von Seiten der Verwaltung die ganzen Dokumente vorgestellt wurden, und die abschliessende Überprüfung. Wir haben uns vorgenommen, dass wir im 1. Quartal 2020 den Bericht an den Einwohnerrat überweisen. Was ich zum zeitlichen Ablauf noch anmerken möchte: Adrian Landmesser, der Bereichsleiter BRU ist, stiess erst im Sommer 2017 zur Verwaltung, sprich die Untersuchung hatte schon stattgefunden, und er hat dann die Abteilung übernommen. Also begonnen hat das vor seiner Zeit als Bereichsleiter.

Wir haben das Ganze zusammengefasst in Schäden am Objekt, in den Bereich Prozess der Sanierung von einzelnen Kanalisationsabschnitten und der sog. Kontrollschachtpflicht. Bei Schäden am Objekt geht es eigentlich mehr darum, dass wir Fälle hatten, oder insbesondere einen konkreten Fall, bei dem es extrem lang dauerte. Dies im Zusammenhang mit Sanierungsarbeiten Kanalisation auf den Strassen der Gemeinde, wo Risse und Schäden von Bauarbeiten an Objekt gemeldet wurden. Die Eigentümerschaft hat das gemeldet, man hat sie dann nicht darauf hingewiesen, dass sie auch in einem laufenden Bauprozess solche Schäden beobachten müssten. Sie haben das halt erst nach Abschluss gemeldet. Es ging mehrere Monate, bis die Gemeindeverwaltung zu dieser Schadensmeldung Stellung nahm. Das ist aus unserer Sicht definitiv zu lang. Bei Schadenmeldungen an eine Gemeinde dürfen nicht Monate verstreichen, bis sich jemand zurückmeldet und das Ganze anschaut. Es war auch so, dass die Gemeindeverwaltung monierte, sie müssten schon genaue, konkrete Anhaltspunkte haben, die belegen, dass dieser Schaden durch falsch angewandte Technik oder Fehler bei der Planung zustande kam, und hat dann auch auf die Rechtsordnung (Art. 8 Abs. 1 ZGB) verwiesen, gemäss dieser das Vorhandensein einer behaupteten Tatsache derjenige beweisen muss, der sie aus dem Recht ableitet. Die GPK bemängelt in diesem Abschnitt vor allem die Kommunikation zwischen der Gemeinde und den betreffenden Eigentümer sowohl zeitlicher wie auch fachlicher Hinsicht. Wir haben festgestellt, dass eben gerade in Bezug auf die von der Gemeinde angesprochene Beweispflicht gibt es bezüglich der Praxis Art. 8 ZGB gibt es einen Bundesgerichtsentscheid. Da muss ich gleich noch etwas korrigieren, da ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir haben BGE 130 geschrieben, es ist aber BGE 131. Ich bitte dafür um Entschuldigung, aber einfach damit wir das im Protokoll haben, und es wird nachträglich noch verbessert. Es ist BGE 131 II 65 ff. aus dem Jahr 2004, der ganz klar regelt, dass von einem Laien nicht abverlangt

werden kann, dass er den Kausalzusammenhang zwischen Gebäudeschäden und Bauarbeiten nachweisen kann. Aus dieser bundesgerichtlichen Praxis ergibt sich eben, dass die Gemeinde als Bauherrin, Auftraggeberin und Fachperson beweisen muss, dass dieser Schaden nicht auf ihre Bauarbeit zurückzuführen ist. Das ist das eine.

Beim Prozess zur Sanierung der einzelnen Kanalisationsabschnitte müsste man eigentlich anschauen, wie dieser Ablauf eigentlich sein müsste. Basis zum Sanierungsprogramm der definierten Massnahmen zur Sanierung der Kanalisationsabschnitte inkl. der privaten Anschlüsse ist nach Art. 17 der Verordnung zum Abwasserreglement, wie die Prozesse vorgeschrieben sind. Es ist eigentlich so, dass es eine Anwohnerinformation zu Beginn der Zustandserfassung der öffentlichen und privaten Kanalisationen gibt, dass auch wenn das Öffentliche gemacht wird, wird auch das Private seitens der Gemeinde mit überprüft. In einem zweiten Schritt wird ihnen der Untersuchungsbericht der Liegenschaftsentwässerung zugestellt mit einer Einladung zu einer Grundeigentümerversammlung. Diese wird dann abgehalten. Anschliessend gibt es eine Anwohnerinformation vor der Sanierung bzw. zum Ersatz des Hauptkanals, sprich wie ist der Ablauf. Falls erforderlich gibt es eine sog. Sanierungsverfügung. Falls das seitens der Hauseigentümer nicht durchgeführt wird, gibt es, falls erforderlich eine Mahnung zu dieser Sanierungsfrist. Oder, es gibt auch noch die Möglichkeit, wenn er es begründen kann, dass er eine Fristverlängerung erhält. Zum Schluss müsste eigentlich eine Bestätigung der Dichtigkeit nach Erhalt des Protokolls der Dichtigkeitsprüfung der Liegenschaftsentwässerung folgen. Das wäre der ordentliche Ablauf. Nun, was mehrfach kritisiert wurde und was mehrere Stellen mitbekommen haben und die entsprechenden Unterlagen gesehen haben, ist, das ist aus unserer Sicht eben nicht richtig, dass man im Zusammenhang mit technischen Aspekten ein Ingenieurbüro beauftragt. Das ist soweit in Ordnung. Man hat dieses Ingenieurbüro auch an die Grundeigentümerversammlung eingeladen, um technische Ausführungen zu erläutern. Das ist aus unserer Sicht ebenfalls absolut in Ordnung und macht auch Sinn. Was wir nicht akzeptabel finden, ist der Umstand, dass das Ingenieurbüro teilweise auch an solchen Versammlungen als Generalunternehmer auftrat. Das Ingenieurbüro, das von der Gemeinde beauftragt wurde, trat als Generalunternehmer auf, der den Anwesenden angeboten hat, gleich auch ihre Arbeiten auszuführen. Oder es wurden an diesen Versammlungen einzelne Bau- und Kanalsanierungsunternehmer eingeladen, also nicht mehrere, sondern nur einer. Dieser durfte an diesem Anlass auch sprechen. Sehr oft war zum Teil auch niemand von der Gemeindeverwaltung an diesen Anlässen dabei, sondern nur der Planer und der Bauunternehmer. Dieser hat dann auch gleich dem Eigentümer an diesem Abend Angebote gemacht, nach dem Motto: Wenn mir heute fünf zusagen, dass sie bei mir sanieren lassen, gebe ich 5 %, wenn es zehn sind, gebe ich 10 %. Das wurde im Bericht nett ausgedrückt, dass wir dieses Vorgehen fragwürdig finden. Das ist eine Art und Weise, wie man nicht an einer Grundeigentümerversammlung auftreten kann und wie eine solche Grundeigentümerversammlung vonstatten zu gehen hat. Eine Grundeigentümerversammlung muss neutral präsentiert werden und darf nicht dazu benutzt werden, vorgängig Aufträge reinzuholen. Ganz schlecht finden wir, oder Auftrag nicht erfüllt muss man sagen, wenn solche Anlässe durchgeführt werden, ohne dass Vertreter der Gemeinde dabei sind. Das geht nicht.

Es gibt nun noch die sog. Kontrollschachtpflicht. Im Zusammenhang mit der Untersuchung stellte sich die Frage, betreffend dieser Kontrollschachtpflicht gemäss § 12 der Verordnung zum Abwasserreglement, die z.B. besagt, Abs. 2: „Bei bestehenden privaten Abwasseranlagen ist dieser Kontrollschacht dann zu erstellen, wenn die Anschlussleitung saniert oder die öffentliche Abwasseranlage im Anschlussbereich erneuert wird.“ Das sind eben genau zwei Sachen. Wenn die Gemeindeverwaltung oder die Gemeinde auf der Strasse etwas macht und befunden wird, der Hausanschluss ist nicht dicht und sanierungsbedürftig, dann muss er diesen Kontrollschacht machen. Oder aber wenn er selbst aufgrund einer Baueingabe, die in einem anderen Reglement steht, dazu verpflichtet wird, einen Dichtigkeitsnachweis zu erbringen und dieser ergibt, dass die Kanalisation nicht dicht ist, gibt es auch eine solche Sanierungsverfügung. In diesem Zusammenhang müsste dann auch ein solcher Kontrollschacht erstellt werden. Gerade bei diesen Kontrollschächten, haben wir mitbekommen, dass sie nicht alle umgesetzt wurden. Man musste das tatsächlich zwischen 2014 bis August 2019 überprüfen. Das waren 978 Grundstücke und Liegenschaften, welche die Gemeinde anschauen musste. Davon waren im August 2019 noch 100 Sanierungen noch offen, also nicht abgeschlossen. Bei 63 Liegenschaften war der Kontrollschacht überhaupt nicht erstellt, besser gesagt nicht umgesetzt worden. Wir müssen sagen, diese 63 Liegenschaften sind weniger, als wir befürchtet haben, das ist positiv. Was man aber gleichwohl sagen muss, ist, die Gemeinde musste 978 überprüfen. Es hat sich gezeigt, dass sie selbst nicht gewusst hat, ob das effektiv erstellt wurde oder nicht, dies schlichtweg aufgrund fehlender Kontrolle. Sprich, man hat eine Verfügung gemacht, aber nie kontrolliert, ob sie umgesetzt wurde, kamen Protokolle retour. Deshalb musste man alle Grundstücke und Liegenschaften überprüfen. Im Fazit muss man sagen, dass von der Einwohnergemeinde im Bereich der Kanalsanierungen mit Bezugspunkten zu den privaten Eigentümern - also wir reden nicht darüber, wie sie ihre Sanierung der gemeindeeigenen Leitungen gehandhabt haben, sondern in Bezugspunkten zu den privaten Eigentümer -

nicht mit der von ihr zu erwartenden Professionalität vorgegangen wurde. Im Austausch mit dem Bereichsleiter BRU, Adrian Landmesser, stellen wir fest, dass es gemäss unseren Abklärungen, Reklamationen von Betroffenen gegeben hat, dass sie auch wirklich auf der Gemeindeverwaltung vorliegen. Wir stellen fest, dass die Aufgaben innerhalb der Verwaltung zum Teil nicht korrekt ausgeführt wurden. Der konkrete Umgang mit Reklamationen ist extrem wichtig. Auch eben gerade was persönliche Kontaktaufnahmen bei Reklamierenden betreffen, weil man genau bei diesem Punkt viele Komplikationen, die sich nachher ergeben, oder auch Rechtsstreitereien, rechtzeitig abfangen kann. Die Umsetzung von Normen und das Einhalten von Verordnungen müssen sowohl von Seiten der Gemeinde wie auch von Dritten eingehalten werden. Wir können nicht von Privateigentümer Dinge verlangen, die wir selbst nicht einhalten. In all diesen Punkten müssen definitiv Optimierungen stattfinden. Unsere Erkenntnisse, was wir in unseren Gesprächen herausgefunden haben, werden vom Bereichsleiter BRU vollumfänglich getragen. Auch seitens der Verwaltung wurde es so aufgenommen, dass die Fehler passiert sind.

Zu unseren Empfehlungen Folgendes:

1. Wir empfehlen, dass die Einwohnergemeinde jeweils vor der Ausführung von Tiefbau- und Strassenbauarbeiten in den anliegenden Liegenschaften und Objekten ein Rissprotokoll analog der Handhabung des Kantons Basel-Landschaft erstellen soll. Das soll nicht heissen, dass bei jeder kleinsten Arbeit ein Rissprotokoll erstellt werden muss. Aber dass man gerade bei Sanierungen von Strassenzügen, wo es sinnvoll ist, diese Handhabung macht. Wir haben die Rückmeldung, dass Sie das schon aufgegleist haben und es in Zukunft so umsetzen werden.
2. Die Planung und die Ausführung sollen an der Grundeigentümerinformation strikt voneinander getrennt werden. Für die Planung beauftragte Firmen sollen an der Informationsveranstaltung nicht mehr als Unternehmer auftreten. Wir empfehlen eine klare Trennung zwischen demjenigen, der das Projekt ausarbeitet und den am Schluss ausführenden Firmen. Damit derjenige, der das Projekt ausarbeitet, auch an dieser Grundeigentümersammlung mit beratender Stimme und um technische Auskünfte abzugeben teilnehmen kann. Aber nicht um dort Kunden akquirieren und für sich einen Wettbewerbsvorteil für sich nutzen zu können. Wir haben die Rückmeldung, dass dies in Zukunft so stattfinden wird. Es wird auch in Zukunft immer ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung an jeder Grundeigentümersammlung teilnehmen. Grundeigentümersammlung ohne Gemeindeangestellte wird es laut Rückmeldung nicht mehr geben.
3. Die Gemeinde soll keine ausführenden Unternehmen an die Informationsveranstaltungen mehr einladen. Den Anwesenden kann man am Schluss sehr wohl eine Liste mit geeigneten Firmen abgeben. Wir sehen auch den Bedarf der Gemeinde, die sagt, wir möchten natürlich schon nicht jeden Unternehmer, wir möchten auch eine Spannweite an Unternehmern, bei denen wir wissen, sie liefern diese Qualität, auch wenn es nachher um das Erstellen der Revisionspläne, um die Eingabe der Pläne und die Abgabe der Qualität der Druckprüfungen geht. Damit das Stand hält, verstehen wir, dass Sie einen gewissen Qualitätsstandard wollen. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass wenn Sie nachher eine Liste abgeben mit mehreren Unternehmen, dann ist das eine saubere Sache, aber nicht eine Bevorzugung von einzelnen Unternehmen an der Versammlung.
4. Es geht um die Umsetzung der Kontrollschachtpflicht. Diese soll in Zukunft nach dem Erstellen des Kontrollschachts optisch am Objekt kontrolliert und auch protokolliert werden. Wenn man also einen Kontrollschacht verfügt, wenn man jemandem sagt, du musst das tun, was notabene immer mehr als 1'000 Franken kostet, dann ist es anschliessend die Aufgabe der Gemeinde zu kontrollieren, jawohl, der Schacht wurde erstellt, jawohl und er ist auch dicht. Weil dort geht es auch darum, man kann nicht immer nur Klimawandel und Umweltschutz ansprechen und hervorheben, dann aber keine Grundlagenarbeit machen, wenn es um den Schutz des Abwassers und Grundwassers und Guts geht. Das beisst sich. Hier muss Basisarbeit gemacht werden. Wir haben die Rückmeldung, dass Sie diesen ganzen Prozess neu aufgleisen, diese Punkte aufgenommen haben und sie nach den Empfehlungen der GPK umsetzen werden.

Wir möchten an dieser Stelle dem Bereichsleiter BRU Adrian Landmesser im Besonderen danken, in dieser ganzen Sache der Kanalsanierungsgeschichte. Es gibt immer drei Möglichkeiten, die die Gemeindeverwaltung hat, wenn sie auf etwas stösst, das effektiv ein Mangel und Fehlverhalten ist. Sie haben die Möglichkeit, es zu vertuschen. Oder Sie haben die Möglichkeit, dass sie versuchen es zu leugnen. Oder Sie haben die dritte Möglichkeit, indem Sie einfach zugeben, dass irgendwo ein - auf gut Deutsch - Mist passiert ist und dann aktiv daran arbeiten, damit sich das geändert hat. Das wurde hier vollumfänglich getan, mit gegenseitigem Respekt und gegenseitigem, grösstem Verständnis. Das erachten wir als sehr gelungen, und wir möchten insbesondere ihm noch einmal danken. Im Weiteren

danke ich allen Kommissionsmitgliedern für die Zusammenarbeit und auch dem Gemeinderat mit Blick in die Zukunft für die Umsetzung der angesprochenen Empfehlungen. Das wär's soweit. Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Vielen Dank Herr Spiegel für diese Ausführungen. Die Rednerliste für die allgemeine Beratung ist eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin in der Situation, dass ich selbst von der Kanalsanierung betroffen war. Ehrlich gesagt, ich habe das eigentlich bereits abgehäkelt. Jetzt ist es mir wieder aufgestossen, als ich diesen Bericht gelesen habe. Das war nicht zumutbar, was da abging. Nicht zumutbar. Ich handle nun keine Details ab, aber was ich sagen möchte: Ich finde diese Empfehlungen der GPK sehr empfehlenswert und berechtigt und habe beste Hoffnung, dass das nie wieder vorkommen wird.

Franz Vogt, Gemeinderat: Besten Dank für diesen Bericht. Ja, wir, Adrian Landmesser und ich, also das meiste hat Florian Spiegel schon gesagt, haben das anlässlich der Schlussbesprechung dieses Berichts zusammen besprochen. Wir können eigentlich allen diesen Empfehlungen zustimmen. Das mit den Rissprotokollen hat Herr Spiegel so ausgeführt, dass man die Verhältnismässigkeit anschauen muss. Aber selbstverständlich bei grösseren Sachen wird man das vorgängig machen. Vielleicht noch zu diesen Eigentümerversammlungen. Da ging offenbar nicht alles so von statten, wie es hätte sollen. Das habe ich auch von Eigentümer so mitbekommen. Wir werden sicher diesen Prozess anschauen, der muss eindeutig verbessert werden. Vielleicht ist noch dazu zu sagen, die Kosten für die Untersuchung von Privatanschlüssen gehen zu Lasten der Gemeinde. Es war eigentlich nie die Absicht, einen Unternehmer zu bevorzugen. Es ging eigentlich darum, die Eigentümer zu unterstützen, damit sie nicht alles selbst organisieren müssen. Das war eigentlich die Grundidee dahinter. Ich meine, das müssen Einzelfälle gewesen sein, bei denen wirklich Unternehmer dabei waren. Das war auch nicht die Absicht. Aber ja, es ging darum, die Leute zu unterstützen. Aber wir werden das sicher nicht mehr in diesem Rahmen so durchführen, wir werden diesen Prozess anpassen und diese Empfehlungen umsetzen. Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Herzlichen Dank Florian und an die GPK, für diesen wirklich sehr trockenen und guten Bericht. Es machte Freude ihn und auch die Empfehlungen zu lesen. Ich danke Florian, dass er noch einmal ausgeführt hat, dass bei Punkt 1 das Soll gelten sollte und wir dann nicht wirklich bei jedem kleinsten Projekt eine Rissaufnahme machen geht. Ich möchte einfach vielleicht noch ein wenig schildern, bei solchen Projekten - Franz Vogt hat es bereits gesagt - ist die Gemeinde eigentlich bestrebt, den Anwohnern auch gewisse Dienstleistungen zu erbringen, indem sie ihnen anbietet, dass die Anwohner unter ihrem Vergabemantel, sagen wir mal die Leistungen machen können, die vielleicht kleiner sind als z.B. für die ganz grosse Kanalsanierung. So wie es jetzt beschrieben und erläutert wurde, geht das natürlich mit Nichten nicht. Da bin ich klar auch dieser Meinung. Aber ich finde es trotzdem richtig, wenn die Gemeinde den Privatpersonen oder den Grundeigentümern anbietet, diese Leistungen im Zuge ihres Mandats erledigen zu können. Weil das einerseits die Projektierung - und da rede ich nun auf die eigene Mühle - vereinfacht und nicht, weil wir dadurch viel mehr Aufträge erhalten, ohne zu akquirieren, sondern weil es schlicht weniger Schnittstellen generiert und schlussendlich dem Gesamtprojekt dient. Aber auch der Kostenvorteil, der die Gemeinde in der Regel bei ihren Vergaben von grösseren Volumen erwirtschaften kann und an den privaten Grundeigentümer weitergeben kann, der in der Regel ein viel kleineres Auftragsvolumen hat. Voraussetzung ist natürlich, dass jemand von der Gemeinde überprüft, ob die Preise auch tatsächlich so weitergegeben werden, und nicht irgendeine Scharlatanerie, also Unfug getrieben wird, wie Rabatte und Prozente gewähren, das geht natürlich in die falsche Richtung. Einfach, dass wir das aus diesem Blickwinkel auch noch berücksichtigt.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob er zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts wünscht. Das ist nicht der Fall. So kommen wir zu den Abstimmungen über den Antrag der GPK des Geschäfts 4516, Seite 5 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Vom Bericht der GPK zur Kanalsanierung wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem wird einstimmig zugestimmt.

://:

Der Bericht ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Nun, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, Herr Stocker Arnet: ...

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich würde gerne den Antrag stellen, dass wir das Thema Schulrat heute noch machen können, einerseits weil wir sonst Morgen zu viel haben werden. Es benötigt etwas Zeit, aber ich denke es wäre gut, wenn wir es heute noch machen könnten. Ich hoffe, dieser Antrag, auf dass wir verlängern, wird unterstützt. Merci.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Stimmen wir über diesen Antrag ab, oder möchte ... Herr Winter:

Etienne Winter, SP-Fraktion: Nur schnell noch eine Verständnisfrage ans Büro. Wenn wir auf die Traktandenliste schauen, dann müssen wir Morgen ja mindestens die Rechnung durchboxen sowie die 2. Lesung. Wenn wir jetzt das Morgen machen würden, betreffend Schulrat, wie wären wir dann im Zeitplan Morgen, ich weiss ja nicht, was alles geplant ist. Denn der Apéro wird ja durchgeführt. Wird das dann alles einfach nach hinten verschoben oder was ist die Überlegung, wenn wir es jetzt nicht durchziehen würden?

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Also wie gesagt, ich würde vorschlagen, wir haben Morgen genügend Zeit. Es sind die dringenden Traktanden, die wir Morgen sicherlich abhandeln müssen, sicher bis und mit der Jahresrechnung, d.h. wir werden dann Morgen Schulrat Primarstufe machen können, dann den Vertrag über die Versorgungseinheit und die Jahresrechnung. Das sind sicherlich diese drei Themen. Dafür haben wir Morgen sicher genügend Zeit.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Gut, dann möchte ich noch Herrn Spiegel das Wort geben.

Florian Spiegel, GPK-Präsident: Besten Dank. Nur kurz. Morgen ist Christian Stocker Arnet als Subkommissionspräsident vor allem Leader GPK, und ich darf einfach hier oben sitzen und ihm gespannt auch mitzuhören. Von daher ist das nun der offiziell letzte Auftritt als GPK-Präsident. Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen bedanken für die letzten vier Jahre. In einer Kommission werden viel Diskretion und gegenseitiges Vertrauen vorausgesetzt. In allen vier Jahren in dieser Kommission hatte ich, oder hatten wir in der Kommission, niemals das Gefühl von Missfallen gegenüber Mitgliedern. Das habe ich als wertvoll und schätzenswert empfunden für die ganze Arbeit, die ich mit Freude, Ehre und Demut wahrgenommen, GPK-Präsident in der grössten Baselbieter Gemeinde sein zu dürfen, erfüllt einen mit Stolz und auch mit Verantwortung. Ich hoffe, ich konnte dies die letzten vier Jahre machen können, natürlich auch nur dank der wahnsinnigen Unterstützung durch meine Kommissionskollegen. Herzlichen Dank für die letzten vier Jahre und der zukünftigen GPK und Präsidium wünsche ich viel Erfolg und viel Spass bei ihrer Arbeit.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ja, diesem Dank möchte ich auch gleich anschliessen und danke auch euch für das Verständnis für die die erste Generalprobe meinerseits und die zusätzlichen Schwierigkeiten, die wir mit dem Mikrophon hatten. Ich hoffe, dass wir Morgen mehr Glück haben werden, damit die Stimmungsschwankungen hier positiver unterwegs sein werden. Wie gesagt, ich schliesse nun fürs Protokoll. Es ist jetzt 20.42 Uhr. Ich bedanke mich und wünsche euch einen ganz schönen Abend und wenn ihr hinaus geht, bitte nicht geballt zusammen, sondern schön mit 2 m Abstand, damit wir die BAG-Vorschriften einhalten können. Danke vielmals und einen schönen Abend.

SCHLUSS DER SITZUNG VOM 9. JUNI 2020: 20.42 Uhr

Mittwoch, 10. Juni 2020

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Florian Spiegel, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Gemeinderat. Ich begrüsse Sie herzlich zur Fortsetzung der gestrigen Sitzung, heute, 10. Juni, und zur letzten ordentlichen Sitzung in der auslaufenden Legislatur 2016/2020. Entschuldigt für heute Abend sind

Philippe Adam, Mehmet Can und Barbara Grange. Verspätet gemeldet sind Rolf Adam und Claudia Sigel. Ich bitte Rudolf Spinnler um die Präsenz.

[Entschuldigungen / Präsenz beider Sitzungen siehe Protokolleingang]

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Es ist unterdessen im Verlauf des heutigen Morgens noch ein dringliches Verfahrenspostulat von Christian Kellermann eingegangen. Ich gebe ihm dazu schnell das Wort.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Geschätzter Präsident, geschätzte Gemeinderäte, Einwohnerräte und Medien. Ich habe das heute Morgen eingereicht und in der Zwischenzeit haben auch diverse Gespräche stattgefunden. Ich bin der Meinung, da ich ja noch nicht Präsident des Einwohnerrates bin, machen wir dieses Verfahren etwas einfacher. Ich würde dieses dringliche Verfahren wieder zurückziehen und sobald ich dann gewählt wäre, wenn es denn so sein wird, würde ich es dann mit dem neu gewählten, neu zusammengesetzten Büro und dem Gemeinderat besprechen und es in der neuen Legislatur noch einmal vorbringen. Somit würde ich dieses Verfahren zurückziehen.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Somit ist es zurückgezogen. Wir fahren mit der Traktandenliste weiter, und zwar mit Traktandum 4. Wie gestern angekündigt, trete ich auch für dieses Traktandum noch als GPK-Präsident in Ausstand und der Vorsitz für dieses Geschäft würde jetzt wieder der 1. Vizepräsident, Christian Kellermann, übernehmen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 12.5.2020

betreffend Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder

Geschäftsvertretung: GPSK-SRP Christian Stocker Arnet, Geschäft 4449

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn das nicht der Fall ist, gebe ich das Wort an Herrn Christian Stocker Arnet.

Christian Stocker Arnet, GPSK-SRP: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe leider jetzt gerade noch ... jetzt ist es gross genug, nur sehe ich nicht mehr, was ich geschrieben habe, aber das ist, ... jetzt muss ich halt ein wenig ... ich weiss es ja noch einigermaßen ... Tücken der Technik! Also, noch einmal, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich komme hier für mich persönlich und auch für die GPK zu einem wichtigen Abschluss dieses Geschäfts Untersuchung Schulrat Primarstufe. Das hat uns eineinhalb Jahre begleitet und war eine echte Herausforderung. Grundsätzlich war es von Anfang für das Wohl der Kinder. Die standen für uns eigentlich im Zentrum, damit sie eine großartige Schule in Allschwil haben. Da kam mir eigentlich der „Kongress der Tiere“ von Erich Kästner in den Sinn. Die Tiere haben auch gemeint, jetzt müssen wir den Kindern helfen, da schaut von den Erwachsenen niemand mehr richtig hin. Sie haben dann einen Kongress durchgeführt, damit die Welt wieder in Ordnung kam. Erich Kästner hat zu seinem Buch gesagt, das sei ein Buch für Kinder und Kenner. Protagonisten, wie z.B. Eisbär Paul haben gesagt: „Wir sind zusammengekommen, um den Kindern der Menschen zu helfen, weil die Menschen diese wichtige Pflicht vernachlässigen.“ Der Elefant Oskar fasste zusammen: „Es geht um die Kinder.“ Unter diesem Motto stelle ich nun auch diesen Bericht vor. Begonnen hat es mit der Interpellation der FDP-Fraktion im September 2018. Der Auslöser für diese Interpellation war, dass es eben viele Schulleiterwechsel gab. Innerhalb von fünf Jahren hatten sechs Schulleitungsmitglieder gekündigt und eine Person ging in die Frühpensionierung.

Aus diesen Fragen haben wir die Hauptfrage herausgenommen: „Welche Gründe führen zu dieser hohen Fluktuation in der Schulleitung?“ Als Ziel haben wir uns gesetzt: was wollen wir eigentlich erreichen. Wir haben uns gesagt, wir wollen mit diesem Bericht schlussendlich professionelle und umsetzbare Empfehlungen abgeben, die zur Beruhigung innerhalb der Primarstufe zu adäquaten, zeitgemässen, transparenten Strukturen und regelmässiger Überprüfung von gegebenenfalls nötigen Anpassungen der Strukturen führen, und so zu einer Strategie für die zukünftige Entwicklung der Primarstufe führt. Die Prämisse, das habe ich fast gebetsmühlenartig bei uns in der Kommission gesagt, Deeskalation. Wir wissen, was in dieser Zeit auch noch alles abging an hitzigen Auseinandersetzungen. Koordination und Kooperation waren die wichtigsten Schlagwörter in dieser ganzen Untersuchung, weshalb das so wichtig ist, dazu kommen wir später noch. In diesem Rahmen hat die GPK, also die bestehende GPK, eine

solche Untersuchung zum ersten Mal durchgeführt, wir mussten uns zuerst auch in dieses Thema einarbeiten. Wir mussten herausfinden, wie funktioniert das eigentlich alles.

Wir haben uns gesagt, wir sammeln mal alles, was an Unterlagen vorhanden ist, die die Strukturen beschreiben, wie die Primarstufe in der Gemeinde Allschwil, in der Verwaltung und im Schulrat und mit dem Kanton in diesem Dreieck eingebettet ist. Die Grundlagen waren dann jene vom BKSD und vom Kanton. Das sind das Gemeindegesetz, das Bildungsgesetz und die Verordnungen und das Handbuch für die Schulräte und Schulleitungen. Beim Schulrat und beim Gemeinderat und bei der Gemeindeverwaltung haben wir dann erst mal angefragt, ob und wo es Unterlagen gibt, die Prozesse oder Stellenbeschreibungen darstellen, oder die beschreiben, wie hier eigentlich gearbeitet wird. Die GPK schaut grundsätzlich darauf, was hat man sich ausgedacht, was will man machen. Dann vergleichen wir, ob es auch so umgesetzt wird. Nur haben wir dann einfach sehr wenig zusätzliche Unterlagen erhalten. Wir haben eine Geschäftszuteilungs-Liste erhalten, wir haben eine Berichterstattungs-Präsentation erhalten, in dem man das neue Konzept mit dem Gesamtschulleiter vorgestellt hat. Wir hatten ein Organigramm der Schulleitung und einen Stellenbeschrieb des Gesamtschulleiters und von den Mitgliedern der Schulleitung. Von der Gemeindeverwaltung und vom Gemeinderat haben wir eigentlich nichts erhalten. Einfach ein Organigramm haben wir dann im Internet, also auf der Website gefunden. Dann ging die Arbeit los. Die Fragestellung war ja: Wir wollen wissen, weshalb wir so viele Wechsel in der Schulleitung haben. Wir haben bald festgestellt, als wir uns hineingekniert haben, dass wir das als GPK nicht allein abschliessend klären können. Weil, wie ihr hier sehen könnt, ist für die Volksschule als Primarstufe, die Schulleitung und den Schulrat der Kanton zuständig ist. Dieser hat das BKSD und das AVS (Amt für Volksschule). Diese haben das Instrument von externen Evaluationen, wenn sie wissen wollen, läuft es in einer Schule richtig oder nicht. Für die GPK hört es beim Schulrat auf. Also wir können sehen, was die Verwaltung plus der Schulrat machen. Beim Schulrat gibt es eine Schnittmenge. Da ist einerseits die GPK zuständig, für das was Schnittstellen zur Verwaltung sind, andererseits ist der Kanton zuständig für die Schnittstellen Richtung Schulleitung und Primarstufe. Es gibt dann aber auch noch aus der Verwaltung heraus bestehende, direkte Kontakte, wie z.B. zur Hauswartung oder Schulraumplanung. Als wir das festgestellt hatten, war noch immer nicht alles klar. Es war so, dass eine ESE nur der Schulrat auslösen kann, freiwillig. Weil aber das oberste Ziel Deeskalation und Kooperation und Vertrauen, ging es nachher darum, die wirklich guten Absichten der GPK als Türöffner das Vertrauen auch beim Schulrat zu gewinnen. Dass es eben auch in dieser schwierigen Zeit, in der sie feststeckten, mit zu wenig Personal und eben diesen Wechseln in der Schulleitung, trotzdem richtig und wichtig ist, auch im Zusammenhang mit der neuen Gesamtleitung, die ESE jetzt zu machen, und wir parallel koordiniert diese Prüfung Richtung Gemeindeverwaltung machen. Da haben wir das Ziel formuliert, dass wir eben koordiniertes Vorgehen mit dieser ESE wollen. Wir haben uns nur koordiniert. Das ist ein Unterschied zu Absprechen. Wir haben uns nicht abgesprochen in dem, was während der Untersuchung abgelaufen ist. Das war autonom. Wir haben lediglich die ausgewählten Kategorien gemeinsam festgelegt, damit beide dasselbe anschauen, und nicht wir irgendwie, weiss auch nicht, die Abwarte anschauen und sie wollten dann wissen, wie es mit den Anstellungsbedingungen der Lehrer ist. Dann kann man es auch nicht vergleichen. Der Fokus der Prüfung legten wir vor allem seitens der GPK einfach dorthin, wo wir Schnittstellen zur Gemeindeverwaltung sahen. Das sind für uns die Verantwortlichkeiten, also eben die Führungsaufgaben, wer ist für was verantwortlich, Personalrekrutierung und Geschäftsordnungen.

Wir haben gesagt, was auch ganz wichtig ist, sind die Finanzen, also die Budgetierung, wie sie abläuft, und die Einhaltung von Regeln und Abmachungen waren auch wichtige Punkte, weil da kann es auch immer zu Unstimmigkeiten führen, wenn sich die Leute nicht dranhalten. Aus diesen Kategorien haben wir - eben das war mit der ESE koordiniert, das war die Fachhochschule Nordwestschweiz - haben wir diese Fragen abgeleitet und einen Fragebogen erstellt. Allen, die wir befragt haben, haben wir dieselben Fragen gestellt. Wir haben, so gut es ging, entweder nachgefragt oder Verständnisfragen gestellt, wenn wir nicht verstanden haben, wie etwas gemeint war. Ansonsten haben wir gesagt, wir stellen allen dieselben Fragen und nehmen die Antworten auf. Die Auswertung lief systematisch so, dass wir eigentlich drei Fälle haben. Im ersten Fall geben alle mehr oder weniger die gleichen Antworten, haben sie dieselben Sichtweisen. Das ist das Richtige, ist gut und super, weiter so. Im zweiten Fall sind sich alle einig, wie man es macht, aber es ist eben nicht so gut, weil es nicht das ist, was sein soll, sondern etwas anderes. Da gibt es Handlungsbedarf. Der dritte Fall ist, wenn einfach jeder erzählt, wie es eben in seine Wahrnehmung passt und es eine richtige Kontroverse gibt. Dann gibt es ebenfalls Handlungsbedarf, denn dann muss man schauen, dass alle vom Gleichen sprechen. Das sah ungefähr so aus: Da sind zwei Beispiele. Wir haben auf der Skala von 1 bis 10 „Wie gut funktioniert aus Ihrer Sicht das Zusammenspiel zwischen Gesamtschulleiter und Gemeindeverwaltung? 1 = funktioniert sehr schlecht, 10 = funktioniert sehr gut“. So sehen wir in etwa das Gros liegt im positiven Bereich. Dies hat sich auch in den Gesprächen so ergeben. Unten, bei den Entscheidungsprozessen, also „Wie kommt man zu einem Entscheid?“, sieht man, dass die Meinungen weit auseinander liegen, also von 1 bis 10 hatten wir fast alle Antworten. Ich habe das eigentlich durch diese Arbeit kennen gelernt, diese Art von Befragungen zu

führen. Es hat mich sehr überzeugt. Es ist erstens sehr anonym, was uns auch wichtig war. Wir wollten nicht irgendjemanden an den Pranger stellen. Wir wollten einfach diese Strukturen kennen lernen und herausfinden, wo müsste man ansetzen, damit man Verbesserungen erwirken kann.

Die Erkenntnis aus dem Ganzen, was positiv war, ist ganz klar die Implementierung dieses Schulleitungsmodells. Dies wurde von allen als Erfolg versprechend eingestuft. Wir sind dabei sicher auf dem richtigen Weg. Der Schulrat hat den richtigen Weg eingeschlagen und hat für diesen richtigen Weg auch gekämpft, so wie wir das erfahren haben. Kritisch sind, da ist ganz klar herausgekommen, schwierige Strukturen Gemeinderat - Schulrat, fehlende Prozesse in der Schulraumplanung, Budgetprozess, fehlende Klärung von Schnittstellen in Bezug auf Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortungen. Das war allgemein und durchs Band hinweg. Bei allen war auch klar, dass bei der Schulraumplanung Defizite bestehen und deren Klärung höchste Priorität hat.

Fazit ist, dass die Krise, d.h. die Wechsel der Schulleiter, sind auch - „auch“ habe ich deswegen extra in fett formatiert - auch hausgemacht. Was für uns hervorging ist, dass auf der Verordnungsebene die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Schulrat nicht richtig geklärt ist. Wir haben das darauf zurückgeführt, dass die ganze Verordnung auf eine Gemeinde mit einer Schule und einem Schulleiter ausgelegt ist. Die ist nicht ausgelegt auf die grösste Schule im Kanton. Es ist nicht nur die grösste Primarschule, es ist die grösste Schule überhaupt, hat mir Martin Münch gesagt. Also mit den meisten Schülern überhaupt, und dafür ist diese Verordnung gar nicht ausgelegt. Es braucht einen Ansatz, wie man mit dem Kanton zu einer Verbesserung kommen kann, damit besser geklärt wird, wie man miteinander zusammenarbeiten muss. Es war uns auch wichtig, dass wir Empfehlungen und Forderungen aufstellen können, die wirklich Hand und Fuss haben, die man auch umsetzen kann. Wir haben in der Subkommission lange diskutiert, ob wir nun Forderungen oder Empfehlungen mit höchster Priorität schreiben sollen. Weil wir mussten in diesen Empfehlungen auch gewisse Prioritäten setzen können. Zum Schluss nach der Diskussion kamen wir wieder auf Forderungen zurück. Denn grundsätzlich, wenn man auch bei Kindern etwas fordert, z.B. Hausaufgaben zu machen, ist nicht gesagt, dass sie es auch tun. Deshalb haben wir auch für uns eine Forderung dann als eine sehr starke Empfehlung eingestuft. Wenn wir nun bei diesen Gremien durchgehen, was wir dann empfehlen, bei der Schulleitung können wir wirklich nur empfehlen, weil dort haben wir eigentlich nicht einmal keine Weisung - also, ich glaube wir dürften nicht einmal, eigentlich gar keine Empfehlungen abgeben, aber wir machen das nun trotzdem. Keine Regel ohne Ausnahme. Das momentane Modell ist gut, aber es ist wichtig, dass genügend Ressourcen auch für die Administration vorhanden sind, die die Schulleiter, auf die nun sehr viel strategische Denkarbeit zukommt, wo es möglich ist, vom Daily Business entlasten. In dieser ganzen, turbulenten Zeit gerieten die Mitarbeitergespräche etwas unter Eis. Da empfehlen wir klar, dass diese so bald wie möglich wieder durchgeführt werden. Es ist ein sehr wichtiges Instrument für die strategische Planung und für die Führung. Beim Schulrat denken wir, wäre es auch wichtig, dass es bei Wechsel oder so, eine Geschäftsordnung gibt, worin festgehalten ist, wie der Schulrat arbeitet. Es gibt Beispiele, ich meine Sissach hat auch so eine Geschäftsordnung. Ich denke das ist wichtig auch für Klarheit, wer wofür zuständig ist. Der Schulrat hat dieser turbulenten Zeit mit den vielen Wechseln getan, was nötig war. Zum Teil mussten sie auch in den operativen Bereichen praktisch mitarbeiten, damit es alles lief. Wir empfehlen, dass wenn nun diese Ressourcen ja gesprochen wurden, bei der Schulleitung auch, dass man den Fokus wieder vermehrt auf die Strategie richtet. Bei der Gemeindeverwaltung wurden wir das Gefühl nicht los, dass die Schule bei der Restrukturierung auf gewisse Art vergessen ging. Deshalb verlangen wir von der GPK eine Zusammenstellung von dem, was die Gemeindeverwaltung im EVA-Prozess in Sachen Schule erarbeitet hat betreffend Zusammenarbeit Verwaltung - Schule. Da muss man dann, wenn man Restrukturierungen durchführt, abklären, wie arbeitet man mit dieser Schule zusammen, was wurde da erarbeitet. Wir konnten es nicht abschliessend feststellen. Wir hatten auch keine Unterlagen von der Gemeindeverwaltung erhalten. Dann ist wichtig, dass die Prozesse geklärt werden. Das haben wir einfach festgestellt, Prozesse sind nicht klar. Wir haben die Frage gestellt wegen des Budgetprozesses: „Wissen Sie, wo der Budgetprozess festgehalten ist und wie?“. Ausser vom Chef haben wir eigentlich alles divergierende Antworten erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Prozesse bereinigen, möglichst schnell Prioritäten aufstellen, was ist wichtig, damit man vorwärts gehen kann und die Zusammenarbeit vereinfacht wird. Weil dann jeder weiss, was zu tun ist. Was wir ebenfalls kritisch gesehen haben, dass der Leiter Gemeindeverwaltung in diese Arbeitsgruppe Schulraumplanung - wir haben das mal so genannt, wir konnten den genauen Titel aus den Antworten nicht eruieren - Einsitz genommen hat, weil es nicht funktioniert hat. Also er hätte eigentlich die Kooperation in diesem Gremium gewährleisten müssen. Wir sehen das halt kritisch, weil er ja eigentlich wie die oberste Instanz ist, bei der man appellieren kann, also Appellationsinstanz. Wenn er dann schon als Leiter Gemeindeverwaltung in diesem Gremium sitzt, dann hat man diese gar nicht, wohin geht man dann noch? Daher empfehlen wir, dass man sich da eher wieder daraus zurückzieht und einfach schaut, dass man es anderweitig regeln kann. Schliesslich haben wir uns auch klar überlegt, wie kann man das umsetzen und was ist wichtig. Wir haben, als diese Berichte fertig waren, sie gegenseitig ausgetauscht. Wir wussten so, was im ESE-

Bericht steht und der Schulrat wusste, was in unserem Bericht steht. Also wir haben uns an einer Videokonferenz ausgetauscht und es war auch für mich klar, weil ich mit dieser kooperativen Zusammenarbeit gute Erfahrung gemacht habe, diese Schule kann man nur wieder in eine gute Richtung bringen, wenn alle Ebenen jetzt kooperativ und koordiniert in dieselbe Richtung arbeiten. Deshalb ist es auch wichtig, dass jetzt das AVS, also der Kanton, der sich jetzt auch beteiligt und hilft, damit es auf Seiten Schule vorwärts geht, die entsprechende Vertretung des Gemeinderats Ressort Schule, Präsidentin oder Präsident des Schulrats und der Gesamtschulleiter, dass die nun eigentlich zusammensitzen und koordiniert festlegen würden, wie man das angehen will und wer, was tun muss, wer sich um welche Prozesse kümmert. Wichtig ist, dass ein laufendes Controlling aufgebaut wird und dass über den Gemeinderat halbjährlich dem Einwohnerrat Bericht erstattet wird, wie es um den Fortschritt steht. Weil die Schule der grösste Budgetposten ist, so meine ich, in der Gemeinderechnung und die Kinder sind uns sehr wichtig. Denn die Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben zwar kein Stimmrecht aber wir müssen das nun in unsere Hände nehmen und schauen, dass sie eine gute Schule erhalten. Einfach noch auch für das Protokoll, weil das im Bericht nirgends geschrieben steht, weshalb ich es nun noch schnell vorlese.

Das ist die Rückmeldung der FHNW zu unserem Bericht: *„Es werden fehlende Prozesse problematischer Strukturen usw. beschrieben, ohne dass Personen sichtbar werden.“* - Das war uns auch sehr wichtig, wir wollten niemanden in die Pfanne hauen. Das war uns von Anfang an wichtig. - *„Die hohe Systematik in der Befragung und der Berichtsarbeit kommt deutlich zum Ausdruck. Dies trägt mit Sicherheit zur Glaubwürdigkeit bei. Auch angesichts der parteipolitischen Querelen, welche anfangs noch mitschwangen, ist diese Sachlichkeit sehr hilfreich. Ganz generell bin ich (Christian Stocker Arnet: damit bin nicht ich gemeint, sondern dieser Herr der FHNW) sehr erfreut und auch etwas überrascht, dass die beiden Perspektiven GPK und ESE derart kongruent Ergebnisse erzeugt haben. Da doch teilweise auch Spannungen zwischen Schule und Verwaltung vorhanden waren, hätte ich mir auch denken können, dass sich die Sichtweisen stärker unterscheiden. Dem ist aber nicht so. Es werden im Wesentlichen die gleichen Problemfelder beschrieben. Dadurch entstehen eine hohe Glaubwürdigkeit und auch Verbindlichkeit. In meinen Augen hat sich das Verfahren sehr bewährt, parallel zwei Untersuchungen GPK und ESE gleichzeitig und mit gleichem Fokus laufen zu lassen. Es entstand ein sehr konsistentes, datengestütztes Gesamtbild. Ich glaube, dass damit eine sehr gute Grundlage vorhanden, breit abgestützte Massnahmen zu beschliessen und umzusetzen.“* Das war die FHNW, die pädagogische Hochschule.

Die Rückmeldung des AVS: *„Der Bericht ist nachvollziehbar, transparent und sehr aussagekräftig. Vor allem auch die Verbindung mit dem Bericht der ESE, der pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz zeigt er auf, dass hier eine fast einmalige Chance besteht, alle wesentlichen, beteiligten Ebenen in eine koordinierte Entwicklung zu bringen. Wenn sich jetzt alle beteiligen, kann eine lohnende Entwicklung angegangen werden.“*

Bevor ich jetzt noch zu den Anträgen komme, möchte ich mich insbesondere bei den GPK-Mitgliedern bedanken, die mich als Präsident in dieser Arbeit unterstützt haben. Das war zu Beginn noch Kathrin Gürtler und Patrick Kneubühler. Kathrin Gürtler musste später aus privaten Gründen etwas kürzertreten und dann kam Beatrice Stierli, sie hat sich sofort eingearbeitet und wirklich auch die ganze Arbeit sehr großartig unterstützt. Ich danke auch Julia Gosteli, ich glaube sie ist nicht hier, aber das ist einfach fürs Protokoll. Sie hat das auch zu Beginn mitgetragen, wurde in den Landrat gewählt. Nachgekommen ist René Amstutz. Auch er hat sich mit Herzblut in diese Thematik eingearbeitet und war eine riesige Unterstützung bei der ganzen Befragung und Auswertung. Nicht zuletzt möchte ich auch Florian Spiegel und Patrick Kneubühler danken, die freiwillig in Ausstand traten, dass es der Deeskalation geholfen hat. Das war super und nicht selbstverständlich. Ich möchte auch dem Schulrat und Pascale Uccella danken, dass sie das Vertrauen gewinnen konnte und sich in dieser schwierigen Zeit zur ESE entschieden hat, zusammen mit dem Schulrat und dem Gesamtschulleiter, der es auch von Anfang an unterstützt hatte. Es war nicht selbstverständlich es ist aber sicher zum Wohle der Kinder. Jetzt hoffe ich, dass ich niemanden vergessen habe, weil ich meine Notizen nicht gesehen habe. Sonst würde ich mich entschuldigen.

Jetzt komme ich zu den Anträgen, die die GPK, also das ist nun die Gesamt-GPK, die den Bericht verabschiedet hat, stellt. Er wurde einstimmig verabschiedet. Ich würde euch beantragen, nachher zu beschliessen, dass der Einwohnerrat den vorliegenden Bericht mitsamt allen Ergebnissen, Empfehlungen und Forderungen zur Kenntnis nimmt. Wir würden in einem zweiten Beschluss, dass der Gemeinderat nun beauftragt wird, dem Einwohnerrat innert drei Monaten eine koordinierte Stellungnahme zu diesen Empfehlungen und Forderungen aus diesem Bericht abzugeben. Das haben wir bewusst so getan, weil es nicht sinnvoll ist, wenn wir eineinhalb Jahre an einem Bericht arbeiten, und man nachher vom Gemeinderat erwartet, dass er innert 14 Tagen gescheite Antworten gibt, die noch mit anderen Gremien

abgesprochen werden müssen. Deshalb geht es jetzt noch darum, dass wir diesen Bericht in dieser Legislatur abgeben konnten. Dann kann man auch nachher in der neuen Legislatur, mit der neuen Zusammensetzung diese Schritte gut planen. Somit empfehle ich, die beiden Anträge zur Annahme und bin somit am Ende meiner Präsentation. Danke schön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Vielen Dank Christian Stocker Arnet. Bevor wir nun zu diesen Anträgen gehen, würde ich gerne die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnen.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich würde gerne das Wort zuerst Herrn Münch geben. Weil er nämlich zuerst aufgestreckt hat und dann muss ich nichts über die ganzen Gesetze erzählen. Merci.

Niklaus Morat, 2. Vizepräsident: Entschuldigung, habe ich nicht gesehen, Herr Martin Münch bitte:

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich werde in den Ausstand gehen, selbstverständlich, es geht ja auch teilweise um mich, obwohl ich nicht, das hat Christian zuvor gesagt, Befehlsempfänger sein kann, aufgrund der Organisation der ganzen Bildung im Kanton. Ich möchte einfach kurz darauf eingehen. Wir haben doch zwei Berichte, man spricht von diesem GPK- und dem ESE-Bericht. Der ESE-Bericht, das ist der von dieser externen Schulevaluation. Die Eltern haben es teilweise mitbekommen. Sie sind nämlich bei uns befragt worden. Es begann im November und wurde im Februar zu Ende geführt. Dieser Bericht liegt nun seit April vor. Hier möchte ich gleich darauf eingehen, weil die Gewaltentrennung Kanton und Gemeinde nicht ganz einfach ist. Das ist auch die Problematik, die wir haben, in dem Sinn, in der Gemeinde und in der Primarstufe. Es gibt nämlich ein Bildungsgesetz, das ist das SGS 640 vom Kanton. Da ist § 13: „Die Einwohnergemeinden sind Trägerinnen der Primarschule und des Kindergartens (...)“ Und dann hat es Aufgaben für die Trägerschaft in § 15, da steht grundsätzlich: „Sie regeln die Wahl der Schulräte.“, das tun wir nun am 17. Juni. Weiter unten heisst es: „Sie tragen die Lohnkosten für alle Mitarbeiter*innen und sie kommen für das Schulmaterial auf.“ Das ist eigentlich alles, und „Sie bauen Schulhäuser.“, das steht auch hier drin. Andere Aufgaben haben sie leider nicht, in diesem Sinn auch keine Rechte, sie dürfen einfach bezahlen. Es ist relativ hart, das ist richtig, weil unter § 58 ist die Organisation der Schule geregelt, da steht: „Die Schulen sind teilautonom geleitete Organisationen. Sie sind verantwortlich für das Erreichen der Bildungsziele (...) und das Einhalten der Vorgaben.“ Damit man das überprüfen kann, gibt es eine Qualitätssicherung, die ist in § 60 definiert: „Die im Rahmen der Qualitätssicherung bearbeiteten Informationen sind nicht öffentlich zugänglich.“ Da ist jetzt das Problem begraben. Diese Dinge, die in diesem ESE-Bericht stehen, sind nicht öffentlich. Darüber kann nicht im Einwohnerrat rapportiert werden. Das ist noch wichtig zu sagen, weil doch auch gewisse Forderungen im Bericht stehen, die ausdrücken, man soll diese Dinge noch vergleichen und mit dem DECK zusammen über diese Massnahmen hier rapportieren können. Das kann der Gemeinderat nicht. Ich möchte auch in diesem Sinne den Gemeinderat entlasten, diesem Auftrag kann er leider nicht nachkommen. Weil eben, Bildungskultur und Sportdirektion ist für die Durchführung zuständig, das AVS hat hier die Aufsichtspflicht. Die Umsetzung der externen Evaluation resultierenden Massnahmen gewährleistet das BKSE und für die einzelnen Schulen ist es der Schulrat. Eigentlich kontrolliert der Schulrat nachher die Umsetzung dieser Massnahmen aus dem ESE-Bericht und ist verantwortlich, dass sie auch umgesetzt werden. Das wollte ich kurz sagen, es ist mir noch relativ wichtig, dass wir von daher ein bisschen im Kontext stehen, was sind das für zwei Berichte, von denen hier die Rede ist.

Der eine ist der GPK-Bericht, welche die GPK hier in der Gemeinde durchführte mit Interviews, nicht mit Interviews der Schulleitung, also wir wurden nicht interviewt, weil wir grundsätzlich eigentlich nicht interviewt werden können, weil wir nicht dieser Linie unterstehen. Es gibt eine Kantonslinie und es gibt eine Gemeindelinie. Ich bin in dieser Kantonslinie, und alles, was in der Gemeinde geschieht, ist bös gesagt egal. Aber die Zusammenarbeit muss trotzdem funktionieren. Genau das ist die Schwierigkeit. Das wurde versucht in dieser Powerpoint-Präsentation mit diesem Organigramm aufzuzeigen. Das ist sehr komplex, das versteht man schon fast nicht. So ist es auch im Leben, es ist halt sehr komplex mit dieser Zusammenarbeit. Wir sind nicht die einzige Gemeinde im Kanton, diese Komplexität hat jede grössere Gemeinde, also grundsätzlich jede Gemeinde hat diese Probleme. Das ist klar. Es wurden auch gewisse Dinge angesprochen im Zusammenspiel der einzelnen Bereiche mit der Schulleitung, wie das läuft. Teilweise ist es mit sehr persönlichen Problemen und auch sachlichen Problemen behaftet, vor allem das BRU wurde angesprochen wegen dieser Schulraumplanung. Man muss es so sagen, wir kämpfen wirklich um die Sache, das ist richtig, da fliegen Fetzen, und zwar richtig. Wir gehen aber anschliessend wieder miteinander ein Bier trinken. Also Herr Landmesser und ich sind ab und zu auch mal im Kitchen Brew und trinken zusammen ein Bier. Also von daher - wir verstehen uns trotzdem persönlich noch recht gut. Aber es ist schon so, ansonsten kämpfen wir um die Sache, wir wollen das Beste für unsere Schülerinnen und Schüler und Herr Landmesser will das Beste für die Gemeinde. So

müssen wir uns halt irgendwie finden. Das ist klar. Wir haben in der Schulleitung aktuell 500 % besetzt, das stand im letzten AWB drin. Sie konnten die zwei neuen Schulleitungsmitglieder bereits sehen und vielleicht auch schon ein wenig kennen lernen. Einfach, dass Sie hier auf dem neuesten Stand sind. Vielen Dank.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stocker Arnet, Christian. Ich möchte auch zwei, drei Dinge sagen, ich bin froh, dass ich die ganzen Gesetzesparagrafen nicht mehr erzählen muss, das hat Martin Münch sehr gut gemacht und mich gleich auch ein wenig unterstützt. Ja, die ganze Situation war schwierig, aber nicht schwierig, dass wir das als Schulrat nicht wollten. Ich möchte gleich als ganzen Schulrat sprechen und ich möchte bitten, dass man mich hier nicht als Präsidentin hervorhebt, wie auch mit dem Ausstand, der immer wieder wegen der Deeskalation diskutiert wird. Es war der ganze Schulrat, der das wollte und nicht ich persönlich. Das muss man einfach auch mal sehen, denn es steht auch so im Bericht. Ich finde das nicht so fair, weil es immer ein Entscheid des ganzen Schulrats und nicht einer von mir persönlich ist. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Mit dem Titel des Berichts habe ich etwas Mühe, denn eigentlich ging es darum, wir hatten sehr viele Schulleiterwechsel. Da habe ich etwas Mühe „für das Wohl der Kinder“. Selbstverständlich für das Wohl der Kinder, also für den Schulrat wie auch die Schulleitung wie auch die Gemeinderäte, muss ich jetzt einfach sagen, kommt das Wohl der Kinder immer zuerst. Ich finde, das muss man nicht dermassen betonen. Das ist jetzt meine persönliche Meinung. Es ist richtig, es war zu Beginn sehr schwierig, aber Christian, da kannst du mir sicher auch Recht geben, es war schwierig, nicht weil wir es nicht machen wollten, sondern ganz klar war der Fauxpas, weil die Schulleitung unterbesetzt war. Im Geschäftsbericht konnte man lesen, dass einfach zu wenige Stellenprozente besetzt waren. Das heisst wir hatten einen Stellenprozent von 140 %, der fehlte, und sie haben eine Neuausrichtung erhalten, da der Schulrat strategisch sagte, wir haben einen Gesamtschulleiter. Martin Münch als Gesamtschulleiter hat am 1.1.2019 begonnen, die strategische Sache von uns zu übernehmen, musste es umsetzen und hat natürlich wie wild angefangen zu arbeiten, mit wenig Stellenprozenten bei der Schulleitung. Sie haben sich aber gut durchgeschlagen.

Dann kam das mit der GPK, die sagte, wir wollen noch eine externe ESE, d.h. dass vom Kanton noch eine ESE kommt. Dies ergab eine grosse Diskussion im Schulrat. Wir haben es zusammen mit der Schulleitung diskutiert. Der Gesamtschulleiter hat uns unterstützt und wir als Schulrat, besser gesagt der ganze Schulrat sagte, das ist der falsche Zeitpunkt. Das haben wir auch dir immer gesagt. Es ist schwierig, wenn die Schulleitung in solchen Dingen einbezogen werden muss, weil sie doch in einer neuen, strategischen Neurichtung sind. Wir haben dann aber die Lösung gefunden. Wir erhielten auch von Lehrpersonen Unterstützung, also vor allem die Schulleitung hat diese Unterstützung erhalten. Für uns als Schulrat war wichtig, dass der Gesamtschulleiter und die Schulleitung nicht zu stark in dieser ganzen Situation involviert wurden. Wir hatten sehr viel daran gearbeitet, es ist wie du sagst, es ist eine lange Zeit. Wir haben auch immer das, was ihr benötigt habt, haben wir euch gesandt. Z.B. im Geschäftsbericht steht auch etwas drin: Wir gaben den Stellenbeschrieb des Gesamtschulleiters und des Schulleiters, also Mitglieder der Schulleitung. Da muss ich jetzt mal für mich ein Kränzlein winden, ich darf das auch einmal tun, denn es gibt nämlich im ganzen Kanton nicht einen Stellenbeschrieb. Ich bin wahnsinnig stolz, dass wir als Schulrat von Allschwil den ersten und einzigen Stellenbeschrieb für einen Gesamtschulleiter und einen Schulleiter haben. Mittlerweile hat sogar die FHNW gefragt, ob sie sie etwas studieren dürfen. Wir haben dir, also der GPK, das geschickt. Was mich einfach etwas traurig macht oder ich sonderbar fand, dass wir es nicht unterschrieben gesandt haben. Ja, Entschuldigung, ich hole nicht aus einer Personalakte einen Stellenbeschrieb und unterschreibe ihn und sende ihn. Ich habe einfach unsere pdf-Datei gesandt. Also, einfach so hier ein bisschen die Kleinigkeiten. Es ist nicht so, dass wir uns gewehrt haben, Dinge zu senden. Was wir hatten, haben wir sehr gerne geschickt. Wir hatten auch sehr viele Sitzungen. Du kamst auch an die Sitzung, als der ganze Schulrat dabei war. Der Schulrat sagte klar, wir wollen die ESE nicht, also das kam vom Schulrat. Aber ich habe dir dann quasi gesagt, du sollst in den Schulrat kommen und das noch einmal erklären. Martin Münch hat auch gesagt, ja wir tun das. Was ich auch noch sagen möchte: Ich will auch dem Gemeinderat noch ein Kränzlein winden. Wie du, oder wie die GPK mitbekommen hat, war es zu Beginn mit den Gemeinderäten nicht so einfach. Das ist richtig. Wir als Schulrat haben oft das Gefühl, wir sind im Gemeinderat nicht richtig vertreten oder werden nicht wirklich wahrgenommen. Nach dem Wechsel, da muss ich nun wirklich sagen, Nicole, Danke schön viel mal, du hast unsere Sache doch etwas ernster genommen, hast dir das auch angehört und es in den Gemeinderat gebracht. Wir waren uns auch nicht immer einig. Das war auch ein Fighten und Machen. Nicole hat wirklich versucht, als Mitglied des Schulrats zu agieren, hat dies in den Gemeinderat gebracht. Dann kommt auch wieder ein bisschen der Gemeinderat hervor, als diesen musste sie natürlich auch wieder alles anschauen. Ich muss sagen, es waren die letzten drei oder vier Monate, als du dabei warst, dann wurde die Sitzung mit Gemeinderat und Schulrat eine ganz andere. Wofür ich dem Gemeinderat auch Danke sagen muss, sie hatten das Interesse immer als Gemeinderat.

Wir konnten einige Male zu ihnen gehen als Schulrat. Wir durften immer wieder unsere Probleme lösen, also diskutieren. Sie wurden nicht immer gelöst aber sie haben uns zugehört und ich denke, auch der Gemeinderat wird mittlerweile die Schule und vor allem das Wohl der Kinder sehr ernst nehmen.

Es ist richtig, wir haben es gestern an der Sitzung gehört, die Schulraumplanung ist ein grosses Problem, das ist eine riesige Diskussion. Wie aber zuvor Martin Münch sagte, er sagte es schön, ich sage es nun ein bisschen weniger schön, er muss da auch ruhig bleiben, aber ich nicht. Ich finde, es ist ein grosses Problem, das wir hier haben. Schule mit Verwaltung ist schwierig. Es ist schwierig, weil wir Schulleiter dabei haben, die sich für unsere Schule einsetzen, einsetzen fürs Wohl der Kinder, und wir manchmal einfach das Gefühl haben, wir reden an eine Wand und kommen nicht weiter. Also ich hoffe schwer, dass es in nächster Zeit doch noch ein bisschen besser funktioniert, dass mit der Verwaltung besser koordiniert wird. Es war schwierig - ja. Ansonsten muss ich sagen, das Ganze wegen ESE, also der externen Evaluation, die wir vom Kanton haben, haben wir besprochen, das ist richtig, wird aber nicht hier besprochen. Uns ist wichtig, dass erst einmal die Lehrer diese Information erhalten. Es waren die Eltern in die ganze externe Evaluation involviert. Es ist uns auch wichtig, dass die Eltern ein Feedback der Schule erhalten, und zwar nur von der Schule, und nicht von der Politik. Weil das hat mit der Politik nichts zu tun. Da möchte ich auch gleich noch mal sagen, der Schulrat ist zwar ein politisches Gebilde, aber es wird dort nie politisiert. Man müsste nicht wissen, von welchen Parteien die Leute kommen - es geht dort wirklich immer nur um die Sache und vor allem ums Wohl der Kinder. Die Strukturen Gemeinderat - Schulrat, ja, ist nicht richtig gelöst. Das hat Martin gerade eben gesagt. Es ist etwas schwierig. Ich sage es schon länger, ich sage es jetzt persönlich: es wäre gut, weil wir, die Schule Allschwil, doch das grösste Budget sind, und eine grosse Schule sind, bin ich nun immer noch dafür, dass man ein Globalbudget macht. Man muss eines sehen, in diesen Strukturen, die wir erarbeitet haben im Schulrat, ist ganz klar, hat der Gesamtschulleiter oder die Gesamtschulleiterin - wir reden jetzt nicht von Namen - dieselbe Höhe wie ein Verwalter, also im Prinzip wie unser Gemeindeverwalter. Dann wird es einfach etwas schwierig, dann beginnen diese Diskussionen. Wie auch zuvor erwähnt wurde, weil natürlich das Geld von der Gemeinde kommt und die Vorgaben vom Kanton. Aber es ist sicher etwas, was man vielleicht anschauen müsste, dass die Schule ein Globalbudget erhält. Das wäre für mich sehr wichtig. Das fände ich gut, fände ich großartig. Wie wir schon zuvor gehört haben, haben wir 200 Stellenprozente mehr seit 1.6. Das heisst nicht mehr, sondern wir haben 140 Stellenprozente besetzen können. Jetzt muss ich aber gleich wieder dem Gemeinderat Danke sagen. Wir haben einen Antrag an den Gemeinderat gestellt, ob wir nicht jetzt schon aufstocken dürfen. Wir haben mehr erhalten, weil sie gemerkt haben, wir sind sehr gross und das wird sowieso in der nächsten Zeit alles vergrössert. Der Gemeinderat hat uns das bewilligt, wir hatten Glück und haben Freude, dass wir zwei wirklich sehr gute neue Leute anstellen durften, welche das Team unterstützen und sehr viel Knowhow einbringt. Vielleicht kann man sie dann mal hier vorstellen.

Ja, die Empfehlungen und Forderungen sind natürlich schwierig, weil gewisse Dinge einfach nicht funktionieren werden oder es von Gesetzes wegen nicht geht. Was aber beim Schulrat steht, kann ich bestätigen. Das eine ist „Geschäftsordnung für den Schulrat“. Das ist richtig, da sind wir daran, also da wären wir sogar daran. Aber durch das, was wir natürlich nun durch die GPK und die ESE hatten, hat sich das alles ein wenig nach hinten verschoben. Wir sind aber daran, wir haben es auch schon immer diskutiert. Ich glaube nicht, dass ich das noch fertigbringen würde. Ich hoffe es. Wir wollten es noch anschauen, ob wir es noch hinbekommen, damit das Geschäftsreglement vielleicht noch durch kommt bis Ende Juli. Aber es wird schwierig. Ansonsten muss sich dann halt der Schulrat damit mehr auseinandersetzen in der nächsten Legislatur. Aber, es ist etwas ganz Wichtiges, was auch andere Gemeinden, die sehr gross sind, ins Auge gefasst haben. Wir haben als Netzwerk Leimental auch schon darüber diskutiert, als Schulratspräsidien, die sagten, das müssen wir vielleicht tun, weil es doch immer schwieriger wird, komplexer, aber auch spannender. Das wäre mal das gewesen, was ich gerne dazu gesagt hätte. Ich möchte unserer Schulleitung Danke sagen, die sich extrem für unsere Schule einsetzt, die kämpft, macht und tut, aber immer um die Sache und immer zum Wohl unserer Kinder. Wem ich auch Danke sagen möchte, ist natürlich dem Schulrat. Der Schulrat hat - wir haben uns gegenseitig - in der ganzen Situation, in der wir waren und die nicht einfach war, sehr unterstützt. Sie haben mich unterstützt und dafür möchte ich einfach auch mal Dankeschön sagen. Es war eine riesige Freude, mit diesem Schulrat so zusammen zu arbeiten, weil es wirklich immer nur ums Wohl der Kinder ging und um die Sache und um nichts anderes. Ich möchte auch dir, Christian, Danke sagen. Es gab Schwierigkeiten, wir haben uns manchmal nicht richtig verstanden, aber wir konnten uns doch immer aufeinander verlassen. Wir haben uns an einem Feiertag getroffen, ich glaube es war Ostermontag oder Ostersonntag, als wir diskutiert haben. So sieht man auch, was hier gearbeitet wird, auch wenn es nicht unter der Woche oder zu einer normalen Zeit ist. Auch euch möchte ich Danke schön sagen, an Julia Gosteli. Ich habe sehr bedauert, das sagte ich euch am Anfang bereits, dass sie leider austrat. Sie hat uns unterstützt, sie sah natürlich auch die Seite der Schule. Sie konnte es anders anschauen, für jemand, der mit der Schule in diesem Sinne nichts zu tun hat. Ich fand es schade. Ich muss aber auch euch Danke schön sagen, ihr

habt euch wirklich eingelesen, gemacht, getan. Ja. Ich möchte am Schluss noch sagen: wir sind eine grosse Gemeinde, wir sind die grösste Gemeinde und wollen schauen, dass wir eine Schule werden. Wir müssen schauen, dass wir eine großartige Schule sind, wir sind eine großartige Schule aber vielleicht noch nicht die super, super, großartige Schule. Wir sind auf dem besten Weg dazu. Dankeschön vielmals.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Dieser Bericht, der zum Schulrat vorliegt, entspricht dem, was ich gestern gesagt habe. Er ist substantiell aus meiner Sicht, fair und sehr sachgerecht. Christina, du hast, glaube ich, ein Kapitel übergangen. Das mit den Empfehlungen und Forderungen für den Gemeinderat. Ich habe nämlich den Satz dort nicht verstanden „Fokus auf die Führung von bereichsübergreifenden Projekten, um Bereichsegoismen zu überwinden“. Ich wäre froh, wenn du das noch nachliefern würdest. Nun, ich möchte eigentlich gerne etwas sagen, grundsätzlich aus Aussensicht, nicht jetzt in Bezug auf die Gemeinde Allschwil und den Schulrat, wie er hier funktioniert und die Schulleitungen und wie das Zusammenspiel hier konkret ist. Aus Aussensicht erlaube ich mir zu sagen, dass der Schulrat, wie er im Kanton Basel-Landschaft installiert ist, grundsätzlich, nicht eine gute Konstruktion ist. Das möchte ich gerne aus Aussensicht sagen. Und zwar ist das nicht nur in Bezug auf grosse Gemeinden, sondern meine Erfahrung ist die, dass mit anderen Gemeinden, in welchen ich diesem Thema begegnete, dass der Schulrat, wie er im Kanton Basel-Landschaft eingerichtet ist, eine Schönwetterkonstruktion ist. Wenn es gut läuft und es keine Probleme gibt, ist es gut. Wenn es Probleme gibt, ist diese Konstruktion mit diesen vielen Kompetenzen und Zuständigkeiten und Unklarheiten, die nicht nur in Allschwil bestehen, eine Überforderung für alle. In Basel-Stadt haben wir den Schulrat als Begleitgremium eingesetzt. Da waren nicht alle begeistert. Dafür haben wir die Schulleitungen in Basel-Stadt in ihrer Kompetenz und Verantwortung gestärkt und handlungsfähig ausgestattet. Das ist eine mögliche Variante. Eine andere mögliche Variante ist die, welche es in anderen Kantonen gibt. Nämlich, dass man den Schulrat eindeutig mit Kompetenzen ausstattet und stärkt und handlungsfähig macht. Die Schulleitung ist dann quasi eine Angestellte des Schulrats. Das ist auch eine Möglichkeit. Was Basel-Landschaft aber leider hat, ist weder Fisch noch Vogel. Ich versuchte, Julia Gosteli zu motivieren, einen Vorstoss im Landrat zu machen, was zu einer Überarbeitung der Schulratskonstruktion im Kanton Basel-Landschaft führt. Ich würde es begrüßen, wenn ein Landrat von Allschwil - ich glaube eine Landrätin gibt es keine mehr - mitmachen würde. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn der Gemeinderat das in seine Arbeit aufnehmen würde. Nämlich Impulse geben, damit die gesamte Konstruktion, die, ich wiederhole, nicht klare Kompetenzen an sich regelt und nicht klare und ungünstige Handlungsfähigkeiten anlegt, aus Kantonssicht überarbeitet wird. Danke schön.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich möchte erst einmal Merci sagen für die Ausführungen von vorhin. Sie haben doch auch von der FDP-Fraktion gewisse Fragen geklärt, die noch im Raum standen. Ich denke, es ist sehr zielführend, dass in diesem Bericht und vor allem in dieser Powerpoint-Präsentation auch die Rückmeldungen der FHNW und des AVS drinstehen, damit man weiss, was haben sie überhaupt zu diesem Bericht gedacht und wie haben sie ihn verstanden. Nichtsdestotrotz möchte ich noch ein paar Anmerkungen, Feststellungen und was wir uns aus diesem ganzen Bericht erhoffen seitens FDP-Fraktion, erläutern. Gehen wir ganz an den Anfang. Wir wissen, die Auslöser, das waren die Abgänge bei den Schulleitern. Wir haben uns einfach auch grundsätzlich plakativ die einfache Frage gestellt. Es wurde nie gefragt: die ehemaligen Schulleiter, die auch gekündet haben, wieso genau sind sie gegangen? Also eigentlich sind Annahmen und Sachen, Hypothesen in den Raum gestellt worden, was hätte dazu führen können, wieso sind sie gegangen. Das ist etwas, was wir im Fragekatalog ein wenig vermisst haben. Uns ist schon klar, ihr habt das gemeinsam mit der FHNW erarbeitet. Es ist nicht so, dass es aus eurem Bauch kam, und ihr euch irgendeinmal die Frage gestellt habt, was könnten wir überhaupt in diesem Fragenkatalog fragen. Es wäre vielleicht schön gewesen, wenn man hier die Hypothesen gehabt hätte, die dann schlussendlich als Annahmen dahinterstecken, welche uns in dem Bericht aufgezeigt hätten, wieso wir überhaupt diese Fragen gestellt haben. Das war uns einfach beim Durchlesen etwas unklar. Es wäre schön gewesen, hätte man weiter zurückverfolgen können, welche Hypothesen und Annahmen hatte man in diesem Fragenkatalog dahinter. Ansonsten ist dieser Bericht ausführlich geschrieben. Es ist alles klar, fundiert aufgelistet, wann haben welche Gespräche stattgefunden. Aber das haben wir ein wenig vermisst. Nun, ich glaube das ist der wichtigste Punkt: Was erhofft sich die FDP-Fraktion von diesem Bericht? Wir haben sehr viele Empfehlungen und Forderungen, aber wir glauben auch, gewisse Empfehlungen und Forderungen sind relativ offen formuliert. Sie lassen auch einen gewissen Interpretationsspielraum zu. Das kann zum Teil gut sein. Es gibt schlussendlich auch jenem, der es umsetzen muss, viele Möglichkeiten, wie er das schlussendlich machen wird. Aber es kann auch dazu führen, dass vielleicht nicht genau das dabei rauskommt, was man sich eigentlich mit diesem Bericht erhofft hatte. Deshalb würden wir es sehr begrüßen, wenn eine enge Zusammenarbeit wirklich mit dieser Subkommission in dieser Übergangsphase mit dem Gemeinderat, also in der dreimonatigen Frist, stattfindet. Ich glaube, diese Subkommission ist das Expertengremium, welches effektiv all diese Dinge geprüft hat und ein fundiertes

Wissen hat. Ich meine, wir sehen das schon nur in diesem Dossier, das vor uns liegt. Da gibt es noch sehr viel Background-Infos. Ich glaube es wäre sehr hilfreich, wenn wirklich eigentlich diese Subkommission sagen würde, hey, wenn ihr Fragen habt, kommt zu uns, unsere Türen sind offen. Nicht, dass schlussendlich dann irgendein Ergebnis kommt, welches schliesslich für niemanden das Ziel erreicht. Ich glaube, für uns alle hier im Raum ist es klar, wir haben alle dasselbe Ziel, wir wollen eine Primarschule, die funktioniert und Freude macht, wenn man sieht, wie sie in unserer Gemeinde gedeiht. Merci vielmals.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Herr Präsident. Ich würde gerne zwei Sachen beantworten. Vor allem das von Ueli Keller, der sagte, wegen des Landrats. Das ist schon lange im Landrat. Da waren wir auch schon im Workshop. Das wird schon länger diskutiert, wie der Schulrat neu aufgestellt wird. Das ist mittlerweile ein Workshop. Herr Münch und ich durften auch schon Antworten geben. Besser gesagt sogar auch ich war schon im Landrat und hatte es in der Bildungskommission. Wie du weisst, politisch ist man aber nicht immer sehr schnell. Wird sicher aber in der nächsten Legislatur, also nicht in dieser, die jetzt kommt, sondern in der übernächsten wird es Änderungen geben. Es liegen drei Vorschläge vor, kommt aber alles auch noch in den Landrat selbst, plus - es wird eine Volksabstimmung geben. Das ist aber im Gange. Das kann ich dir bestätigen. Da gebe ich dir, wir sind nicht Fisch und nicht Vogel, da hast du völlig Recht. Das Zweite ist, ich danke gleich hier. Der FDP möchte ich Danke schön sagen. Es ist das, was ich ebenfalls vermisst habe. Im Prinzip ging es genau um diese Frage, „Weshalb haben wir keine Schulleitung oder weshalb hat Allschwil so viele Wechsel?“. Ich möchte das kurz betonen. Die Kündigungen unserer Schulleitung ist, wie Christian geschrieben hat, eine war eine Pensionierung, einem hat es in Allschwil nicht gefallen wegen des Konstrukts Gesamtschulleiter. Dann gab es solche, die eine neue Herausforderung wollten, zwei gingen aus der Schulleitung, weil sie sagten, das ist nicht unser Beruf. Einer hat den Kanton gewechselt, weil Basel-Landschaft einer der schlechtesten Zahler ist. Das muss man auch sehen. Auch hier kann ich sagen, der Landrat ist auch dabei. Der Stellenprozent der Schulleitung wird neu angeschaut. Ich möchte nur schnell ein Beispiel machen, damit ihr mal seht, was ein Schulleiter im Gymnasium, in der Oberstufe und in der Primarstufe verdient. Das sind Welten. Der Schulleiter, der in der Primarstufe am meisten zu tun hat, behauptete ich, nun wirklich am meisten zu tun hat mit Elterngesprächen, mit schwierigen Sachen und, und, und, was der Gymnasialschulleiter nicht mehr zu tun hat, er hat keine solche Elterngespräche mehr. Es ist wahnsinnig, wie dies im Kanton hinterlegt ist. Das ist aber auch im Gange. Ging mir zu wenig schnell und habe dies auch schon dem Landrat als Vorstoss eingegeben. Das ist auch ein Nachteil für uns als Primarstufe, weshalb wir weniger Schulleiter haben. Wir haben nun die Schulleitung, die wir gesucht haben. Über die zwei, die wir für unsere Gemeinde gewinnen konnten, bin ich wirklich sehr froh. Wir haben grossartige Leute gewonnen, aber es hätte Leute gehabt, die wir auch gerne angestellt hätten. Als die hörten, was sie verdienen, haben sie gemeint, nein danke. Dies ist mit Sicherheit ein grösseres Problem. Hat aber nichts mit der Gemeinde Allschwil zu tun, sondern mit dem ganzen Lohnstufenprinzip des Kantons. Das wollte ich noch sagen. Ich hoffe, dass das jetzt ziemlich schnell durchkommt und unsere Schulleiter auch einen richtig guten Lohn erhalten, für das, was sie leisten.

Christian Stocker Arnet, GPSK-SRP: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich beantworte noch schnell ein paar Dinge beantworten. Zuerst danke ich Ueli. Ich habe nämlich gedacht, als Pascale erzählt hat, irgendetwas ging vergessen. Es ging unter, weil sie dann vom Globalbudget gesprochen hat. Das ist auch eine Empfehlung, die die GPK auch macht. Ich hole nun noch schnell das nach, ab der Folie, die ich übersprungen habe. Da geht es eben um die Klärung zwischen Schule und Gemeinderat, dass das ganz wichtig ist. Man kann es trotzdem klären, wie man zusammenarbeiten möchte, auch wenn das in der Verordnung vielleicht etwas diffus ist. Wir denken, das würde sicher zur Entspannung wesentlich beitragen, und dass man schauen soll, dass auf Kantonsebene diese Verordnung dementsprechend Einfluss nimmt, dass das angepasst wird. Dem Gemeinderat möchten wir einfach empfehlen, dass eine Arbeitsgruppe oder Projektteams oder Kommissionen, die im Zusammenhang mit der Schule gebildet werden, wirklich präzise beauftragt werden, was sie machen sollen. Der Fokus auf die Führung der bereichsübergreifenden Projekte und der Abbau der Bereichsegoismen: Das haben wir ebenfalls festgestellt, diese Bereiche funktionieren als Bereich sehr gut. Aber für eine Zusammenarbeit, aus den Antworten heraus hat man das festgestellt, knistert es im Gebälk. Da muss man hinschauen. Wir haben auch gesagt, der Gesamtschulleiter muss weit reichende, operative Führungs- und Finanzkompetenzen erhalten, sonst kann er die Schule nicht führen. Wir sehen eigentlich als Vorschlag, dass man ein Globalbudget macht. Dann muss man sich nicht durchs Jahr mit irgendwelchen kleinen Beträgen viel Zeit versäumen. Dies war noch zur Folie.

Betreffend der ehemaligen Schulleiter: Ich habe mit verschiedenen gesprochen, bevor die Interpellation der FDP kam, weil es mich auch Wunder nahm, mich interessierte die Schule eigentlich immer, auch meine Kinder gingen in diese Schule. Ich habe Bestimmte angerufen und gefragt, bevor wir überhaupt mit dieser Untersuchung begonnen haben, was in etwa Sache ist. Wir haben uns immer wieder während der

ganzen Arbeit auf das Wesentliche fokussieren müssen. Wir mussten X Mal sagen, nein, das können wir jetzt nicht noch anschauen. Wir hatten eine Deadline, Ende Legislatur. Wir wollten den Bericht über die Legislatur hinausnehmen. Wenn man nun sagt, es sei nicht klar, wieso die Schulleiter gewechselt haben, dann sage ich es jetzt einfach noch einmal fürs Protokoll. Das Fehlen von klaren Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten war vor allem der Auslöser, dass es einfach schwierig war, hier zu arbeiten. Wenn es nicht geregelt ist, dann macht jeder nach bestem Wissen und Gewissen. So kann man auch viel diskutieren, wer hat denn nun Recht. Deshalb ist es gut, wenn man mal zusammensitzt und sich überlegt, wie will man zusammenarbeiten und das dann auch niederschreibt.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Herr Stocker Arnet. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich Sie bitten, zum Punkt zu kommen. Denn wir haben noch drei andere Themen, die wir zwingend heute behandeln müssen. Auch bitte ich die nachfolgenden Redner sich kurz zu fassen.

Christian Stocker Arnet, GPSK-SRP: Jawohl, und ich möchte eben auch vielleicht noch sagen, das ist ein guter Hinweis, Danke. Wir haben auch gesagt, man hat nun drei Monate Zeit, in der man es ausarbeiten kann. Das ist uns wichtig. Also es kommt dann noch einmal, deshalb bitte ich euch auch, den beiden Anträgen zuzustimmen. Dann haben wir auch die koordinierte Sichtweise des Gemeinderates, Schulrats und der Schulleitung, und können zu diesem Zeitpunkt diskutieren. Wir haben dem Gemeinderat bereits geschrieben, dass wir bereit sind. Aber erst später, es bringt jetzt nichts, in dieser Konstellation das aufzugleisen, also wenn die neue Legislatur angefangen hat.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank für diesen GPK-Bericht, diesen ausführlichen Bericht, muss ich sagen. Auch vielen Dank für die gute, neutrale Zusammenfassung, Präsentation heute Abend. Ich will nicht allzu lange in der Vergangenheit wühlen, denn rumgewühlt wurde genug. Auch im Schulrat der Primarstufe wurden eindeutige Führungsmankos festgestellt. Das schliesst nahtlos an gestern an, da habe ich auch gesagt, dass die Führungsfähigkeit schlussendlich entscheidet über Erfolg und Versagen eines Unternehmens, einer Gemeinde wie auch des Personals. Stichwort Fluktuation. Wenn Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung nicht definiert sind, wenn keine Grundlagen, Stellenbeschriebe, Prozesse, Pflichtenhefte usw. nicht bestehen, ist ganz einfach ein effektives Arbeiten nicht möglich. Grundsätzliches Arbeiten von der Basis heraus nicht möglich. Die SVP-Fraktion ist froh, dass die Mankos aufgedeckt wurden und dass in naher Zukunft unser Schulrat mit neuen Kräften diese Herausforderungen annehmen darf, kann und muss. Nochmals vielen Dank für diesen Bericht, wir werden ihn zur Kenntnis nehmen. Danke schön.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich darf das Wort für die CVP-Fraktion übernehmen. Die CVP-Fraktion verdankt dieser Subkommission der GPK ihre grossartige Arbeit und vor allem auch ihre zeitintensive Arbeit. Speziell möchten wir verdanken und positiv hervorheben, dass die neue Struktur sehr vertrauensbildend ist, was gerade auch im Lichte der Vergangenheit sicher heute wichtig ist, und dass durchaus eine Chance besteht, dass alle wichtigen, beteiligten Ebenen in einer koordinierten Entwicklung zusammenkommen. Wir sehen dem Ganzen sehr positiv und optimistisch entgegen. Danke schön vielmals.

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Guten Abend. Ich bin nun heute Abend zum letzten Mal hier und werde am Montag zum letzten Mal im Schulrat sein. Ich durfte die letzten vier Jahre in dieser Behörde, dem Schulrat, dabei sein. Ich habe dort wesentlich mehr gesprochen als hier. Ich konnte es mitverfolgen und möchte heute Abend ausdrücklich Frau Uccella ein Kränzlein winden. Das ist eine großartige Führungsarbeit, die sie gemacht hat. Also das war wie auf einem Schiffchen im Sturm, sie hielt das Steuer in der Hand und leitete die wesentlichen Entscheide zusammen mit uns, aber wesentlich sie, ein. Die Umstrukturierung, die wesentlich zur verbesserten Qualität, die nun zu beobachten ist, führte, hatte sie eingeleitet. Wir hatten das Glück, dass wir Herrn Münch als Gesamtschulleiter gefunden haben. Sie war bei allem wesentlich beteiligt. Ich möchte ihr an dieser Stelle ausdrücklich dafür danken und für die Erfahrungen, die ich in diesen vier Jahren machen durfte. Ich sehe eigentlich sehr positiv in die Zukunft. Es ist eine großartige Schule. Wir haben Lehrkräfte, die alles geben. Ich bin überzeugt, dass das auch bei dieser Untersuchung, die man gemacht hat, resultieren wird. Ich möchte Sie alle positiv einstimmen. An der Basis läuft die Arbeit. Die Lehrkräfte sind da, es gibt wenig Wechsel. Es wird sehr problematisiert und alles ein bisschen auf der anderen Ebene von Zusammenarbeit von Gemeinde usw., ich möchte das nicht weiter ausführen. Es lag nicht an Frau Uccella, im Gegenteil. Dafür will ich ihr danken. Danke schön.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ganz einfach mal Merci. Merci für das Papier, Merci all jenen, die daran mitgearbeitet haben. Ob als Zugpferd oder ein bisschen mit Vorsicht. Ich begreife das. Wir haben eine riesige Kiste vor uns. Nicht nur das Papier, sondern der Körper Schule ist enorm gewachsen. Die Herausforderungen für alle Leute sind sehr, sehr gross. Ich habe noch zwei, drei Dinge aus dem Papier

herausgepickt. Es wird der Ruf der Schule Allschwil angesprochen. Meine Damen und Herren, ich habe nun eine Handvoll Jahrzehnte mit der Schule zu tun. Bereits in den 80er, 90er-Jahren als Praxislehrer und als Prüfungsexperte hiess es, was, in Allschwil? Geht's noch? Ob es Studenten waren von der Uni oder Seminaristinnen oder Seminaristen von Basel oder Liestal her. Weshalb genau das so war, haben wir nie herausgefunden. Nach dem Grund haben auch Marc Arnold, Erich Braun, Roland Hilfiker und andere gesucht. Irgendetwas hat die Leute an unserer Gemeinde, an unserer Schule gestört. Aufgeführt ist bei der Schulleitung Erich Braun als regulärer Rücktritt. Ich möchte mal sagen, der Erich Braun ist ein Löwe mit Jahrgang 50, hat mit mir und Felix Dreier zusammen begonnen Schule zu geben. Er ist mit 60 gegangen. Ich würde sagen, Frühpensionierung, er mochte nicht mehr. Also acht Jahre, acht Rücktritte, acht, die weg von der pädagogischen Fläche sind. Enorm, finde ich.

Ich habe mir noch kurz ein wenig Gedanken zu dieser Schule gemacht. Vor drei, vier Jahren hatten wir einen riesigen Schub mit diesem Schulhaus hier. Anfangs 70er-Jahre hatten wir einen grossen Schub mit dem Schulzentrum mit Hallenbad, welches anno 1974 eröffnete. Ich habe ein bisschen nachgeschaut. Wir hatten damals 17'300 Einwohner. Heute haben wir 20'300. Ca. 4'000 mehr. Ich bin erschrocken, ich dachte, es seien viel mehr Leute. Dann habe ich mir gleichwohl überlegt, wie viel ist das, 4'000 Einwohner. Das ist einfach drei Mal Schönenbuch, wurden wir in dieser Zeit grösser. Wenn ich die Schule betrachte und mit Martin ein wenig Bedauern habe, hatten wir damals einen Rektor, Roland Hilfiker, einen Konrektor, Theo Mauch, Bürokratie eine Person. Wir hatten eine Lehrerkonferenz im Bettenacker, in einem Schulzimmer mit Klavier und Döggelkasten. Bei mir. Es haben dort alle von der Lehrerschaft inkl. Realschule, die noch zur Gemeindeschule gehörte und heute Niveau A ist, Platz gehabt. Die Gemeinde ist um einen Fünftel grösser geworden. Die Schule, die pädagogische Begleitung, ist x-fach grösser. Diese Kiste ist wirklich, wirklich gross. Wir sind nicht biodynamisch gewachsen, sondern ich würde sagen, bedarfsdynamisch. Wir sind gewachsen aufgrund von Vorgaben, Gegebenheiten, Erwartungen. Dies hat uns immer wieder vorwärtsgetrieben. Die Klassen wurden kleiner, ILF, Begabtenförderung kamen zur Schule hinzu, es ist immer mehr gekommen. Wir brauchten Personal, Mitarbeiter.

Das Papier, das wir nun vor uns haben, ist wie eine ganz klare Standortbestimmung und ein ganz wichtiges Standortwissen. Ich hoffe, dass alle Beteiligten, die an dieser weiterarbeiten, nicht nur die Schulleitung und der Schulrat, auch die Bauverwaltung oder die Verwaltung allgemein, das ist der Gemeinderat, mit diesem Papier im Austausch bleiben, ihre Erfahrungen, die sie jetzt gemacht haben, einbringen. Diese Schule braucht Raum. Diese Schule braucht, insbesondere jetzt, mit allem was wir haben, also die Schulleitung wurde angesprochen, wir haben eine komplette Schulleitung mit einem breit abgestützten Fachwissen, wir haben einen neuen Schulrat, einen neuen Gemeinderat nachher. Ich bitte alle wirklich, gebt der Schule Platz, gebt ihr Ruhe. Nur wenn wir ein bisschen Ruhe haben hier, gibt es auch Frei- und Spielräume für die pädagogische Arbeit. Diese ist sehr wichtig. Das wünsche ich mir in Zukunft, eine Schule, die von allen hier getragen wird. Danke schön vielmals.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, sehr verehrte Anwesende. Ich bin nicht immer gleicher Meinung wie Ueli Keller, aber das, was er über den Schulrat resp. über sein Empfinden, was der Schulrat für ein Konstrukt ist, gesagt hat, entspricht fast zu 100 % auch meinem Empfinden. Der Schulrat, wie er im Kanton Basel-Landschaft aufgestellt ist, ist ein schwieriges Konstrukt. Ob es nun nur ein Schönwetter-Konstrukt ist, würde ich mal stehen lassen. Aber es ist wie gesagt ein schwieriges Konstrukt. Weil einfach viele unklare Kompetenzen, Zuständigkeiten herrschen. Das vor allem im Zusammenspiel zwischen der Gemeinde und auf der anderen Seite der Schule. Genau das führen dann zu diesen Themen, die im Bericht GPK angesprochen wurden. Nämlich nach einer Suche nach Regelungen für die Schnittstellen. Schnittstellen zwischen Gemeinde und Schule. Das kann natürlich, wie gesagt, so eine Schnittstellenfindung oder solche Regeln für die Schnittstellen nur im Zusammenspiel zwischen Gemeinde, sprich Gemeinderat und Schulrat, geschehen. Einer allein kann das nicht machen. Weil dieses Konstrukt so schwer zu verstehen ist, liegt es sehr wahrscheinlich auch daran, warum diese Empfehlungen und Forderungen, vor allem jene, die an den Gemeinderat und an die Gemeindeverwaltung gerichtet sind, auch nicht ganz so einfach zu verstehen sind. Damit Ihre Erwartungen gleich an die weiteren Arbeiten, die hier aufgeworfen wurden von der GPK im Zusammenhang mit diesen Empfehlungen und Forderungen am Schluss auch erfüllt werden können, möchte ich doch noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Als Erstes kurz ein Wort zur Forderung im Zusammenhang mit dem EVA-Projekt. Ich glaube, diese Antwort kennen Sie. Das EVA-Projekt wurde mehrfach hier präsentiert und daraus konnte man deutlich sehen, es betraf nur die Verwaltungsseite, nämlich die Seite der Gemeinde, und nicht die Seite der Schule. Deshalb liegt es fast auf der Hand, dass das eigentlich nichts mit der Schule zu tun hat. Der zweite Punkt, bei dem die GPK vom Gemeinderat fordert, dass Arbeitsgruppen, Projektteams, Kommissionen etc., welche die Funktionsfähigkeit der Primarstufe betreffen, klarer zu instruieren und deutlicher zu beauftragen sind, ist einer dieser Punkte, die ich anfangs angesprochen habe. Das kann der Gemeinderat selbstverständlich nur zusammen mit dem Schulrat machen, allein können wir das nicht tun. Die Forderung, dass der Gesamtschulleiter

Führungskompetenzen vom Gemeinderat erhalten soll, auch das geht nicht. Der Gemeinderat kann dem Gesamtschulleiter keine Führungskompetenzen geben, ihn mit diesen ausstatten. Das sind zwei Konstrukte, die Gemeinde mit dem Gemeinderat auf der einen Seite und die Schule mit dem Schulrat auf der anderen Seite. Ähnlich ist es mit den Finanzkompetenzen. Ein anderes Thema, man soll dem Gemeinderat, oder es wird dem Gemeinderat empfohlen, Stichentscheide zwischen Schulrat und Gemeindepräsidium präzise zu formalisieren. Ich weiss nicht, was man darunter verstehen soll. Es gibt keine Stichentscheidsthematik zwischen Schulratspräsidium und Gemeinderatspräsidium. Beides sind eigenständige Behörden und können in diesem Sinne eigenständig ihre Stichentscheidsthematik regeln. Nicht mit diesen beiden zusammen, das geht gar nicht.

Der nächste Punkt, den ich noch kurz aufgreifen möchte. Es wird gefordert, dass die Bereichsleitung BEK ein laufendes Controlling von allen Umsetzungsschritten durchführt und darüber dem Einwohnerrat halbjährlich berichten soll. Diese Forderung ist auch schwierig zu verstehen. Wie gesagt, das BEK hat nichts mit der Schule zu tun. Das BEK ist ein Teil, ist ein Bereich der Verwaltung und die Schule ist die Schule, die nebenan in diesem Sinne steht. Das BEK kann kein Controlling gegenüber dem Schulleiter oder gegenüber der Schule ausüben. Wie gesagt, der Gemeinderat erachtet es trotzdem als sehr wichtig, vor allem, dass wir wirklich einen Schritt weiterkommen, dass wir ein gemeinsames Verständnis über diese Empfehlungen und Forderungen erarbeiten. Auch hier wieder gemeinsam, denke ich, der Gemeinderat zusammen mit der GPK. Nur dann, denke ich, kommen wir auch einen Schritt weiter und können vielleicht auch verstehen, was wirklich genau gewünscht ist, wo noch Klärungsbedarf besteht und wo der Gemeinderat Handlungsbedarf haben müsste aus der Sicht der GPK. Wenn wir das dann haben, dieses gemeinsame Verständnis, dann können wir selbstverständlich auch die Stellungnahme zu diesem Bericht abgeben. Dies, denke ich, aus Sicht des Gemeinderats, selbstverständlich auch in Vertretung der Gemeindeverwaltung. Vielen Dank.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4449 abgeschlossen sind. Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die Anträge der GPK, Seite 30 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt den vorliegenden Bericht „Schulrat Primarstufe“ der Geschäftsprüfungskommission mitsamt seinen Ergebnissen, Empfehlungen und Forderungen zur Kenntnis.

://:

Dieser wird einstimmig mit 3 Enthaltungen angenommen.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat innert dreier Monate nach Einwohnerratsbeschluss eine Stellungnahme zu den Empfehlungen und Forderungen des Berichts abzugeben.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig mit 3 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung über dieses Geschäft. Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Das Geschäft wird einstimmig mit 3 Enthaltungen als Ganzes abgeschlossen.

Besten Dank, ich übergebe das Wort jetzt wieder an Florian Spiegel.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Zum weiteren Ablauf kurz, damit wir uns gleichermassen verstehen. Der Bericht brauchte Platz und hat auch Platz benötigt, das ist sicher auch richtig. Damit wir uns trotzdem darüber einig sind, dass wir heute 20.30 Uhr sicher nicht einhalten werden können, hat damit zu tun, dass a) sicher die Rechnung erledigt werden muss, wie auch das Büro bis und mit Traktandum 8 vorgesehen hat, wo es um die Altersstrategie geht, was Roman Klauser ausarbeiten durfte. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn er heute an seiner Sitzung auch noch die Gelegenheit dazu erhält, sie zu beantworten. Dann gibt es noch das Info-Fenster des Gemeinderats und es gibt Fraktionen, die jetzt schon Verabschiedungen angemeldet haben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal bitten, sich bei den Voten kurz und inhaltlich auf das Thema gerichtet zu fassen, so dass es dann doch nicht all zu spät wird. Wir fahren weiter mit Traktandum 5.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 10.4.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 22.4.2020 betreffend Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS), 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4447 / A

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage das Parlament an, ob neue Aspekte vorliegen. Da hat sich schon vorangemeldet der Kommissionspräsident der Bildung und Kultur-Kommission, Henry Vogt.

Henry Vogt, Präsident KBKGS: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will mich beim Einwohnerrat für das Vertrauen in die 1. Lesung und für die 2. Chance bedanken. In diesem Vertrag steckt sehr, sehr viel Arbeit von sehr, sehr vielen Leuten. Zwischen der 1. und der 2. Lesung tauchten noch ein, zwei Punkte auf, die noch Klärungsbedarf zeigen. Ich spreche jetzt vor allem die Anträge von Matthias Häuptli an. Wir haben sie alle schon erhalten. Leider konnte ich diese Anträge nicht mit der Kommission besprechen. Diese Anträge kamen vorgestern Nachmittag rein. Trotzdem will ich versuchen, darauf einzugehen. Für die nächsten Anträge haben die Kommissionen grundsätzlich, so etwas muss doch gewisse Vorlaufzeit haben. Ich hoffe, dass wir sie ein paar Tage vorher erhalten. Matthias Häuptli spricht zwei grundsätzliche, wichtige Themen an. Ich verstehe auch in diesem Sinne sein „Bauchweh“. Wenn ich es so verstanden habe, handelt es sich im Wesentlichen um zwei Punkte, die Einstimmigkeit und den Abschluss der Leistungsvereinbarungen durch die Delegiertenversammlung, also den Verlust von jeglicher Mitbestimmung des Einwohnerrats. Er bezeichnet die Einstimmigkeit eigentlich als höchst unklug. Kein Unternehmen und keine politische Behörde funktionieren so. Ich bin da anderer Meinung. Wenn so etwas in einem Unternehmen nicht funktioniert, kann es trotzdem bei einer Gemeinde eine komplett andere Dynamik annehmen. In diesem Punkt sind alle drei Parteien dann gezwungen, gemeinsam die bestmögliche Lösung für alle drei Gemeinden zu finden. Das nenne ich Zusammenarbeit. Wir dürfen nicht vergessen, dass alle drei Gemeinden das genau auf diese Art wollten, und alle drei Gemeinden waren damit einverstanden. Was bei der Einstimmigkeit wichtig ist zu wissen, dass die Einstimmigkeit nur bei den allerwichtigsten Punkten verlangt wird. Das ist auch richtig so. Genau bei diesen Punkten, muss eine Einstimmigkeit von allen drei Gemeinden gegeben sein. Das wäre beim Versorgungskonzept, beim Abschluss des Zusammenarbeitsvertrags mit anderen Versorgungsregionen und genau beim Abschluss dieser Leistungsvereinbarungen. Alle anderen „einfachen Entscheidungen“ unterliegen dem Mehrheitsprinzip.

Zum Abschluss der Leistungsvereinbarungen darf man eigentlich nicht vergessen, eine Leistungsvereinbarung ist ein operatives Geschäft zwischen der Gemeindeverwaltung und der Leistungserbringer. Inwiefern wir politisch darauf Einfluss haben sollten, ist fraglich und wohl eine Meinungssache. Gemäss Matthias Häuptli verliert der Einwohnerrat mit diesem Vertrag jeden Einfluss auf Leistungen, Tarife, Standort und Kosten der ambulanten und stationären Pflege. Stimmt, aber nur zum Teil. Im Vertrag, es steht so drin, wird die Genehmigung durch die Gemeinden beschlossen. Das wurde bewusst so formuliert, damit jede Gemeinde selbst beschliessen kann, wie sie mit dieser Aufgabe intern umgehen will. So kann das der Gemeinderat sein, es kann aber auch der Einwohnerrat sein. Das liegt klar bei der Gemeinde. Es kann auch sein, dass der Gemeinderat sagt, wir überlassen das dem Einwohnerrat. Dann ist die Sache noch klarer. Würden wir die Genehmigungen durch den Einwohnerrat und die Gemeindeversammlung von Schönenbuch beschliessen lassen, dann kann es geschätzte sechs bis zwölf Monate gehen oder noch länger, pro Beschluss, bis alle drei Gemeinden die Unterschriften auf einem Papier haben. Das wäre ein riesiger Bremsklotz am Bein der Versorgungsregion. Dass wir grundsätzlich alles aus der Hand geben, ist auch einfach falsch. Wir haben als Einwohnerrat verschiedene Möglichkeiten, diese Aufgabe zu steuern. Wir können den Vertrag ändern. Spätestens nach vier Jahren. Wir können mit Vorstössen Einfluss auf den Gemeinderat, damit allenfalls der Gemeinderat gewisse Änderungen in die Wege leitet. Wir können auch Reglementsänderungen vornehmen und genau diese Punkte schlussendlich vom Einwohnerrat genehmigen lassen. Wäre eine Aufgabe, die man z.B. der Kommission übergeben könnte, damit man dies überprüft, und somit auch zu dem Punkt zurückgehen könnte. Ich will nur als Beispiel erwähnen: Binningen hat beschlossen, dass sie die Delegierten durch den Einwohnerrat wählen lassen. Das haben sie auch nicht über diesen Vertrag gemacht, sie beschliessen das intern in der Gemeinde. Ich bitte euch, die Anträge von Matthias Häuptli nicht anzunehmen und dem Vertrag auch in der 2. Lesung zuzustimmen. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Dadurch, dass neue Aspekte vorliegen ist somit auch die zweite, allgemeine Beratung eröffnet.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zunächst einmal festhalten, es sind nicht meine Anträge, sondern es sind Anträge der Fraktion EVP/GLP/Grüne. Zweitens. Es ist mir bewusst, dass wir in der 2. Lesung sind. Aber das, was der Kommissionspräsident nun angesprochen hat, diese Themen, die hätten im Bericht thematisiert sein sollen. Dann wären wir jetzt nicht bei der 2. Lesung dabei, darüber zu diskutieren. Zu den Anträgen im Einzelnen werde ich sie dann begründen, wenn sie aufliegen, wenn wir in der Beratung des Vertrags im Detail sind. Danke schön.

Roman Klauser, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich war auch erstaunt, als ich diese Anträge gesehen habe, dass sie so kurzfristig gekommen sind. Ich habe dann aber erfahren, dass in Binningen praktisch in gleicher Form Anträge gestellt wurden. Ich habe gemerkt, dass ein gewisses System dahintersteckt. Wenn man eines dieser Dinge irgendwo ändern will, dann stellt man drei Sachen zur Diskussion stellen, damit es eine Diskussion gibt. Dann aber den ersten Antrag, den man rausnehmen will, versucht durchzubringen. Ich bin etwas enttäuscht über die Art dieser Arbeit. Bis der Vertrag in dieser Form vorlag, brauchte es so viel Arbeit und so viele Leute, die daran gearbeitet haben, und er wurde vom Rechtsdienst des Kantons genehmigt, er war bei unserem Rechtsdienst. Wir machen nichts Unrechtes. Es wird in keiner Form die Gefahr, dass der Einwohnerrat bei gewissen Dingen nichts mehr sagen könnte. Es gibt strategische Geschäfte und es gibt operative Geschäfte. Das muss man versuchen zu trennen. Deshalb möchte ich den Antrag stellen, den Vertrag in dieser Form, so wie wir ihn haben, zu genehmigen. Danke.

Florian Spiegel, Präsident: Keine Wortmeldungen mehr? Somit kommen wir zur 2. Lesung des Vertrags über die Versorgungsregion Allschwil - Binningen - Schönenbuch. Ich bitte den 2. Vizepräsidenten zum paragrafenweisen Aufrufen.

I. Allgemeine Bestimmungen

keine Wortmeldung

§ 1 Gemeinsame Versorgungsregion Alter

keine Wortmeldung

§ 2 Ausführende Vereinbarung

keine Wortmeldung

II. Delegiertenversammlung

§ 3 Zusammensetzung und Bestellung

keine Wortmeldung

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte bitten, diese Anträge aufzulegen. Kann man es eventuell ein wenig heranzoomen, man muss noch nicht alle sehen, denn es sind verschiedene Anträge.

Florian Spiegel, Präsident: Kurze Verständigungsfrage. Wir im Büro haben alle Anträge in Papierform aufgelegt. Ist es so, dass auch der Rest des Rats sie aufliegend hat? Also, jeder hat das auf dem Tisch. Von daher geht das auch ohne weit einzuzoomen. Herzlichen Dank.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Okay, Danke schön. Also, wie gesagt. Es ist mir bewusst, dass das spät und unglücklich ist, wenn man in der 2. Lesung mit Anträgen kommt, gerade bei so einem gemeinsamen Geschäft. Es hat sich halt ergeben, dass wir erst in unserer Fraktionssitzung darauf kamen, dass es Punkte gibt, die vielleicht wichtig genug sind, dass man sie noch einmal anschaut. Wichtig genug, meinen wir auch, um das Risiko einzugehen, dass das ganze Geschäft dann eine Verzögerung erfährt, vielleicht noch einmal in eine Schlaufe kommt und vielleicht erst auf Anfang 2021 operativ wird. Es gilt das Prinzip besser spät als nie. Der § 4, das ist der Zentrale dieses Vertragswerks, der die Aufgaben und Kompetenzen der Delegiertenversammlung regelt. Die Delegiertenversammlung ist eigentlich das Organ, das eigentlich in dieser Versorgungsregion der drei Gemeinden entscheidet. Wir müssen uns hier wirklich bewusst sein, wenn wir diesem Vertrag in dieser Form, wie er vorliegt, zustimmen, gehen die Kompetenzen, die wir bis anhin als Einwohnerrat haben, in den Fragen der Pflege, der ambulanten Pflege Spitex und der stationären Pflege in den Heimen, auf die Delegiertenversammlung über. D.h. der Einwohnerrat hat in diesen Bereichen nichts mehr zu sagen. Nichts zu den Leistungen, nichts zu den Tarifen, nichts zu den Standorten und nichts zu den Pflegekosten. Das sind alles Themen, welche die Delegiertenversammlung beschliessen wird, und zwar abschliessend.

Ich habe gestern in der Debatte zu einem anderen Traktandum zwei Voten notiert. Sie sind in einem anderen Zusammenhang gefallen, aber sie haben auch hier Gültigkeit. Etienne Winter fragte: „Wie können wir uns als Einwohnerrat noch einbringen und Einfluss nehmen?“, und Henry Vogt sagte: „Führungsfähigkeit entscheidet über Erfolg und Versagen eines Unternehmens.“ Genau darum geht es hier. Genau der zweite Punkt ist angesprochen im 1. Antrag, den wir stellen zu § 4, nämlich, dass der Abschluss und Kündigung von Leistungsvereinbarungen gemäss § 21 APG verschoben wird aus dem Abs. 3, in dem die Geschäfte drin sind, die einstimmig beschlossen werden müssen, in Abs. 2, in dem die Geschäfte sind, für die die Delegiertenversammlung sonst zuständig ist und mit Mehrheitsentscheid fällt. Warum das? Die Versorgungsregion muss handlungsfähig gegenüber den Leistungserbringern sein, insbesondere dann, wenn es darum geht, laufende Verträge neu auszuhandeln. Mit dem Einstimmigkeitsprinzip ist diese Handlungsfähigkeit nicht gewährleistet. Es wurde schon zuvor gesagt, es ist schon eine spezielle Sache, wenn man in so einem Führungsgremium Einstimmigkeit verlangt. Einstimmigkeit von diesen Personen, die dort drin sind. Wir können uns überlegen, würden wir einen Gemeinderat mit so einem Prinzip ausstatten, dass jeder das Veto einlegen kann und ein Geschäft blockieren kann. Oder ein Schulrat, oder ein Verwaltungsrat eines Unternehmens. Ich glaube, das wäre höchst unklug. Wieso kam diese Bestimmung überhaupt rein? Man hat sich offenbar überlegt, dass man nicht will, dass eine einzelne Gemeinde überstimmt wird. Okay, das ist nachvollziehbar. Das glaube ich, ist auch richtig, dass man das nicht macht. Aber es ist nicht das richtige Mittel, wenn man dann den einzelnen Delegierten als Person ein Vetorecht gibt. Wenn wir betrachten, wie diese Delegiertenversammlung zusammengesetzt ist, dann sind das sechs Personen und drei davon sind ex officio Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden. Das ist okay, die werden die Interessen der Gemeinde so vertreten, wie das im Gemeinderat beschlossen wurde. Da habe ich keine Mühe damit. Dann haben wir aber weitere drei Personen, die gewählt werden. Das ist auch keine schlechte Sache. Aber diese weiteren Delegierten, die haben in diesem Sinne keine politische Verantwortung, sondern die werden dort als Privatpersonen gewählt. Sie sollen dort nach bestem Wissen und Gewissen das mitentscheiden, was sie für richtig halten. Das ist an und für sich eine gute Sache. Es kann jedoch nicht sein, dass dann jeder einzelne von ihnen die Geschäfte der Versorgungsregion blockieren kann. Das ist ein Risiko, das man eingeht. Man muss sich vorstellen, wenn irgendeiner, der in dieses Gremium gewählt wird, sich nachher als Querschläger entpuppt, der sich nicht richtig einbinden lässt - das weiss man manchmal nicht im Voraus. Es kann sich auch jemand entwickeln oder es sich erst im Amt herausstellen, dass jemand etwas schwierig ist, dann kann dieser die Versorgungsregion lahmlegen. Das andere ist, es gibt auch eine gewisse Dynamik, wenn einmal jeder merkt, dass er dort eine Machtposition hat. Dann sagt der Erste, ich stimme dieser Leistungsvereinbarung nur zu, wenn das Pflegepersonal noch eine Gratifikation erhält. Dann kommt der Zweite und sagt, ja, ich habe auch noch ein Anliegen, mir passt die Führung von jenem Heim nicht, da muss was geschehen, das ist meine Bedingung, dass ich zustimme. Der Dritte sagt, ja, ich habe auch noch ein Anliegen. So kommt es zum Wunschkonzert und der gemeinsame Nenner ist am Schluss nicht mehr das, was die drei Gemeinden eigentlich möchten, sondern das, was die drei Gemeinden plus drei Einzelpersonen möchten und für das Wichtigste halten. Diesem Risiko müssen wir uns bewusst sein. Das ist real. Das ist nicht irgendeine Erfindung, sondern das sind Dynamiken, die sich so abspielen. Es wurde gesagt, ja, wir haben noch Kommissionen und Vorstösse, und wir können nötigenfalls den Vertrag auch wieder ändern. Wenn wir den Vertrag ändern wollen, dann braucht es wieder die Zustimmung von all diesen Delegierten, weil auch dort wieder dasselbe Einstimmigkeitsprinzip gilt. Das kann doch nicht funktionieren! Deshalb unser Antrag, mindestens in diesem Bereich, bei dem gesagt wurde, er ist operativ, der Leistungsvereinbarung, welche die zentralen Instrumente der Versorgungsregion sind, dort soll nicht das Einstimmigkeitsprinzip gelten,

sondern dort soll mit Mehrheit entschieden werden. Unser weiterer Antrag ist aber dann in diesem Zusammenhang in Abs. 6, dass die Gemeinden, nicht die einzelnen Gemeindedelegierten, sondern eben die Gemeinden, sprich der Einwohnerrat, wenn etwas in die Kompetenz des Einwohnerrates fällt, das wird bei den Leistungsvereinbarungen grundsätzlich so sein, diese Genehmigung dann halt noch eingeholt werden muss. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich würde jetzt, obwohl das alles Anträge zu einem Paragrafen sind, trotzdem für jeden Absatz einzeln durchgehen. Vielleicht gibt es Leute, die beim einen oder anderen zustimmen wollen. Wenn der Absatz 2, also das erste Abstimmen nicht angenommen wird, dann ... Herr Häuptli:

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Noch einmal nur zum Sagen. Es sind separate Anträge. Ich möchte eigentlich die anderen Anträge auch noch begründen. Das ist jetzt der erste Antrag zu Abs. 2 lit. k und Abs. 3 lit. b. Zu Abs. 5 und Abs. 6 werde ich dann noch separat kommen, weil diese habe ich noch nicht begründet. Ich möchte es beliebt machen, sonst würde ich gerne dazu auch noch etwas sagen.

Florian Spiegel, Präsident: Habe ich ja gerade zuvor gesagt, dass wir einzeln abstimmen. Ich bitte Sie einfach bei den Anträgen kurz zu bleiben. Dann stimmen wir nun ab über den Abs. 2 lit. k. Wer diesen so abändern möchte, wie der Antrag von Herr Häuptli gestellt ist, soll dies jetzt mit Karte bezeugen.

Wir müssen die Abstimmung wiederholen. Ich bitte für die Verzögerung um Entschuldigung.

://:

Sie haben den Antrag der Kommission mit 17 Stimmen zu 9 Stimmen Antrag Herr Häuptli bei 5 Enthaltungen angenommen und sind somit der Kommission gefolgt.

Ich gehe davon aus, Herr Häuptli, damit hat sich Abs. 3 erledigt?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Richtig, der Antrag zu Abs. 3 ist zurückgezogen.

Florian Spiegel, Präsident: Wir kommen zu Abs. 5, ich gebe Ihnen dazu noch einmal das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will mich nicht allzu lange fassen, weil ich sehe, wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Ich führe sie darauf zurück, dass man eigentlich einfach dieses Geschäft durchbringen möchte. Der Antrag ist, dass das Budget und Rechnung der Vertragsgemeinden in 30 Tagen ab Beschlussfassung zugestellt werden. Das steht bereits im Vertragstext. Was aber hinzukäme, nach dem Antrag, dass die Versorgungskonzepte und Leistungsvereinbarungen vor Beschlussfassung noch einer öffentlichen Vernehmlassung unterliegen. Wir denken, dass dies Geschäfte sind, die wichtig genug sind, um nicht einfach im stillen Kämmerlein zwischen der Delegiertenversammlung und den Gemeinden, sprich den Gemeinderäten, die dafür zuständig wären oder sie zur Vernehmlassung nach dem Vertragstext, beschlossen zu werden. Sondern das sollte wirklich eine öffentliche Vernehmlassung sein. Denn das Versorgungskonzept, wo, welche Leistungen erbracht werden und in welcher Form, ist sicher etwas, wofür es eine öffentliche Diskussion in der Versorgungsregion braucht. Daher denken wir, dass eine Vernehmlassung angezeigt wäre. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident KBKGS: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich sage nicht, Matthias Häuptli, dass ihr Unrecht habt. Das hat was. Ich muss sagen, ich verstehe es ja auch. Aber es führen mehrere Wege nach Rom. Wir können das hier nicht reinnehmen, weil es auch die anderen zwei Gemeinden betrifft. Weil die anderen zwei Gemeinden es nicht machen können. Schönenbuch kann gar nicht in dieser Grössenordnung mitspielen. Wir haben aber, oder du hast die Möglichkeit, wieder durch eine Reglementsänderung genau gleich für Allschwil, für uns zum Ziel zu kommen. Wir wollen nun nicht in diesem Vertrag, die anderen Gemeinden auch in diesen Bereich zwingen. Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Es ist heute auch nicht schon so, dass wir das Budget und die Rechnung des Alterszentrums am Bachgraben im Einwohnerrat genehmigen. Sondern das Budget und die Abrechnung des Alterszentrums am Bachgraben wird dem Gemeinderat vorgelegt. Der Gemeinderat resp. die Verantwortlichen auf der Verwaltung schauen es kritisch an, mit der Leistungsvereinbarung vergleichen und überprüfen und anschliessend das Budget dem Stiftungsrat frei geben. Ich kann diesem Antrag, den du gestellt hast, nicht folgen.

Florian Spiegel, Präsident: Ich stelle keine Wortmeldungen mehr fest. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Herr Häuptli zum Abs. 5. Wer den Antrag von Herr Häuptli unterstützen möchte, soll das bitte jetzt mit Karte bezeugen.

://:

Sie sind beim Antrag der Kommission geblieben mit 23 Stimmen für die Kommission, 6 Stimmen für den Antrag von Herrn Häuptli bei 3 Enthaltungen.

Wir kommen zu Abs. 6, Herr Häuptli, Sie haben noch einmal das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön Herr Präsident. Es geht hier um die eigentliche Kompetenz der Leistungsvereinbarungen. Leistungsvereinbarungen, wird zwar gesagt, aus Sicht der Versorgungsregion ist das quasi etwas Operatives, weil es von der gemachten Strategie abgeleitet ist. In der Konstruktion des Gesetzes, also des APG, ist es an und für sich das zentrale Instrument, mit welchem die Versorgungsregion operiert. § 22 des APG sagt, was in diesen Leistungsvereinbarungen geregelt wird. Das sind Art, Umfang und Abgeltung der Leistungen, die Genehmigung der Tarife, welche den Bezügerinnen und Bezüger der Leistungen verrechnet werden, Qualitätsanforderungen, Qualitätskontrollstelle, die Mitwirkung, die Information und die Aufsicht der Gemeinden und Versorgungsregionen und dann noch Sanktionen bei Nichteinhaltung. Was wichtig ist: In der Leistungsvereinbarung steht, bei den stationären Pflegeeinrichtungen denn auch, ab welchem Pflegebedarf, also ab welcher Pflegestufe, die Aufnahme in der Regel möglich ist, also die Abgrenzung zwischen den stationären und ambulanten Angeboten. Ich habe in der Diskussion schon gehört, in diesen Leistungsvereinbarungen, die es nun gibt, stehe eigentlich gar nichts Interessantes drin. Das mag zum Teil in den Bestehenden so sein, sicher nicht durchwegs. In jenen, die man gemäss APG machen muss und wird in der Versorgungsregion machen müssen, werden genau diese Dinge drinstehen müssen, weil das Gesetz es nun so verlangt. Es sind eigentlich die zentralen Fragen, was wird eigentlich im Bereich der Pflege getan und wie viel kostet es. Wie viel kostet es die Gemeinde, wie viel kostet es den einzelnen Bezüger solcher Leistungen? Das steht dann in den Leistungsvereinbarungen drin. Die haben wir bis jetzt hier genehmigen können, weil es ein Inhalt ist, bei dem das Gemeindegesetz dazu sagt, es ist reglements wesentlich, sprich, wenn es nicht in einem Vertrag geregelt wäre, also in der Leistungsvereinbarung, dann müsste man so etwas in ein Reglement schreiben. Daran, dass es quasi reglements wesentlich ist, ändert sich eigentlich auch nichts, indem man eine Versorgungsregion bildet. Das demokratische Recht, welches wir als Einwohnerrat durch Genehmigung mitbestimmen könnten, müsste man auch wahren, wenn man eine Versorgungsregion macht. Das ist in diesem Vertrag nicht berücksichtigt. Es wird einfach auf die Stufen der Gemeindedelegierten gehoben, ohne dass es dafür eigentlich auch eine rechtliche Grundlage gäbe. Es gibt keine demokratische Legitimation dafür, dass abschliessend entschieden wird. Deshalb beantragen wir einen neuen Abs. 6, der bestimmt, dass die Leistungsvereinbarungen gemäss § 21 APG der Genehmigung durch die Gemeinden unterliegen, nach den Bestimmungen der §§ 47 und 115 des Gemeindegesetzes. Das sind die Paragraphen, die bestimmen, was vor eine Gemeindeversammlung gehört und was vor den Einwohnerrat. Danke schön.

Roman Klausner, Gemeinderat: Ich möchte doch dazu noch etwas sagen. Ich kenne die verschiedensten Leistungsvereinbarungen. Ich weiss auch, wie es beim Alters- und Pflegezentrum in Allschwil aussieht. Wir reden dort nicht über Pflegestufen, man darf nur dann und hier. Wir haben vom Kanton andere Vorgaben, an die sich das APG halten muss. Man muss versuchen, was man auseinandersetzt. Die Leistungsvereinbarung sagt klar, wir kaufen eine Leistung der Spitex ein, wir kaufen eine Leistung des Alterszentrums ein zu diesen und jenen Konditionen, und das müssen wir tun. Es ist das, was die Leistungsvereinbarung sagt. Der Pflegeauftrag ist ganz woanders gelöst, hier sagt das APG, wie wir was tun müssen. Daher ist für mich dieser Abs. 6 so nicht nachvollziehbar. Sie können dann nie irgendwann einmal mit einem vorhandenen Player zusammensitzen und etwas aushandeln und schauen, wo es hingeht. Dazu benötigen Sie zwei Jahre, und dann ist alles wieder überholt. Lassen Sie diese Leute erst einmal arbeiten und haben Sie zu den Gewählten ein gewisses Vertrauen, dass sie alle dasselbe Ziel, wie alle Gemeinden haben, eine Versorgungsregion zu machen, in der wir die Aufgabe „Alter“ richtig zu organisieren, dass die Leute gut umsorgt und gepflegt sind. Das ist die Aufgabe. Es geht nicht um Links gegen Rechts oder dieser gegen jenen, sondern sie haben alle eine Aufgabe und den Willen, dort hinzukommen. Deshalb möchte ich den Abs. 6 in dieser Form. Ich hätte Mühe, wenn er nur angenommen würde. Danke schön.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Jetzt haben wir die ungünstige Situation, wie immer, wenn es um legale Dinge geht, die eine Seite sagt und die andere Seite sagt. Ich würde es begrüßen, wenn unser Rechtsdienst vielleicht auch noch ein Wort dazu sagen könnte. Wir haben zwar gehört, es ist alles vorab

schon abgesehen, aber es wäre für uns doch noch bevor wir einen Entscheid treffen interessant, ob der Rechtsdienst dazu eine Meinung äussern könnte. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Wir haben uns kurz abgesprochen. Das Büro müsste es bestimmen, ob Rudolf Spinnler dazu Auskunft gibt oder nicht. Er ist der Meinung, dass es so, wie es da liegt, rechtlich in Ordnung ist. Ich bin aber der Meinung, dass wir ihm nun hier nicht vor versammelter Mannschaft eine Auslegung dieser ganzen Thematik machen lassen. Das ist Arbeit, die vorgängig passieren muss, die auch unsere Ratsarbeit beinhaltet. Er sagt, in der rechtlichen Form hat es die Gemeinde angeschaut und es hält in dieser Form Stand. Aus diesem Grund schlage ich vor, dass wir mit der Abstimmung weiterfahren. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wer Abs. 6 neu wie von Herrn Hüppli formuliert unterstützen möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben den Antrag so stehen lassen, besser gesagt Abs. 6 neu nicht aufgenommen bei 25 Stimmen dagegen, 7 Stimmen haben den Antrag von Herrn Hüppli unterstützt und 4 Einwohnerrätinnen oder Einwohnerräte haben sich enthalten.

Somit sind alle Anträge durch, und wir fahren mit der 2. Lesung des Reglements paragraphenweise weiter.

§ 5 Einberufung und Beschlussfassung

keine Wortmeldung

III. Informations- und Beratungsstelle (Fachstelle Alter)

§ 6 Leitgemeinde

keine Wortmeldung

§ 7 Leitung

keine Wortmeldung

§ 8 Aufgaben der Fachstelle Alter

keine Wortmeldung

§ 9 Stellen

keine Wortmeldung

§ 10 Anstellung

keine Wortmeldung

§ 11 Personal

keine Wortmeldung

§ 12 Ausgabenzuständigkeit

keine Wortmeldung

IV. Kontrolle

§ 13 Rechnungs- und Geschäftsprüfung

keine Wortmeldung

§ 14 Grundsätze

keine Wortmeldung

§ 15 Räumlichkeiten

keine Wortmeldung

§ 16 Kosten

keine Wortmeldung

§ 17 Investitionen

keine Wortmeldung

§ 18 Einnahmen

keine Wortmeldung

§ 19 Budget, Jahresrechnung und Jahresbericht

keine Wortmeldung

§ 20 Streiterledigung

keine Wortmeldung

V. Schlussbestimmungen

§ 21 Inkrafttreten und Dauer

keine Wortmeldung

§ 22 Abschluss, Genehmigung, Kündigung

keine Wortmeldung

Florian Spiegel, Präsident: Somit wäre die paragrafenweise Beratung fertig. Wir stellen fest, dass das Geschäft 4447/A somit besprochen ist und kommen zum Antrag des Gemeinderates auf Seite 6 des Berichts des Gemeinderates:

1. Der Einwohnerrat genehmigt den Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil - Binningen - Schönenbuch (ABS) zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil, Binningen und Schönenbuch.

://:

Sie haben diesem Antrag grossmehrheitlich mit 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

://:

Sie haben dieses Geschäft ebenfalls grossmehrheitlich mit 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen als Gesamtes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 18.3.2020, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 7.5.2020 betreffend der Jahresrechnung 2019
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4486 / A

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Somit hat für die Ausführungen Franz Vogt das Wort.

Franz Vogt, Gemeinderat: Besten Dank, ich versuche gleich noch die Präsentation aufzuschalten. Welchen Knopf drücken? Okay. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrter Gemeinderat. Ich möchte Sie alle herzlich zur Präsentation der Rechnung 2019 begrüßen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert: Nach einem kurzen Überblick werde ich auf die Sondereffekte der Rechnung eingehen. Im Anschluss werde ich Ihnen die wichtigsten Abweichungen zum Budget anhand der Artengliederung aufzeigen, bevor ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zur Bilanz und zur Investitionsrechnung erläutere. Beenden werde ich meine Präsentation mit eigenen Worten zur Verschuldung sowie mit einem Fazit.

Die Gemeinde Allschwil schliesst das Geschäftsjahr 2019 mit einem Ertragsüberschuss von 350'101 Franken ab. Dieses Ergebnis berücksichtigt eine freiwillige Einlage in die finanzpolitische Reserve von 33,5 Mio. Franken. Nettoinvestitionen belaufen sich auf 5'783'337 Franken und sind damit wesentlich unterhalb des budgetierten Betrags von 15'286'500 Franken. Kommen wir zu den Sondereffekten, die das Ergebnis massgeblich beeinflusst haben.

Finanzpolitische Reserve: Ab dem Rechnungsjahr 2019 dürfen finanzpolitische Reserven gebildet werden. Mit der finanzpolitischen Reserve soll die finanzpolitische Steuerung der Gemeinde erleichtert werden, d.h. es soll in guten Zeiten eine finanzielle Reserve gebildet werden können, von welcher man in schlechten Zeiten zehren kann.

Mehrbelastung Finanzausgleich: Aufgrund der guten Steuererträge im Vorjahr, d.h. 2018, fiel die Belastung aus dem Finanzausgleich entsprechend höher aus. Dies hat zu Mehraufwendungen von ca. 3 Mio. Franken geführt.

Nettoauflösung der Pensionskassenrückstellung: Das Vorsorgewerk „Kanton“ bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse wies per 31. Dezember 2018 eine Unterdeckung aus. Die Finanz- und Kirchendirektion hat mittels Zahlung Ende 2018 und anfangs 2019 diese Unterdeckung bereits beglichen. Die Gemeinde Allschwil musste sich im Umfang von 2,9 Mio. daran beteiligen. Gleichzeitig konnte das Vorsorgewerk bei der BLPK für das Betriebs- und Verwaltungspersonal aufgrund der guten Performance die Unterdeckung beseitigen. Entsprechend konnte die Gemeinde Allschwil die per 31. Dezember 2018 bilanzierte Rückstellung vollumfänglich auflösen. Netto betrachtet hat dies einen positiven Effekt auf die Rechnung der Gemeinde von 3,7 Mio. Franken.

Aufwertung Wegmattenareal: Im Berichtsjahr wurde der Quartierplan Wohnen Wegmatten und damit die Umzonung rechtskräftig. Dies hatte eine nicht-liquiditätswirksame Aufwertung im Umfang von 16 Mio. Franken zur Folge. Gemäss HRM2 erfolgte diese Auswertung nach der Ertragswertmethode.

Vorjahressteuererträge: Auch im Berichtsjahr 2019 konnten wesentliche Steuererträge aus den Vorjahren realisiert werden. Diese stammen zu je ca. 4,7 Mio. von natürlichen und von juristischen Personen. Rückblickend war die Steuerabgrenzung im Jahr 2018 also zu tief. Betrachtet man die Steuererträge des

laufenden Jahres 2019 im Detail, ergibt sich folgendes Bild: Die Steuererträge des laufenden Jahres, also ohne die zuvor erwähnten Vorjahressteuererträge, fielen um 9'483'110 Franken höher aus als budgetiert. 2019 führten insbesondere die Ertragssteuern bei den juristischen Personen zu diesen Mehrerträgen. Diese können je nach Geschäftsergebnis der juristischen Personen stark schwanken. Für die Berechnung der Abgrenzungen in diesem Bereich wurden die Ertragserwartungen mit den ertragsstärksten Unternehmen abgestimmt. Diese decken ca. 90 % der verbuchten Steuererträge. Bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen wurde wesentlich tiefer als erwartet abgeschlossen. Auch gegenüber dem Vorjahr wurde ein Rückgang verzeichnet. Rückblickend betrachtet war die Annahme im Budget 2019 gefärbt durch das ausserordentlich starke Jahr 2017 sicherlich zu hoch.

Kommen wir zu den wichtigsten Abweichungen gegenüber dem Budget: Der Personalaufwand ist um 2,9 Mio. unter dem Budget 2019. Das ist im Wesentlichen auf die bereits erwähnte Nettoauflösung der PK-Rückstellung im Umfang von 3,7 Mio. zurück zu führen. Ohne diese Aufwandsminderung wäre der Personalaufwand 0,8 Mio. bzw. 1,9 % über dem Budget. Diese Mehrkosten sind hauptsächlich im Bereich des Lehrkörpers begründet. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind um 0,4 Mio. höher als budgetiert ausgefallen. Grund für diese Abweichung ist eine ausserordentliche Abschreibung gemäss Anweisung des Kantons in der Spezialfinanzierung Wasserversorgung. Ohne diese ausserplanmässige, ausserordentliche Abschreibung wäre der Aufwand genau auf Plan. Der Transferaufwand liegt mit 47,2 Mio. um 3,5 Mio. unter dem Budget. Der grösste Teil dieser Abweichung ist auf den horizontalen Finanzausgleich zurückzuführen. Aufgrund der sehr guten Steuereinnahmen im Jahr 2018 fiel der Finanzausgleich mit 11,3 Mio. Franken um 3 Mio. höher aus als budgetiert. Der ausserordentliche Aufwand ist vollständig auf die Einlage in die finanzpolitische Reserve im Umfang von 33,5 Mio. zurückzuführen.

Die Ertragsseite der Erfolgsrechnung nach Artengliederung weist im Vergleich zum Budget eine Abweichung von 35,4 Mio. Franken aus. Dieser Mehrertrag setzt sich wie folgt zusammen: Mehrerträge von 19,2 Mio. Franken bei den Fiskalerträgen sind massgeblich für den guten Abschluss verantwortlich. Wie schon erwähnt, sind die Steuererträge für das laufende Jahr um 9,4 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Insbesondere die Ertragssteuern bei den juristischen Personen führten zu diesen Mehrerträgen. Bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen wurde wesentlich tiefer als erwartet abgeschlossen. Aus den Vorjahressteuereinnahmen resultierten Mehreinnahmen im Umfang von 9,7 Mio. Der Finanzertrag fiel um 16 Mio. höher aus. Grund dafür ist die bereits erwähnte, nicht-liquiditätswirksame Aufwertung im Finanzvermögen im Zusammenhang mit dem Wegmattenareal.

Nun noch ein paar Worte zur Bilanz. Auf der Aktivseite zeigen sich folgende Werte gegenüber dem Vorjahr: Die Liquidität betrug per Jahresende 10,3 Mio. Das ist ein um 3,5 Mio. tieferer Bestand als im Vorjahr. Die Forderungen haben um 6,2 Mio. zugenommen. Hauptgrund dafür ist die Zunahme der Steuerforderungen. Auch die Zunahme der aktiven Rechnungsabgrenzungen ist auf die Zunahme der Steuern zurückzuführen. Die Zunahme bei den Sachanlagen im Finanzvermögen ist in der Aufwertung des Wegmattenwegs um 16 Mio. Franken begründet. Das Verwaltungsvermögen hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Das ist auf die geringe Investitionstätigkeit, welche durch die Abschreibungen kompensiert wurde, zurückzuführen. Auf der Passivseite stechen vor allem zwei Veränderungen ins Auge: Die Rückstellungen konnten aufgrund der Ausfinanzierung der PK wesentlich reduziert werden. Das Eigenkapital wurde aufgrund des guten Ergebnisses bzw. mit der Bildung der finanzpolitischen Reserve stark erhöht. Die kurz- und mittelfristigen Finanzverbindlichkeiten sind unverändert bei 15 Mio. bzw. 50 Mio. Somit beträgt die Höhe der Darlehen bei den Banken total 65 Mio. Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen: Die Finanzverbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 65 Mio. Franken. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs der nächsten Jahre ist nicht davon auszugehen, dass diese Verbindlichkeiten abgebaut werden können. Die langfristigen Darlehen belasten das Budget mit jährlichen Zinskosten von 615'000 Franken. Demgegenüber stehen, wie Sie in der vorhergehenden Folie entnehmen konnten, flüssige Mittel von lediglich 10,3 Mio. Franken. Ein behutsamer Umgang mit der Liquidität ist daher äusserst wichtig.

Zur Investitionsrechnung: Die Netto-Investitionen der Gemeinde Allschwil liegen mit 5'783'337 Franken für das Jahr 2019 deutlich unter dem Budget von 15'286'500. Von diesen 5,8 Mio. Franken Nettoinvestitionen entfallen rund 2,4 Mio. bzw. 42 % auf die Funktion Verkehr. Davon betreffen 0,9 Mio. die Arbeit am Hegenheimermattweg. 23 % bzw. 1,3 Mio. entfallen auf die Funktion Kultur, Sport, Freizeit und Kirche. Davon betreffen eine Million Franken die Ausführungsarbeiten am Wegmattenpark. Weitere 18 % bzw. eine Million ist in der Funktion Bildung investiert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Arbeiten im Schulzentrum Neuallschwil sowie die allgemeine Ausstattung von Klassenzimmern. Im Kapitel 22, Erläuterungen des Gemeinderats, werden die getätigten Investitionen nach der funktionalen Gliederung einzeln erläutert. Die Nettoverschuldung pro Einwohner wurde im Rat im Rahmen des Budgets 2020 umfassend besprochen. Die Nettoschuld in Franken pro Einwohner wird gemäss

kantonalem Richtwert in Bandbreiten bewertet. Bei einer Verschuldung von bis zu 600 Franken pro Einwohner spricht man von einer geringen Verschuldung. Zwischen 600 und 1'500 Franken von einer mittleren, zwischen 1'500 und 3'000 Franken von einer hohen und ab 3'000 Franken von einer sehr hohen Verschuldung. Die Einwohnergemeinde Allschwil konnte im Berichtsjahr die Nettoschuld in Franken pro Einwohner auf eine geringe Verschuldung reduzieren. Es ist aber festzuhalten, dass die Aussagekraft von dieser Finanzkennzahl beschränkt ist, weil die Nettoschuld je nach Verkehrswert des Finanzvermögens erheblich schwankt. Zudem ist vielmehr die Finanzkraft der Einwohner, und weniger die Anzahl derselben von Bedeutung.

Zum Schluss mein Fazit: Da das sehr gute Ergebnis im Berichtsjahr wesentlich von einmaligen Sondereffekten (Aufwertung des Finanzvermögens) und teilweise aufgrund der Steuervorlage 17 nicht nachhaltigen Steuererträgen realisiert wurde, wäre es jetzt falsch, die bisherige Ausgabendisziplin nicht beizubehalten. Auch dem Umstand, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen gegenüber dem Budget und Vorjahr tiefer ausgefallen sind, sollte Beachtung geschenkt werden, denn Allschwil hat überdurchschnittlich hohe Steuererträge von juristischen Personen. Bei juristischen Personen können die Steuererträge von Jahr zu Jahr aufgrund der Geschäftsergebnisse stark schwanken. Zudem werden aufgrund der bereits erfolgten Anpassungen im Jahr 2020 im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 wesentliche Mindererträge anfallen. Das Kostenwachstum im Bildungsbereich wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Die aktuelle Schulraumplanung geht von einem weiteren starken Wachstum und einem damit verbundenen Kostenanstieg aus. Sowohl bei der Schule als auch bei der schulergänzenden Betreuung. Im Gesundheitsbereich werden die Kosten in den nächsten Jahren aus demographischen Gründen weiter steigen. Es ist unklar, wie sich die Kostenentwicklung im Bereich der Sozialhilfe in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Aufgrund des Bevölkerungswachstums und der sich abzeichnenden Urbanisierung der Gemeinde Allschwil, ist von einem weiteren Kostenanstieg auszugehen. Ebenso ist feststellbar, dass sich die Gemeindeverwaltung aufgrund der zunehmenden Bedürfnisse der Bevölkerung einem stetigen Kostenwachstum im Personalbereich stellen muss. Für den Gemeinderat steht das Ziel eines mittel- und langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts unverändert im Zentrum seiner Finanzpolitik. Damit möchte ich meine Ausführungen schliessen und stehe Ihnen nun für Fragen gerne zur Verfügung.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Vor den Fragen hat aber noch für seine Ausführungen FIREKO-Präsident Mark Aellen das Wort.

Mark Aellen, FIREKO-Präsident: Danke Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Ich habe die kurze Fassung gewählt, ich hatte für heute zwei Fassungen vorbereitet und war mir schon fast sicher, dass ich nur die kurze Fassung brauche. Als FIREKO haben wir den Auftrag, die Rechnung zu prüfen und eventuell noch mit Bemerkungen zu versehen. Deshalb wiederholen wir den ganzen Bericht des Gemeinderates nicht noch einmal. Wir haben die Rechnung geprüft und haben keine wesentlichen Beanstandungen gefunden. Die FIREKO möchte an dieser Stelle einmal mehr der Verwaltung den Dank ausdrücken, dass sie die Finanzen, diese Buchhaltung so gut im Griff hat. Eine Anmerkung, den wir zum Bericht selbst haben, hat sich in der Diskussion ergeben, die wir über das Investitionsvolumen hatten. Wir haben es und die Konsequenzen relativ ausführlich dargelegt. Um es kurz zu machen, was bei den Kommentaren zu den Zahlen immer sehr schwierig ist, ist die Frage, was ist eigentlich das Ziel dieser Kommentar. Das Ziel des Kommentars für die FIREKO ist zu verstehen, weshalb es Differenzen gegeben hat. Wenn man dann in einem Kommentar einfach einen Statusbericht hat, würde das heissen, die FIREKO müsste sich jedes Projekt anschauen gehen und sagen, was war geplant, um zu wissen, weshalb man nun nicht so weit ist. Statusangaben in einem Kommentar sind nett, aber nicht zielrichtig. Insbesondere wenn der Gemeinderat dann auch meint, es steht ja eigentlich alles schon im Bericht, kommt man halt nicht weiter. Deshalb so eine schwerwiegende Aufstellung.

Ihr seht auch, dass die FIREKO sich vor allem bei der Investitionsrechnung aufgehalten hat. Sie hatte auch schon in den Jahren zuvor den Verdacht geäussert, dass wir in einen Investitionsstau hineinlaufen. Wir haben gehört, wir haben massiv unterboten, was das Budget uns eigentlich gab. Wenn man es etwas genauer betrachtet, sieht man, dass die 5 Mio., die ich im Bericht ausgewiesen habe, auf Verzögerungen zurückzuführen sind. Es ist kein Planungsverschulden, sondern durch die Abhängigkeit der Investitionen zu anderen Dingen gibt es Verzögerungen. Die viel erwähnte Schulraumplanung ist z.B. eine, sie trägt aber auch nur ca. 1,5 Mio. der Verzögerungen bei. Wir haben viele Dinge, die wir investieren sollten, und wir kommen nicht dazu. Ich finde es auch wichtig, der Verwaltung auch einmal das Lob auszusprechen, dass sie es auch fertigbringt, den goldenen Löffel, wie es so oft heisst, anzuwenden. Man machte in einer Investition doch immerhin massiv im Millionenbereich Einsparungen, weil man ein gutes Vergabungsergebnis hatte. Ich denke, das muss auch erwähnt werden. Was wir in der Investitionsrechnung nicht gefunden haben, ist, dass irgendetwas ausser einer Sache, wegen mangelndem Personal nicht durchgeführt wurde. Dies bringt uns auf den anderen Punkt. Die

Rückstellungen für das Personal stiegen wieder an, es gibt wieder mehr Überzeit, Gleitzeitkonten, die nicht abgebaut wurden. Wenn wir die allgemeinen Ausgaben betrachtet, blieb man aber eigentlich so im Budgetrahmen. Jetzt heisst das, was blieb denn nun auf der Strecke, wenn wir ständig hören, es ist das Personal, welches es ausbremst. Die Investitionen sind es also nicht. Wir waren eigentlich erfreut, dass es hiess, auch wenn es bei gewissen Darstellungen in letzter Zeit etwas abgeschwächt wurde, die Verwaltung effektiv im Sinn hat, eine langjährige Stellenplanung zu machen. Wir sind nach wie vor in der FIREKO überzeugt, dass es, auch wenn die langjährigen Pläne schwierig zu machen sind, auch wenn die langjährigen Pläne wahrscheinlich nicht eingehalten werden, trotzdem Sinn macht langjährig zu planen. Nur dann kann man einen Effekt abschätzen, wenn etwas schief läuft. Man ist besser darauf vorbereitet, wenn man es ändern kann. Das wäre zu diesem Punkt.

Dann haben wir noch eine weitere Anpassung für die Form des Berichts, die wir auch sehr begrüessen. Bislang war es so, dass Änderungen, also Abweichungen zum Budget in einer Grössenordnung von 20'000 bzw. 10 %, glaube ich, kommentiert werden mussten. Dies führte dazu, dass wir - ich habe die Zahl im Bericht, die mir eben entfallen ist - 209 Konten kommentieren mussten. 209 von 1'000 Konten, also ein Fünftel aller Konten müssen kommentiert werden. Wenn wir die Wesentlichkeit der Buchhaltung betrachtet, ist bei einem Umsatz von 139 Mio. eine Summe von 20'000 auf 200 Konten einfach nicht relevant. Aber man betreibt diesen Aufwand. Wenn man die Grenze auf 60'000 erhöht, was immer noch weit von der Wesentlichkeit weg ist, müssten nur noch 112 Konten angeschaut und genauer erklärt werden. Dies ist der neue Richtwert, der für die nächsten Berichte vorgegeben wird. Die FIREKO unterstützt diese Bewegung, denn in diesen Kommentaren zu ertrinken bringt niemandem etwas. Es regt eher noch Kommentare im Rat an, die nicht zielführend sind. Sie sind vielleicht wichtig für das individuelle Konto, aber fürs Ganze einfach nicht. Ich denke auch hier, wir müssen wirklich endlich hier beginnen, uns aus dem Operativen herauszuziehen. Wenn schon ein Ruf nach Gesamtbudgets kommt, dann wird dies noch viel wichtiger.

Kommen wir noch zur Schulraumplanung. Wie gesagt, das ist ein heikles und mühsames Thema. Es wird irgendwie nicht zu Ende gebracht. In diesem Zusammenhang haben wir noch einmal angeschaut, was sehen wir in der Geschichte. Wir sehen, wir wachsen nicht mehr so schlimm wie auch schon, im Moment stagnieren wir sogar. Diejenigen, die wirklich Steuern bezahlen, sind sogar rückläufig. Was nicht zurückging, ist die Anzahl Kinder, die hat zugenommen. Ich zähle nun unter 20-Jährige immer noch als Kinder, weil mir die Statistik keine anderen Zahlen gibt. Also alle 18- und 18+-Jährigen sollen das bitte nicht persönlich nehmen. Wenn man dann noch sieht, wie diese Altersgruppe sich entwickelt, ist es auch interessant, dass es scheinbar über die Vergangenheit der letzten paar Jahre so herauskommt, dass die einzelnen Altersgruppen nicht abnehmen, sondern es kommen einfach mehr Kinder pro Jahr hinzu. Das heisst, wir haben wirklich ein Problem am Hals, wenn das so weitergeht. Deshalb unterstütze ich das, was Franz Vogt sehr deutlich gesagt hat: 33 Mio. tönt nach viel, aber die werden uns schneller wegbrennen, als uns lieb ist, wenn wirklich noch einmal ein grösserer Schub kommt. Ein grösserer Schub ist sehr wahrscheinlich, denn wir bauen überall in Allschwil neue Wohnungen. Es ist vermutlich etwas, was uns noch beschäftigen wird. Damit schliesse ich. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank an FIREKO-Präsident Mark Aellen. Somit ist die allgemeine Rednerliste eröffnet.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Die Jahresrechnung 2019 - wir haben mit einem Gewinn von 350'000 abgeschlossen. Da sind alle ausserordentlichen Finanzeffekte berücksichtigt. Wir von der SP-Fraktion danken allen, die daran mitgewirkt haben. Unser Dank geht auch an die FIREKO und an die Firma BDO. Wieder eine Jahresrechnung mit Gewinn. Nun stellt sich doch die Frage, ob das in Zukunft weiter so läuft. Wohl eher nicht. Ich beziehe mich auf die Erläuterungen des Gemeinderats zuvor mündlich und auch im Bericht Seite 15 und von verschiedenen Konjunktexperten im Zusammenhang mit der Coronakrise und deren Folgen. Ich denke, dass der Gemeinderat richtigerweise auf einige Punkte hinweist. Die Steuererträge werden, wenn überhaupt, nicht im selben Mass zunehmen, wie wir das in der jüngeren Vergangenheit beobachten konnten. Die Tourismusbranche, die Logistikbranche und sehr wahrscheinlich auch der Detailhandel werden nicht mehr gleich florieren wie bis anhin. Andere Branchen werden dem Fiskus weniger Geld abliefern aufgrund der Steuervorlage 17. Da steht die Gemeinde vor einem ernsten Problem. Die Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen nicht mannigfaltig sind. Ein Ansatz wäre, zusammen mit anderen Kommunen auf die Regierung in Liestal zuzugehen, um sie von der Schwärmerei von Senkungen der Steuern für natürliche Personen abzuhalten. Das Kostenwachstum im Bildungsbereich wird nicht nur eine quantitative Herausforderung, sondern auch eine qualitative. Wir haben Stand heute in der Schweiz 156'000 Arbeitslose. Das ist eine Zunahme von 54 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Regionalen Arbeitsvermittlungstellen (RAV) hatten schon vor der Coronakrise Mühe mit der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Grund ist ein abfallendes Bildungsniveau. Hier sind wir zusammen mit dem Kanton gefordert. Die zu

erwartenden Mehrausgaben in der Sozialhilfe sind nicht nur wegen der Coronakrise traurigerweise schon fast selbstverständlich. Wir würden gut daran tun, wenn wir den Stellenetat auf den Sozialämtern erhöhen würden. Das würde die Chance auf Eingliederung verbessern. Im Gesundheitsbereich ist mit einer Kostenzunahme zu rechnen. Das sollte uns jedoch nicht nur Kopfzerbrechen bereiten, sondern auch ein wenig freuen. Wenn nämlich diese Kostenzunahmen aufgrund von deutlichen Lohnerhöhungen und mehr Stellen vor allem in den systemrelevanten Pflegeberufen gründen, würden wir einen Mehrwert im Gesundheitsbereich feststellen. Ich danke dem Gemeinderat für die deutlichen Worte, nicht nur auf Seite 15 des Berichts. Ich denke es wäre angebracht, noch deutlicher zu werden. Wenn wir, wie beabsichtigt, mittel- und langfristig den Finanzhaushalt ausgeglichen gestalten und kurzfristig nicht ins Schwimmen geraten möchten, müssen wir uns tatsächlich alle zusammenraufen und vor allem auch unsere Einnahmen schützen. Die Alternative sind Sparpakete, die sind volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Es wird nicht einfach sein, künftig dem Unkenruf der Wirtschaftsverbände, der Manager und der sog. Leitmedien keine Beachtung zu schenken. Aber wir sollten uns vor Augen führen, dass in den Gemeinden gelebt, gewohnt und gearbeitet wird. Mit einem Grundeinkommen, mit einer Mikrosteuer oder Vollgeldpolitik wäre es natürlich viel einfacher. Aber dazu sind wir offenbar noch nicht reif genug, was auch wieder eine Frage der Bildung ist. Besten Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Wir stellen keine weiteren Wortmeldungen fest. somit kommen wir zur abschnittswisen Beratung der Oberkonten. Der 2. Vizepräsident ruft diese auf und der 1. Vizepräsident stellt die Wortmeldungen fest.

0 ALLGEMEINE VERWALTUNG

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

keine Wortmeldung

2 Bildung

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

keine Wortmeldung

4 Gesundheit

keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit

keine Wortmeldung

6 Verkehr

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung

keine Wortmeldung

8 Volkswirtschaft

keine Wortmeldung

9 Finanzen und Steuern

keine

INVESTITIONSRECHNUNG

0 Allgemeine Verwaltung

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

keine Wortmeldung

2 Bildung

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

keine Wortmeldung

4 Gesundheit

keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit

keine Wortmeldung

6 Verkehr

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung

keine Wortmeldung

Florian Spiegel, Präsident: Es liegt kein weiteres Wortbegehren mehr vor. Aus diesem Grund stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4486/A somit abgeschlossen ist. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates auf Seite 16 des Berichts ab.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2019 wird genehmigt.

://:

Sie haben dieser Jahresrechnung somit einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Sie haben somit die Jahresrechnung als Ganzes abgeschlossen.

Florian Spiegel, Präsident: Wir kommen jetzt als Einschub wie gewünscht noch zum

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES.

Philippe Hoffmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke schön. Zur Abwechslung mal etwas anderes zwischendurch. Ich habe noch zwei, drei Sachen, worüber ich den Einwohnerrat gerne informieren möchte. Ich habe letztes Mal von der Frage gesprochen, was denn eigentlich mit unserer Petition gegen den Fluglärm passiert sei. Ich habe vom Regierungsrat eine Antwort erhalten. Das freut uns sehr. Weniger erfreulich ist das, was drinsteht. Ich möchte Sie nicht lange auf die Folter spanne. Ich stelle in Aussicht, dass wir diesen Brief den Einwohnerräten zustellen, Sie können ihn selbstverständlich auch selbst lesen und sehen, was alles drinsteht. Für mich und vor allem für die Verwaltung heisst das, dass wir diesen Brief sorgfältig anschauen, analysieren werden und überlegen, wie wir exakt darauf antworten können, und wie wir vorgehen werden mit den hier vorliegenden Antworten. Es ist klar, Isaac Reber schuldet uns so oder so noch einen Austausch, das hatte er uns mal in Aussicht gestellt. Wir werden das gleich als Aufhänger nehmen und dann die Sichtweise der Gemeinde Allschwil noch einmal deutsch und deutlich erklären. Wir sprechen in dieser Petition den Regierungsrat nämlich als Hoheitszeichen und nicht als Verwaltungsrat des Euro-Airports an. Der Regierungsrat ist die Aufsichtsbehörde und muss sich daher auch um den Schutz der Bevölkerung kümmern. Wir werden über Gebühr mit Lärm belastet und deshalb müssen wir den Regierungsrat in seine Pflicht nehmen. Das ist das Erste.

Zweitens geht es gleich noch einmal mit dem Flughafen weiter. Heute ging eine Medienmitteilung raus. Und zwar wird darin erzählt, der Flughafen stelle jetzt tatsächlich den Antrag, dass zwischen 23 Uhr und 24 Uhr keine Flüge mehr stattfinden sollen. Aber, auch das hat einen Haken, nämlich, man redet nur von den geplanten Starts, die nicht stattfinden sollen. Alles, was dem Verspätungsabbau dient, wird weiterhin zugelassen. Da unsere Lufträume masslos überlastet sind, werden also weiterhin zwischen 23 und 24 Uhr Flieger am Himmel sein. Wir werden also mit Argusaugen beobachten, was sich denn da am Himmel auch abspielt, was denn das geplante Planstartverbot auch wirklich bringen wird. Es wurde auch gesagt, etwas weniger deutlich zwar, aber trotzdem noch hier, dass diese ERNA-Verschiebung, die plötzlich im Süden lag, und nun die Flugspuren über dicht besiedeltes Gebiet von Allschwil führt, wieder zurück nach Norden verschoben werden soll, was als grossen Erfolg angepriesen wird. Das ist nichts anderes als recht und billig, das wurde einfach mit einem Trick, ich sage es mal neutral, durch einen Fehler halt nach Süden verschoben worden. Dummerweise haben wir das bemerkt, jetzt müssen sie es zurück korrigieren. Von Erfolg zu sprechen wäre etwas anderes. Soviel zum Flughafen.

Bleiben wir beim Lärm. Am 15. Juni beginnt die Intensivphase der Baslerstrasse. 13 Wochen lang wird dort wieder gebaut und es gibt einen Trammersatz. Wer sich genau informieren möchte, es gibt einen Flyer, der bei der Verwaltung am Empfang aufliegt. Details, Ansprechpersonen sind diesem zu entnehmen.

Drittens gibt es noch eine Meldung in Sachen Corona: Der RFS-Stab hat per 6.6. seinen Einsatz in Sachen Covid-19 beendet. Die Pandemieführung liegt ab sofort bei der Verwaltung. Es gibt aber weiterhin vom Stabschef immer einen Bericht an RFS-Ausschuss über die Lage, so dass wir immer informiert wären, falls wiederum weitere Schritte erfolgen müssten. Per 30.6. hat der RFS-Ausschuss eine Sitzung, dort werden wir uns zum ersten Mal mit dem Thema Corona näher auseinandersetzen können, mal analysieren, was alles in diesen Berichten stand und was passiert ist, und je nach Entscheid des Bundesrates am 24. Juni Schlüsse daraus ziehen können. Soviel von mir als Information. Danke schön fürs Zuhören.

Florian Spiegel, Präsident: Vielen Dank an Gemeinderat Philippe Hofmann. Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat zum Info-Fenster. Das scheint nicht der Fall zu sein.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 4.12.2019, betreffend
Kunstrasen Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4502

Florian Spiegel, Präsident: Für Ausführungen hat das Wort jetzt Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich werde Ihnen heute kurz erläutern, weshalb der Gemeinderat Ihnen vorschlägt, dieses Postulat vollständig entgegen zu nehmen und abzuschreiben. Kunstrasen im Brüel brauchen wir unbedingt. Dieser Kunstrasen ist nun 14 Jahre alt und wird turnusgemäss auch geplant ersetzt im Herbst 2020. Jetzt ist es so, dass, wie der Postulant erwähnte, es heute umweltfreundlichere Alternativen zum verfüllten Kunstrasen gibt, d.h. unverfüllten Kunstrasen. Wie der Namen schon sagt, ist ein unverfüllten Kunstrasen ohne Granulat und Sandfüllung möglich, setzt aber voraus, dass man eine neue Unterlage schafft. Diese Unterlage bei diesem unverfüllten Rasen haben wir nicht budgetiert. Deswegen hat der Gemeinderat beschlossen am 22. April, dass wir unser Budget überschreiten werden und neu einen unverfüllten Rasen einsetzen. Dieser unverfüllten Rasen wiederum hat den Umweltvorteil, dass es eben kein Granulat mehr gibt, das in die Umwelt getragen werden kann, und ist vom Benutzerkomfort her vergleichbar und kann bis zu höchsten Ligen gespielt werden. Wir liessen das auch von einem Experten begleiten, konnten es entsprechend ausschreiben, damit die Qualität gewährleistet ist. Die gute Nachricht, der unverfüllte Rasen wird über längere Zeit sogar günstiger sein, günstiger im Unterhalt und auch günstiger, wenn er dann in 15 Jahren erneut ersetzt werden muss, weil nur noch die oberste Schicht ausgewechselt werden muss und nicht wie jetzt im Herbst die untere und obere Schicht. Wir möchten Ihnen beliebt machen, dass Sie mit diesem Postulat nun zufrieden sind, weil wir es ja vollständig erfüllen würden. Besten Dank für das Vertrauen.

Florian Spiegel, Präsident: Ich danke Gemeinderat Robert Vogt. Ich frage den Einwohnerrat an, ob ein Gegenantrag vorliegt zum Vorgehen des Gemeinderats.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne den Antrag stellen Entgegennehmen und nicht abschreiben. Grund dafür ist, dass wir mit dem Gemeinderat abgemacht haben, dass bei Entgegennahme und abschreiben grundsätzlich wir vorinformiert werden, dass es eine Vorabklärung gibt, weshalb es so ist. Dies ist nicht geschehen. Ausserdem hätte ich auch gerne die Erklärung schriftlich, weshalb der Gemeinderat diese viertel Million mehr als die budgetierte halbe Million ausgibt. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Damit ist das ein Antrag, über den wir abstimmen. Ich stelle sie einander gegenüber. Ich frage den Rat an, wer möchte dem Gemeinderat folgen und entgegennehmen und abschreiben, der soll das jetzt mit Karte bezeugen, danach soll mit Karte bezeugen, wer das Postulat entgegennehmen und nicht abschreiben will, sprich stehen lassen will.

://:

Sie haben dieses Postulat mit 21 Stimmen gegen 12 Stimmen bei 1 Enthaltung entgegengenommen und abgeschrieben. Somit ist dieses Postulat erledigt und abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 6.5.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 22.1.2019, betreffend Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4358 / A

Florian Spiegel, Präsident: In der Rednerreihenfolge hat zuerst die antragstellende Person das Wort. Ich frage Andreas Bärtsch, ob er das Wort direkt möchte oder ob er zuerst dem Gemeinderat Roman Klauser das Wort überlässt.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Nein, ich möchte zuerst schnell das Wort ergreifen. Ich weiss nicht, wie es euch ergangen ist, aber mir ist beim Durchlesen des Berichts des Gemeinderats beim zweiten Satz die grosse Ernüchterung aufgekommen. Da steht, dass der Gemeinderat den zuständigen Bereich im Oktober 2018 beauftragt hat. Das nachdem der Einwohnerrat im Januar 2018 das Geschäft mit dem Auftrag, die strategische Planung im Alter bis im 4. Quartal dieses Jahres abzuschliessen und dem Einwohnerrat zu berichten. Der Gemeinderat hat also für eine einfache Beauftragung sage und schreibe zehn Monate benötigt. Aus meiner Sicht gibt es dafür vier mögliche Gründe. Der erste, die Standardantwort, zu wenige personelle Ressourcen. Aus meiner Sicht kann das dort nicht gelten. Die Aufgabenstellung war eigentlich bereits im Vorstoss klar formuliert. Die zweite Antwort, der Gemeinderat hat die Aufgabe nicht verstanden. Die dritte Antwort, der Gemeinderat möchte ein Zeichen setzen, dass solche Vorstösse mit Terminvorgaben ihm nicht passen. Die vierte Antwort, die Ansicht des Gemeinderates, dass die Strategie fürs Alter nicht so wichtig für Allschwil sei. Ich bin gespannt, was der Gemeinderat für eine Antwort hat. Weiter hat mich beim Durchlesen des Berichts irritiert, dass sich der Gemeinderat dazu entschieden hat, den Zeithorizont dieser Strategie auf vier Jahre zu kürzen, mit der Begründung, dass die Zukunft unsicher sei. Aufgrund der Funktion des Gemeinderates als strategisches Gremium degradiert der Gemeinderat die durchwegs sehr gute Auslegeordnung der Ist-Analyse zu einem Tätigkeitsbericht für die nächsten vier Jahre. Dass das Postulat so nicht beantwortet ist, und aus meiner Sicht nicht abgeschrieben werden kann, versteht sich von selbst. Jetzt bin ich gespannt, was für Antworten Gemeinderat Roman Klauser auf meine Fragen hat.

Roman Klauser, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich bin auch gespannt, was ich dir jetzt dazu sagen will. Nachdem wir das behandelt haben, und du gesagt hast, es sei keine richtige Antwort, haben wir diese Arbeit richtig gemacht. Wir sassen mit der Alterskommission mehrmals zusammen, wir machten einen Workshop, wir definierten mal, was ist mit dieser Strategie für Allschwil wichtig. Und zwar die Strategie, wie gehen wir auch in die jetzt vorher verabschiedete Alterskommission, in dieses neue Gebilde hinein. Wir machten diese Strategie und fragten uns, was ist für uns als Allschwil wichtig, was tun wir darin. Wenn du überall, wo du dabei bist, alle Strategien fixfertig hast bevor du beginnst, finde ich das sehr gut. Wir haben hier mit sehr vielen Komponenten, mit der Alterskommission sehr viel und lang diskutiert, wo es hingehen könnte. Wir haben das im Gemeinderat diskutiert, wir hatten die Strategiesitzung, bei der jeder einmal aussagte, was ihm für das Alter wichtig ist. Wenn man dann sieht, wie viele Lösungen und mögliche Ideen daraus entstanden sind und wir sie dann in eine Strategie einbinden, dann haben wir es, meine ich, aus meiner Sicht, sehr, sehr gut gemacht. Ich finde eigentlich, dieses Papier, so wie es hier ist, muss ich sagen, sehr gut. Es ist ein Arbeitspapier, mit dem jeder, der damit weiterarbeiten möchte, arbeiten kann. Darum verstehe ich eigentlich die Haltung von dir in keiner Form. Das ist nämlich die direkte Antwort.

Florian Spiegel, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Typische politische Antworten. Zwei einfache Fragen gestellt, keine Antwort erhalten. Jänu - wie dem auch sei, ich möchte ja nicht nur poltern. Ich finde das Verfahren, welches der Gemeinderat gewählt hat, ist zweckmässig, richtig gewählt und richtig durchgeführt. Sehr gut ausgearbeitet ist auch die Situationsanalyse, die durch Prof. Dr. Höflinger fundiert, umfassend und mit sehr guten Schlüssen erstellt wurde. Sämtliche wichtigen Bereiche wurden in der richtigen Tiefe durchleuchtet und man zog die richtigen Schlüsse. Wir haben hier eine gute Grundlage für eine Strategie. Doch kann ich nicht verstehen, für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass man bei den Gefahren, die bestehende und künftige Bettenknappheit nicht aufgenommen hat. Dass man eine gedeckelte EL-Obergrenze und die aktuelle

Abhängigkeit von Basel-Stadt, wo im Moment doch rund fast ein Drittel unserer Bewohnerinnen und Bewohnern in Heimen einquartiert sind, kann ich nicht verstehen, dass das nicht als Gefahr für unsere weitere Altersstrategie erkannt wird. Auch kann ich nicht verstehen, dass man das Führen und Ermitteln eines Normkostensatzes, so wie es nun eingeführt werden soll, mit direkten Vergleichsmöglichkeiten mit den anderen Heimen im ganzen Kanton nicht als Chance erkennt. Schlussendlich werden uns 18 Massnahmen präsentiert. 18 Massnahmen, für die der Gemeinderat - Entschuldigung, dass ich halt noch einmal böse werde - zwei Jahre gebraucht hat, um eine Strategie auszuarbeiten. 2 Jahre. Nun soll der Gemeinderat 18 Massnahmen zu dieser Strategie in vier Jahren umsetzen? Diese Massnahmen sind nicht einmal jemandem, der zuständig ist, zugeordnet. Es muss nicht personell sein, sie könnten dem Gemeinderat zugeordnet sein, dann ist es personell, aber es kann auch einem Bereich zugeordnet sein. So wird das vorliegende Papier zu einem toten Papier, verschwindet in einer Schublade. Noch einmal, die sehr gute Grundlagenarbeit, die geleistet wurde, ist futsch. Deshalb beantrage ich meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen, dieses Geschäft nicht abzuschreiben, sondern dem Gemeinderat eine zweite Chance zu geben, um eine Strategie für die nächsten zehn Jahre - in diesen ist die Zukunft sicher unsicher, ja da bin ich einverstanden, aber ich habe noch nie eine Zukunft gesehen, bei der man weiss, was passieren wird, eine Zukunft ist immer unsicher, zu machen, die den Namen auch verdient. Ich möchte mich schon jetzt für eure Unterstützung bedanken.

Roman Klausner, Gemeinderat: Ich muss doch ein bisschen etwas dazu sagen. Ich staune jetzt. Sie sind im Stiftungsrat des Alterszentrums. Sie wissen, was wir anfangs Jahr an Zahlen hatten. Wir hatten nicht dreissig und mehr Auswärtige. Wir kamen sogar an einen kritischen Punkt von fast Null. Ich spreche nun halt ein wenig aus dem Nähkästchen. Jetzt sind wir gerade knapp davor, dass wir eigentlich unsere Betten zählen können. Wir hatten diese Sitzung, wir haben darüber diskutiert, wo es welche Massnahmen gibt, wie viele man von Basel wieder zurückholen könnte. Nun höre ich hier, dass wir das, was wir vor Jahren hatten, als wir zu viele resp. zu wenige Betten hatten, und der Gemeinderat mal entschieden hat, dass wir nicht Betten auf Halten bauen, muss ich auch sagen, und wir jetzt in der Versorgungsregion absolut, absolut genügend Pflegebetten haben werden. Es gibt noch etwas anderes, das steht auch hier drin, dass wir nicht unbedingt das Alter in dieser Form haben, sondern dass wir wirklich versuchen, die Leute zu Hause zu pflegen in anderer Form, bevor sie ins Altersheim kommen. Ist etwas von dem, was hier drinsteht, wenn Sie es genau gelesen haben. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion ist sehr beeindruckt von dieser hier vorliegenden Analyse. Sie ist ehrlich und sehr nützlich. Da bin ich mit Andreas Bärtsch einverstanden. Wo es dann in die Handlungsebene kommt, ist es nicht wirklich konkret und entspricht nicht der Planung, auch nicht einer Planung für vier Jahre. Ich bin aber auch hier mit Andreas Bärtsch einverstanden, dass wir eigentlich eine Planung für eine längere Zeit auslegen sollten. Was wir in der Fraktion nicht besprochen haben ist, sage ich jetzt ehrlich, ob wir das Postulat stehen lassen wollen oder nicht. Ich würde es stehen lassen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir sind eigentlich gleicher Meinung mit Andreas Bärtsch. Es ist uns auch vor allem am Anfang, wenn man diesen Zeithorizont betrachtet, schwergefallen, daran zu glauben. Auch diese SWOT-Analyse ist ein wenig ..., ja ..., gut ..! Es ist halt eine Stärke, dass wir wissen, dass wir zu wenig Betten haben in diesem Sinne. Deshalb werden wir uns Andreas Bärtsch anschliessen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident. Andi, mir ging es gleich wie dir. Meine erste Notiz ist der zweite Satz. Es wurde von uns auch schon mehrmals gesagt, der Zeitraum. Zum Papier, die Strategie Alter in Allschwil, muss ich sagen, sensationell. Dieses Papier hat Substanz, da ist was drin. Vor zehn Jahren hat es geheissen, Allschwil sei ein Lichtpunkt in Planung und Umsetzung bezüglich Alter. Mit diesem Papier kann ich auch sagen, wir sind auf dem Weg, dies wieder sein zu können. Das Thema ist immer wichtiger. Analog zum Folgethema Jugend, Schule, Ausbildung sind zwei Gruppen von Personen in Allschwil, die massiv uns in Zukunft beschäftigen werden. Das Papier zeigt auch, wo die Herausforderungen sind, und wo wir gegenwärtig bei diesem Thema stehen. Jedenfalls sollten diese Aussagen auch vergegenwärtigen können, die uns wichtig sind. Ich finde, die Idee des Gemeinderates, das zu aktualisieren, denn diese hier genannten Zahlen sind zum Teil jetzt schon wieder rückständig, dass wir wirklich eventuell immer Ende Legislaturperiode, wo wir jetzt stehen, dies wieder vorlegen würde mit den dann wirklich aktualisierten Zahlen. Gerade in einer Legislatur haben wir alle immer wieder sehr viel zu tun mit Generationen, seien es Jugendliche oder sei es das Alter, egal wo. Die Bevölkerungsentwicklung, die wir haben, ist sehr dynamisch. Nicht nur bei Zu- oder Wegzug. Sondern auch hier geht es schlussendlich darum, dass Allschwil familienfreundlich ist aber auch sehr viele Seniorinnen und Senioren zu uns ziehen, z.B. wegen der Stadtnähe. Ich kenne Leute, die sind aus dem Laufental hierhin gezogen, wegen der Fasnacht sogar - es stinkt mir, jeden Abend nach Hause zu fahren, hier kann ich ein Bier nehmen. Dies sind auch Gründe beispielsweise, um bei uns zu Hause zu

sein. Nicht vergessen, hier hat es einige Personen, die Mitte 50 sind, und in ein, zwei Legislaturperioden stehen die genau vor diesem Papier, nämlich kurz vor 65. Es ist ein Thema, ein sehr wichtiges Thema. Ich bin froh, Andi, dass du dies angezogen hast. Es ist wichtig, dass es in den Fokus gestellt wird, immer wieder, damit wir da dranbleiben können. Wir reden heute davon, dass jede fünfte Person 65+ ist. In 15 Jahren wahrscheinlich, wenn alles stimmt, ist es jede vierte Person. Also ein Thema, an dem wir wirklich dranbleiben müssen, bei dem wir ajour sein sollten. Etwas, was mich sehr gefreut hat, als ich es gelesen habe, die Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren, die an zwei halben Tagen offen ist, aber an jedem halben Tag fünf Beratungen rauslässt, plus nebenher noch alles per Mail. Das zeigt doch ganz einfach, dieses Thema ist bei der Bevölkerung wichtig. Grossartig ist aber auch, dass die Leute den Weg dorthin finden. Ich danke dir noch einmal, Andi, dass du es in den Fokus gebracht hast und ich hoffe, dass wir das wirklich umsetzen können. Es ist viel Substanz drin und ich danke dem Gemeinderat, danke der Verwaltung für dieses sehr großartige Papier, Strategie Alter Allschwil. Merci.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank. Ich möchte nur noch schnell auf die Frage von Roman Klausner eine Antwort geben. Ja, ich weiss sehr wohl, wie die aktuelle Bettenbelegung ist. Aber Roman, eine Strategie hat nichts mit der Aktualität zu tun. Sondern eine Strategie hat etwas mit der Zukunft zu tun. Wenn wir die Entwicklung des Alters anschauen, das haben wir gerade eben von meinem Vorredner wieder gehört, dann müssen wir von einer Zunahme ausgehen. Mit den aufgezeigten Grundlagen spricht ihr von einer Bettenknappheit. Jean-Jacques Winter hat noch etwas Wichtiges angesprochen, das möchte ich nicht verschweigen, das kommt auch aus dem Bericht hervor, in der Arbeit, die auf dem Alterskonzept aufbaut, sieht man, dass sehr viele Pendenzen, die im Alterskonzept waren, aufgeführt, abgearbeitet und umgesetzt wurden. Das darf man auch sagen. Es wurde eine gute Arbeit geleistet. Nichtsdestotrotz bitte ich euch, die vom Gemeinderat vorgelegte Strategie zurückzuweisen. Kommen wir noch einmal auf das Alterskonzept zurück: Die vorliegende Strategie hat nicht die Werthaltigkeit, die das Alterskonzept hatte. Eigentlich ist die Grundidee, aufgrund der neuen Randbedingungen, dass die Strategie, welche der Gemeinderat erarbeitete oder hätte erarbeiten sollen, die Grundlage ist und das Alterskonzept ersetzen soll. Deshalb wäre es schon gut, wenn es ungefähr dieselbe Werthaltigkeit wie das Alterskonzept hat. Ich bitte euch deshalb, dem Gemeinderat noch einmal eine zweite Chance zu geben, diese Strategie zu überarbeiten. Herzlichen Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Wir stellen keine Wortmeldungen mehr fest und fragen den Rat somit an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir fest, dass die Beratung über das Geschäft ..., Herr Jean-Jacques Winter? Also Sie stellen den Antrag auf ein Time-out, zwei Minuten? Also, zwei Minuten Time-out stattgegeben.

TIME-OUT

Florian Spiegel, Präsident: Sie haben noch eine Minute Zeit. - Ich bitte, dass alle ihre Plätze wieder einnehmen, damit wir weiterfahren können. - Wir fahren weiter mit der Sitzung. Das Time-out ist beendet.

Wir kommen somit zu den Anträgen des Gemeinderates, sprich Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates Seite 6 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt das Strategiepapier Alter in Allschwil des Gemeinderates zur Kenntnis.

://:

Sie haben einstimmig dieses Strategiepapier Alter in Allschwil des Gemeinderates zur Kenntnis genommen.

2. Das Postulat betreffend „Strategische Ziel“ 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil vom 17. Oktober 2017, angepasst am 21. Januar 2018, von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem Gemeinderat folgen und das Postulat abschreiben möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen; anschliessend wer das Postulat stehen lassen möchte, wie von Andreas Bärtsch gewünscht.

://:

Sie haben dieses Postulat stehen lassen bei 26 Nein zu 7 Ja bei 1 Enthaltung. Das Postulat bleibt somit stehen.

Die Schlussabstimmung über das Geschäft als Ganzes, sprich das Geschäft 4358/A, wird damit hinfällig.

Florian Spiegel, Präsident: Wir beenden die offizielle Traktandenliste der heutigen Sitzung an dieser Stelle. Ich werde kurz im Namen des Büros all jene verabschieden, die den Einwohnerrat auf Ende dieser Legislatur verlassen, zum Teil auch nur auf Zeit, sehr wahrscheinlich, wenn man auf die Liste der Nachrückenden blickt. Danach gebe ich den Fraktionssprechern das Wort, wenn sie es wünschen und ihre Verabschiedungen machen möchten. Dann würde ich noch zu meinem zehnjährigen Abschiedsplädoyer kommen. *[Danke für den Lacher, :-), Anm. Protokollantin]*

VERABSCHIEDUNGEN

Florian Spiegel, Präsident: Wir verabschieden auf Ende dieser Legislatur

Damian Schaller, FDP, der seit 2019 im Rat sitzt

Lea Van der Merwe, FDP, seit 2019 im Rat

Andreas Lavicka für die SP seit 2017 im Rat

Ursula Krieger für die AVP seit 2016 im Rat

René Imhof auch für die AVP, seit 2008 im Rat

Jérôme Mollat, GLP, auch seit 2008 im Rat

Kathrin Gürtler, FDP, auch seit 2008 im Rat.

Das Büro dankt euch recht herzlich für eure geleistete Arbeit in den letzten Jahren und wünscht euch für die Zukunft alles Gute und frohes Schaffen.

Jetzt zu den Fraktionspräsidenten und deren Voten.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Da ergreife ich doch gerne das Wort. Man kann es sehen, bei Damian und Lea ist ein schöner Blumenstrauss auf dem Tisch und bei der Kathrin Gürtler ist nichts. Da fragt man sich, wie kommt das? Wir haben uns gedacht, da gibt es noch ein paar persönliche Worte dazu. Wir haben es gehört, seit 2008 warst du für die FDP im Einwohnerrat. Highlight war sicher im Jahre 2010, als du das Einwohnerrats-Präsidium innehattest. Ich sehe auch schon, da geht jemand und holt was, wahrscheinlich sind es Blumen, wer weiss. Im Jahre 2011 hattest du unsere Fraktion doch bis Ende 2017 präsidiert und warst Fraktionspräsidentin. Du hast das sehr gut gemacht, hast Koalitionen knüpfen können und hast immer lösungsorientiert gearbeitet. Es ist schade für unsere Fraktion, wenn du nun nach zwölf Jahren nicht mehr bei uns im Einwohnerrat sitzen wirst. Wir wollen dir aber ein riesengrosses Dankeschön aussprechen für alles, was du für unsere Fraktion geleistet hast und wahrscheinlich auch für alle Dinge, die du im Gesamteinwohnerrat angerissen und getan hast. Ich glaube das ist ein grosser Applaus wert.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie wir zuvor gehört haben, auch auf unserer Seite, mein Sitznachbar zur Rechten, Andreas Lavicka, hat beschlossen, im Einwohnerratswahlkampf nicht mehr anzutreten. Er sagte: „Es ist gut so wie es ist, ich danke vielmals und möchte gerne mehr Zeit für meine Familie, für meine vorgesehenen Projekte einsetzen.“ Entsprechend haben wir auch für dich einen Blumenstrauss bereit und ein Kärtchen von uns allen. Damit schliesse ich und danke dir vielmals für deinen Einsatz für Allschwil. Merci.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ein guter Einwohnerratspräsident ist derjenige, an den man noch Jahre später zurückdenkt. Ich glaube Florian Spiegel ist einer von denen, die wir nicht so schnell vergessen werden. Es geht jetzt nicht um die acht Jahre GPK, die er gemacht hat und mit den vier Jahren, in denen er sie hervorragend präsidiert hat. In seine Fusstapfen zu treten wird für den nächsten Präsident doch schwer sein, wird es aber sicher auch meistern. Es geht heute um seinen letzten Auftritt dort oben, um seinen letzten Auftritt in diesem Saal als Einwohnerratspräsident. Jetzt muss ich aufpassen, dass es sich nicht zu sehr nach einem Rücktritt anhört. Denn es ist eher das Gegenteil. Der Einwohnerrat erhält einen pointierten Redner wieder zurück. Darauf freuen wir uns sehr. Im letzten Jahr hat er viele Herausforderungen bewältigt. Seine grössten hier im Saal waren sicher das Dirigieren der Revision des Geschäftsreglements. Und hinter den Kulissen, dies haben wahrscheinlich sehr wenige bemerkt, war sein Einsatz für die Durchführung der Sitzungen während dieser Corona-Zeit sehr gross. Wir wollen uns bei

Florian für seine ausserordentliche Leistung in diesem letzten Jahr dieser Legislaturperiode bedanken. Es war nicht perfekt, aber als Dirigent dieses Orchesters war er verdammt nah dran. Ich persönlich mag mich an keinen erinnern, der so nahe dran war, wie Florian Spiegel. Vielen Dank dafür. Selbstverständlich erhältst du auch ein kleines Präsent von uns. Eine Kleinigkeit, die du mit deiner hübscheren Hälfte ein wenig geniessen kannst. Danke schön.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Ich bin nun so frech, während Patrick Kneubühler unterwegs ist - die Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli hätte gerne noch das Wort.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank, geschätzter Präsident, zum letzten Mal, Florian Spiegel. Auch ich darf dir noch Danke sagen für dein Amt. Es war kein einfaches und vor allem ein spezielles Jahr. Du hast das hervorragend gemacht. Auch mit den Schwierigkeiten in Sachen Corona. Wir mussten zwar ein wenig auseinander sitzen, aber ich glaube, die Sitzungen haben nicht darunter gelitten. Das lag nicht zuletzt an deiner Führung. Vielen Dank. Im Namen der Gemeinde habe ich dir noch diesen Blumenstrauss dort - den muss ich jetzt holen und aufhören zu sprechen.

Nach diesen Verabschiedungen im Einwohnerrat haben wir auch im Gemeinderat jemanden, der uns verlassen wird. Sie wissen es, es ist Roman Klausner. Er wird der Politik nicht ganz fehlen, weil er ja einfach die Seite wechseln wird, aber im Gemeinderat wird er nicht mehr tätig sein. Ich möchte ihm herzlich im Namen des Gemeinderates Danke sagen für sein Engagement für unsere Gemeinde. Auch wenn jetzt das letzte Geschäft vielleicht nicht ganz so über die Bühne ging, wie er sich das erhoffte. Ich denke, das gibt es immer wieder, Rückschläge muss man in diesem Sinne immer wieder einstecken. Du hast nachher die Gelegenheit, vielleicht auch von der anderen Warte aus, darauf zurück zu kommen. Vielen Dank für dein Engagement. Wir werden - Blumenstrauss habe ich keinen hier - dich aber zusammen mit dem Gemeinderat noch gebührend verabschieden mit einem üblichen Essen, wie wir das immer machen. Ich freue mich jetzt schon darauf. Danke vielmals.

Roman Klausner, Gemeinderat: Zum letzten Mal, bei dem ich hier vorne drücken darf. Danke vielmals für diese Worte. Ich möchte mich auch bei den Leuten, mit denen ich zusammenarbeiten konnte, sei es in Kommissionen und wo ich sonst dabei war, für die gute Zusammenarbeit bedanken, die vor allem zum Ziel haben, egal in welchem Projekt, Allschwil ein Stück weiter zu bringen. Ziele, die wir eigentlich alle haben, die sich politisch engagieren und sich dafür einsetzen, Allschwil vorwärts zu bringen. Für diese Zusammenarbeit möchte ich mich bedanken. Dann möchte ich auch noch Ursula Krieger und René Imhof, die heute zum letzten Mal hier sind, herzlich für die Zusammenarbeit danken. Ich werde dann wahrscheinlich irgendwo dort hinten sitzen und laut nach vorne ausrufen, wenn was ist. Ich bin nicht ganz weg. Danke vielmals.

Florian Spiegel, Präsident: Ich bedanke mich für die recht herzlichen Worte seitens meiner Fraktion und Gemeindepräsidentin. Champagner und Blumen - es sieht fast so aus, als wäre alles für meine hübschere Hälfte bestimmt. Persönlich möchte ich zum Schluss noch kurz das Wort ergreifen und darauf achten, dass ich es nicht mehr zu sehr in die Länge ziehe. Ich durfte den Einwohnerrat im Jahr 2019 und 2020 präsidieren, was ich mit grosser Freude getan habe. Nach vier Jahren darf man, glaube ich, oder besser gesagt nach einem Jahr und am Ende einer Legislatur darf man nicht nur auf ein Jahr, sondern auch auf vier Jahre zurückschauen. Keine Angst, ich lasse nicht die Geschäfte Revue passieren. Allschwil liegt rund auf Platz 40 von allen Gemeinden in diesem Land von über 2'000. Anhand des Rangs wären wir unter den ersten 2 %. Wenn man dann noch die Einwohnerzahlen der gesamten Schweiz zusammenzählt und wieder bis zu uns aufteilt, dann sind wir bei über 8,5 Mio. bei den ersten 25 % dabei. Wenn wir noch beobachten, wie sich unser Budget in den letzten zehn Jahren für rund 70 bis 80 Mio. auf über 100 Mio. vergrössert hat, dann sehen wir, wir sind grösser als so mancher Kantonshauptort in diesem Land. Sie sehen, uns als Ortsparlament, auch wenn wir uns manchmal wünschten, man würde uns mehr wahrnehmen oder mehr würden besser Bescheid wissen, was wir tun, kommt eine enorm wichtige Aufgabe zu. Jeder von uns muss sich fragen, ob wir uns dieser Aufgabe und diesem Stellenwert, der das vermittelt, auch immer gerecht werden. Da schliesse ich mich selbstverständlich mit ein. Ich bin überzeugt, dieser Rat hat noch Luft nach oben und Potenzial. Hier sitzen engagierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte oder Einwohnerinnen und Einwohner von unserer Gemeinde, die für Allschwil etwas leisten und bewirken wollen. Wir verlieren uns aber auch gerne in Nebenschauplätzen, weil wir uns menschlich von Emotionen leiten lassen, und sehr oft unsere eigenen Verordnungen und Abläufe hintanstellen. Das muss man berücksichtigen, wenn man merkt, wie gross wir eigentlich mittlerweile geworden sind, und welche Aufgabe uns hier zukommt. Dieser Stellenwert in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ist wichtig und hoch zu schätzen. Das demokratische Gut, das wir in diesem Land geniessen dürfen, ist einmalig und muss bewahrt werden.

Ich möchte dem Gemeinderat als Gesamtes danken für die ganze Geduld, die er mit mir hatte, auch wenn ich kurz vor 21 Uhr noch einmal ein Geschäft angerissen habe oder auch in Gottschalk-Wetten,-dass-Manier wie auch heute Abend wieder, meine Sendezeit um unbestimmte Zeit fast verlängert habe. Ein Dank geht insbesondere an Nicole Müller und Rudolf Spinnler für das Abklären vieler Anfragen und die Unterstützung des Gesamtbüros für ihre Arbeit während der ganzen letzten vier Jahre. Ich bin der Meinung, auch wenn Nicole Müller nicht hier ist, dass wir einen kräftigen Applaus wirken lassen dürfen. Ich danke auch den Mitgliedern des Büros für ihre getätigte Arbeit. Besonders danken möchte ich zwei Personen im Büro. Das ist einmal Christian Kellermann, 1. Vizepräsident, der mich in diesem ganzen Jahr unterstützt hat und jeden meiner Entscheide immer mitgetragen hat. Ich wünsche ihm, oder dir Chris, nächste Woche ein großartiges Wahlergebnis und viel Erfolg bei deiner neuen Aufgabe. Dem zweiten möchte ich besonders danken Christoph Ruckstuhl, dem ewigen Büromitglied, der zusammen mit mir die Bürobühne auf Ende dieser Legislatur verlässt und in der nächsten Legislatur im Rat unten sitzt. Christoph, du warst für die Arbeit im Büro stets eine Bereicherung. Euch zwei ein recht herzlicher Dank.

Zum Schluss bleibt mir noch zu sagen, ich wünsche euch allen eine gute Zeit und bedanke mich, dass ich dieses Jahr euer Präsident sein durfte. Und die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG VOM 10. JUNI 2020: 21.40 UHR

Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurden die Einwohnerratssitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt.